PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 · – Auflage: 50 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958 37-753 – Die Zeitung wurde am Montag, dem 28. April 1975, fertiggestellt.

30. April 1975 Jg. 3 Nr. 17 50 Pfennig

Saigon vor der Befreiung, Die Revolutionsregierung wird Unabhängigkeit und Frieden durchsetzen

Das Marionettenregime der USA in Saigon ist am Ende. Seine Armee löst sich auf und flieht vor den Befreiungsstreitkräften, die Offiziere vorneweg.

Letzten Meldungen zufolge ist der Saigoner Flughafen Than Son Nut von "Flugzeugen" bombardiert worden. Da nur die Marionettenarmee Flugzeuge einsetzt, handelt es sich offenbar um Einheiten, die auf die Seite des Volkes übergegangen sind. Bien Hoa, die letzte größere Festung außerhalb Saigons wird von der Bevölkerung verlassen. Tausende von Marionettensoldaten ziehen mit. Schon in der vergangenen Woche waren die Saigoner Truppen am Ende: *"Soldaten mit blutigen Bandagen bewegen sich auf Saigon zu: Überwiegend Deserteure, die sich ein paar rötliche Lappen um Arme und Beine gewickelt haben. Von ihren Offizieren können nur wenige im Kampfgebiet sein, denn die Restaurants sind voll von besorgt dreinblickenden Hauptmännern und Obristen, die ihren Aperitif mit offenkundiger Verbitterung schlürfen"*, berichtet der Korrespondent der Süddeutschen Zeitung am 26.4. aus Saigon.

Die höchsten Offiziere, diejenigen, die am meisten verdient haben am Krieg gegen ihre Landsleute, lassen sich von den Amerikanern ausfliegen. Voran der von den USA fallengelassene Staatspräsident Thieu, der sich mit den beweglichen Teilen seiner Kriegsbeute nach Taiwan abgesetzt hat.

Es ist keineswegs nur ein militärischer Zusammenbruch, der sich um Saigon herum abgespielt. Die Marionettenherrschaft bricht politisch zusammen. Zahlenmäßig sind die Marionettentruppen nach wie vor weit überlegen. Über eine letzte Lagebesprechung beim westdeutschen Militärattache, Oberstleutnant Weste, berichtet der Korrespondent der Süddeutschen Zeitung: *"Dabei verschweigt der Oberstleutnant Weste keineswegs, was im Saigoner Oberkommando und in der amerikanischen Botschaft als Tabu behandelt wird: die Tatsache, daß die südvietnamesischen Truppen zahlenmäßig noch immer weitaus stärker sind als die der Nordvietnamesen und Vietcong; wenn man Luftwaffe, Marine und Miliz dazurechnet, wahrscheinlich viermal so stark." (26.4.) Aber diese Truppen, zu einem großen Teil zwangsrekrutiert, wollen sich nicht mehr schlagen für die USA und die von ihnen gestützten Marionetten."*

Unter den in Saigon zurückgebliebenen Teilen der Großgrundbesitzerklasse und der vietnamesischen Bourgeoisie herrscht hektische Bewegung. Sie versuchen zu retten, was zu retten ist und auf jeden Fall Zeit zu gewinnen. Den Thieu-Nachfolger, der nur eine Woche im Amt war, haben sie zum Rücktritt veranlaßt und stattdessen den General Duong Van Minh zu ihrem Staatspräsidenten gemacht.

Der Mann hatte den Amerikanern 1963 schon mal aus der Klemme geholfen und den Thieu-Vorgänger Diem stürzen helfen, als er abgewirtschaftet hatte. Und er war daraufhin auch schon mal für 6 Monate Staatspräsident von Gnaden der USA gewesen. Die Provisorische Revolutionäre Regierung hat abgelehnt, mit dem General zu verhandeln.

Die Forderungen der Revolutionären Regierung

Die Revolutionsregierung hat in einer Rundfunkansprache an die Bevölkerung erneut ihren Standpunkt dargelegt: *"Die Bevölkerung würde Friede haben, sobald die Amerikaner und ihre Helfer Südvietnam verlassen hätten und die Regierung in Saigon die Pariser Verträge erfülle."* (Süddeutsche Zeitung, 28.4.1975)

Weiter hat sie gefordert, die Kriegsmaschinerie des Marionettenregimes zu zerstören, die diesem bisher die Möglichkeit gegeben hat, das Pariser Abkommen zu brechen.

Diese Forderungen sind gerecht, und sie haben sich auch keineswegs schon erledigt. Im amerikanischen Kongreß wurde jetzt aufgedeckt, daß die Evakuierungsaktion der USA kaum Amerikaner erfaßt, sondern fast ausschließlich vietnamesische Konterrevolutionäre. Im Hessischen Rundfunk wurde gemeldet, daß in den letzten Tagen von 6 00 Ausgeflogenen nur 128 Amerikaner waren. Die zivilgekleideten US-Militärs sind nach wie vor bei der Saigoner Armee.

Die in Artikel 8 des Pariser Vertrages vereinbarte Freilassung aller **"gefangenen und festgehaltenen vietnamesischen Zivilpersonen"** ist vom Saigoner Regime bisher immer gebrochen werden. Bei allem Wechsel der Personen hat sich daran noch nichts geändert. Die Gefangenen bleiben eingekerkert. Nach wie vor kann also nicht davon ausgegangen werden, daß das Regime in Saigon zur Durchführung des Abkommens bereit ist.

US-Truppen und Bomben stehen als 'humanitäre Hilfe' bereit

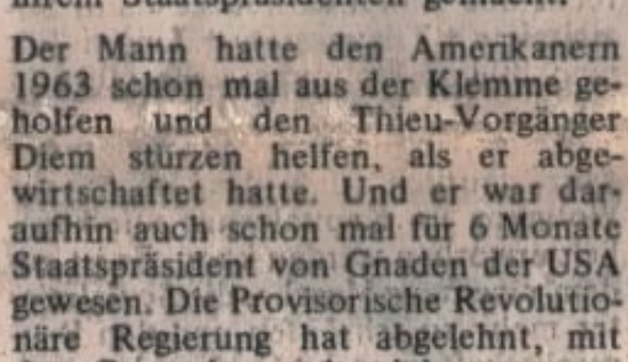
Nach wie vor halten die USA ihre 7. Flotte in südvietnamesischen Gewässern konzentriert. Insgesamt sind 28 000 Mann an Bord (FAZ, 24.4.75).

Fortsetzung Seite 2



Die siegreichen Truppen der Volksbefreiungsstreitkräfte Südvietnams

Das VW-Hilfsprogramm hilft nur den Kapitalisten



"Entlassenen bei VW soll geholfen werden" – Unter dieser Schlagzeile berichteten die bürgerlichen Zeitungen über das "regionale Unterstützungsprogramm" der Bundesregierung und der Länder.

In den Parlamentsdebatten in Bonn und Stuttgart hatten sich die bürgerlichen Parteien zuvor gegenseitig die Schuld an den Entlassungen vorgeworfen. In der Bundestagsdebatte am Donnerstag warf die CDU der SPD vor: Der Staat und die Gewerkschaften seien beim VW-Konzern zu stark und hätten falsche Entscheidungen getroffen.

Bundeskanzler Schmidt sagte darauf, daß die CDU, als sie an der Regierung war, bei VW die Weichen in die falsche Richtung gestellt habe.

FDP-Wirtschaftsminister Friderichs sprach von großen unternehmerischen Fehlern des VW-Vorstandes.

Alle Parteien waren sich aber einig, daß 25 000 VW-Arbeiter auf die Straße geworfen werden müssen, damit die Profite wieder wachsen: "Die unangenehme Entscheidung ist jetzt unaufschieblich gewesen", erklärte der CDU-Abgeordnete Müller-Hermann. Und die SPD-Regierung meinte: Der Massenentlassungsplan des jetzigen VW-Vorstandes ist vernünftig, daher haben wir den Ent lassungen zugestimmt.

Nachdem auf diese Weise Regierung und alle bürgerlichen Parteien ihre Zustimmung ausgesprochen hatten, daß 25 000 Arbeiter auf die Straße geworfen werden, fingen sie an, sich gegenseitig in großen Hilfeversprechen zu überbieten.

So stellte sich Bundeskanzler Schmidt in Positur und tönte: "Diese Bundesregierung läßt sich von niemandem in ihrer Sorge für die Arbeitnehmer und seinen Arbeitsplatz übertreffen."

Und der Herrenreiter Carstens von der CDU drosch eine seiner verschlissenen Prasen: "Alle Beteiligten sind aufgefordert, dazu beizutragen, daß die Not der Betroffenen, soweit dies überhaupt menschenmöglich ist, gelindert und gemindert wird."

Bundeskanzler Schmidt: Die Aktien steigen wieder

Den Kapitalisten ist dagegen mit der Politik der Massenentlassungen schon gut geholfen worden. Wie gut, darauf weist Bundeskanzler Schmidt mit Stolz hin: "Ich darf darauf hinweisen, daß sich die Aktien des Volkswagenwerks an den Börsen überall in der Welt in den letzten Tagen in Bewegung gesetzt haben. Das heißt, diejenigen, die hier ihr Vermögen anlegen wollen, empfinden, daß die unternehmerischen Entscheidungen in die richtige Richtung gegangen sind." (Aus dem Wortprotokoll des Bundestages)

Den Börsenfreunden von Schmidt und Carstens wird das Steigen der VW-Aktien sicher ein großer Trost sein.

Die Bundesregierung hat nun ein "Hilfsprogramm" von 105 Millionen DM beschlossen, die Landesregierungen sollen die gleiche Summe zusteuern. Auch die Arbeitsämter sollen Geld beisteuern.

Wem hilft das "Hilfsprogramm"?

Alle diese Gelder fließen direkt in die Hände der Kapitalisten in den betroffenen Gebieten. Die Vergabe von Geldern ist nicht einmal daran fest gebunden, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Vielmehr wird jede neue Investition mit 20 % subventioniert. Der größte Teil der Investitionen, die gegenwärtig vorgenommen werden, sind Rationalisierungsinvestitionen. Für einen neuen Arbeitsplatz werden drei alte überflüssig. Oder wenn ein Konzern einen Betrieb stillegt und einen neuen mit weniger Arbeitskräften errichtet, erhält er erstens die Subventionen und zweitens noch einen Teil des Lohnes, den er zahlen muß, aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosengelder der Lohnabhängigen werden geplündert und als Lohnkostenzuschuß den Kapitalisten in den Rachen geworfen.

Außerdem sind Zinssubventionen für Mittelstandsunternehmen vorgesehen.

Schließlich sind Darlehen für Arbeiter vorgesehen, die Schulden auf ihrem Haus haben, damit die Banken nicht leer ausgehen. Die Darlehen sind natürlich, anders als die Subventionen für die Kapitalisten, zurückzuzahlen.

Die Kapitalisten werden sich mit diesen Millionensummen gesundstoßen. Die arbeitslosen VW-Arbeiter dagegen werden sie gegeneinander ausspielen, denn es werden genügend Arbeiter auf einen Arbeitsplatz warten. Sie werden die Löhne drücken und die Arbeitsbedingungen verschlechtern.

All die groß angekündigten Hilfsmaßnahmen sind Hilfsmaßnahmen für die Kapitalisten. Die Arbeiter und Angestellten werden, wenn überhaupt, nur Arbeit unter wesentlich schlechteren Bedingungen als vorher finden. Eine verstärkte Ausbeutung wird das Ergebnis der "regionalen Unterstützungsmaßnahmen" der Bundesregierung und der Länder sein. Die Arbeiter und Angestellten sollen die Zeche zahlen. Anders kann es in der kapitalistischen Wirtschaft auch gar nicht laufen.

Das zeigten die Herren im Bundestag selbst ganz deutlich. Als der Streit zwischen ihnen zu heftig wurde, mahnte der Bundeswirtschaftminister, daß das dem Absatz dieses Unternehmes nicht gedient habe. Darum geht es nämlich: daß der Absatz und der Profit stimmt.

–gb–

VW-Aktie stark

Gesamttendenz aber unsicher – Anleihen freundlich

HANDELSBLATT, Dienstag, 15. 4. 1975

lf. DÜSSELDORF. An den deutschen Wertpapierbörsen konzentrierte sich am ...

Kaufhäuser. Im Kaufhausbereich mußten vor allem Horten aufgrund der in Aussicht stehenden Dividendenkürzung um 7 DM zurückgenommen werden. Kaufhof verloren 3.30

Überschrift im Kapitalistenblatt 'Handelsblatt' nach der Meldung über den Entlassungsplan bei VW

Wegen des Feiertags am 8. Mai erscheint die nächste KVZ bereits am Mittwoch, dem 7. Mai 1975.

Seite 3
Vor 30 Jahren ging der zweite imperialistische Weltkrieg zu Ende

Seite 4
Ergebnis der Betriebsratswahlen bei Ford Köln

Seite 6
Angriff des Westberliner Senats auf die Organisationsfreiheit

Seite 8
Wie in einem chinesischen Dorf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit durchgesetzt wurde

Seite 9
Kommunalwahlen Baden-Württemberg: KBW-Kandidatin in Stadtrat gewählt

Seite 14
Wirtschaftliche Abhängigkeit von der UdSSR

Seite 15
Berichte aus den befreiten Gebieten Südvietnams

Saigon....

Es kann keine Rede davon sein, daß diese Flotte die Evakuierung von Amerikanern vornehmen solle. Die werden von Saigon direkt nach Guam und auf die Philippinen ausgeflogen. Tatsächlich wird immer noch eine günstige Gelegenheit zur militärischen Intervention gesucht. Wenn amerikanische Truppen landen und amerikanische Bombenflugzeuge erneut eingreifen sollten, dann wird das mit Sicherheit unter der Bezeichnung 'humanitäre Hilfe' ablaufen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat in dieser Richtung schon vorgearbeitet: *"Südvietnam ... braucht die Hilfe mehr denn je. Das kann nur eine humanitäre Hilfe sein – im weitesten Sinn des Wortes; selbst eine an Zeitgewinn orientierte militärische Hilfe kann diesen Charakter annehmen." (19.4.1975)*

Diese "humanitäre Hilfe im weitesten Sinne", bei der erneut tausende von Vietnamesen im Bombenhagel umkommen und abertausende ihre Heimstätten verlieren würden, muß der Riegel vorgeschoben werden. Denn die Gefahr ist keineswegs gebannt. Weiterhin ist es notwendig, zur Isolierung des USA-Imperialismus in Vietnam beizutragen und von der eigenen Regierung die Anerkennung der Provisorischen Revolutionsregierung zu verlangen. Daß die jahre langen Protestkundgebungen und Forderungen nach Ende der US-Aggression in Vietnam ihre Wirkung nicht verfehlt haben, bestätigte



Humanitäre Hilfe
(aus "Le Monde")

kürzlich der General Westmoreland, geschlagener Oberbefehlshaber der US-Truppen in Südvietnam: *"Jedemal, wenn Nordvietnam die Wirkungen unserer Kampfbereitschaft zu fühlen begann, erzwangen politische Kräfte eine Deeskalation"*, sagte er dem 'Spiegel' (28.4.1975). Eine besseres Zeugnis hätte er der antiimperialistischen Bewegung in den USA selber und in den mit den USA verbündeten Ländern nicht ausstellen können.

Auch jetzt, in der entscheidenden letzten Etappe des Befreiungskampfes, darf mit den Anstrengungen nicht nachgelassen werden. Der Sieg des vietnamesischen Volkes über den USA-Imperialismus ist ein Sieg für die Arbeiter und die unterdrückten Völker in der ganzen Welt.

–W.M.–

Wahlen in Portugal

Eine Lektion in Parlamentarismus

"Wahlausgang in Portugal beruhigt Westen", in diese Richtung gehen die bürgerlichen Kommentare zum Ergebnis der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung in Portugal. Die von Revisionisten geführte Kommunistische Partei Portugals (PCP) blieb mit 12,54 % unter den Erwartungen westlicher Beobachter. Die ihr eng verbundene demokratische Bewegung (MDP) errang 4,1 %. Sieger der Wahl wurden die Sozialisten unter Soares (PSP) mit 37,7 % der Stimmen. Die Demokratische Volkspartei (PPD) mit einem Programm ähnlich dem Godesberger Programm der SPD konnte 26,4 % der Stimmen auf sich vereinigen. Diese 4 Parteien sind bisher schon in der Regierung. offiziell billigen sie das Programm der Bewegung der Streitkräfte und alle erklären sie, für den Sozialismus eintreten zu wollen. Die einzige Partei, die offen gegen den Sozialismus Stellung nimmt, das Demokratische Soziale Zentrum (CDS), wurde mit 7,6 % der Stimmen weit abgeschlagen. Die Wahlbeteiligung lag mit über 90 % überraschend hoch. Über 90 % der Portugiesen haben in diesen Wahlen ihre Stimme für den Sozialismus abgegeben. Dennoch jubelt die westeuropäische Bourgeoisie. Sie ist sicher, daß die Partei der Sozialisten, die Demokratische Volkspartei und erst recht natürlich das CDS sichere Stützen bürgerlicher Herrschaft sind, allem bekundetem "Sozialismus" zum Trotz. – Hätte die PCP besser abgeschnitten, hätte die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion triumphiert. Das portugiesische Volk hat so in diesen Wahlen nach mehr als 50 Jahren bürgerlicher Herrschaft in ihrer autokratischen Form, erste Erfahrungen mit bürgerlicher Herrschaft in der parlamentarischen Form gemacht: 90 % haben für den Sozialismus gestimmt und die bürgerliche Klasse jubelt über den gelungenen Betrug. Es wird damit der Boden geschaffen für die Erkenntnis, daß niemand der Arbeiterklasse und dem Volk den Sozialismus bringen wird, wenn die arbeitenden Massen nicht selbst die Macht erobern und sie ausüben.

–W.M.–

Wohnbesitzgesetz

Ein Gesetz zur Fütterung der Baulöwen

Mitte April hat der Bundestag das sogenannte "Wohnbesitzgesetz" verabschiedet. Sozialwohungsberechtigten wird dadurch die Möglichkeit verschafft, ein Dauerwohnrecht zu kaufen. Wenn sie 15 % der Baukosten der Wohnung bezahlen, erhalten sie einen "Wohnbesitzbrief". Eigentümer der Wohnung bleibt die Baugesellschaft.

Im Jahr 1973 kostete eine Wohnung der "Neuen Heimat" im Durchschnitt 117 000 DM. Weil Sozialmieter nicht über diese Beträge verfügen, dürfen sie in die Wohnungen einziehen und nachzahlen. Das Dauerwohnrecht auf Raten kostet sie dann Sozialmiete + Tilgungsrate + Zinsen Für eine 80 qm Wohnung zirka 600 DM im Monat.

Dieses Wohnbesitzgesetz zeigt nur ganz deutlich, daß das Recht auf Wohnung im Kapitalismus nur käuflich erworben werden kann. Es ist zudem eine neue Masche, die Sozialmieter mehr zu schröpfen und den Baugesellschaften mehr Geld zu bringen, ohne daß sie sich zu mehr verpflichten müssen, als einen Mieter nicht zu kündigen, solange er noch die Besitztitelraten und Zinsen zusätzlich zur Miete zahlt Und das auf 30 bis 40 Jahre.

"Wohnbesitz": Reform für die Baukapitalisten auf Kosten der Mieter und zur Stärkung der Eigentums-Ideologie

Wohnungsbauminister Ravens sagte im Parlament: "Mit dem Gesetz steht ein weiterer Punkt aus der Reformliste der sozialliberalen Koalition vor seiner Beendigung." In welchem Interesse die Reformen liegen, die jetzt vom Parlament noch verabschiedet werden, sagte die CDU/CSU bei der Beratung ganz offen: "Die Mieter übernehmen praktisch einen Teil der Pflichten der Baugesellschaft. Begünstigt wird die Kapitalbeschaffung der großen Baugesellschaften."

Tatsächlich stammt die Wohnbesitz-Idee vom Boss der Neuen Heimat und wurde in einer Zeit geboren, als infolge des Schrumpfens öffentlicher Aufträge zirka 2 000 "gemeinnützige" Wohnungsbaugesellschaften in Kapitalmangel gerieten.

Die CDU/CSU hat das Gesetz aber nicht im Interesse der Mieter abgelehnt. Wie ein Entwurf der CDU aus dem Jahr 1972 zeigt, will sie die Mieter zu Volleigentümern machen. Dies würde die Löcher der Kapitalisten natürlich noch besser stopfen, und der Steuerzahler hätte noch tiefer in die Tasche greifen müssen Befragt, wie die CDU das nötige Geld beschaffen will, schlug sie vor, das Programm zur Beseitigung von regional besonders krassen Wohnungsmiseren zu streichen, wofür die Bundesregierung 1972 572 Millionen DM zur Verfügung gestellt hatte. Die einen Armen sollten auf Kosten der anderen Armen gefördert werden. Das ist der Grundgedanke des "Sozialstaates". Darin sind sich alle bürgerlichen Parteien einig

Einig sind sich diese Parteien grundsätzlich auch in einem anderen Punkt: Die Eigentumsideologie muß gestärkt werden. Deshalb will die CDU Volleigentümer schaffen, und die SPD/FDP haben soeben bewiesen, daß es nur zu Pseudo-Eigentum reicht. Seit die Arbeiterklasse begonnen hat, das System anzugreifen, das auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht, seitdem versucht die bürgerliche Klasse, die Arbeiterklasse an die Eigentumsideologie zu binden, in der Hoffnung, die Arbeiter ließen sich dadurch vom Ansturm auf das kapitalistische System abhalten

So wundert es nicht, daß das Wohnbesitzmodell schon über 100 Jahre in den Köpfen der bürgerlichen Ideologen herumspukte und damals schon von Engels in seiner Schrift "Zur Wohnungsfrage" kritisiert wurde. Was die Kapitalisten sich erhoffen, hat Engels schon damals geschrieben:

"Verschafft den Arbeitern eigene Häuser, kettet sie wieder an die Scholle, und ihr brecht ihre Widerstandskraft gegen die Lohnherabdrückerei der Fabrikanten."

–V.–

Strauß ausgepfiffen

Ein Zehntel der Bielefelder Bevölkerung demonstrierte gegen Strauß

Am Donnerstagabend, den 17.4., hatte Strauß seinen Wahlkampfauftritt in Bielefeld.

Obwohl die CDU weitgehend auf Werbung verzichtet hatte und DGB und SPD in Rundschreiben und offiziellen Erklärungen aufgerufen hatten, der Veranstaltung fernzubleiben, füllten etwa 25 000 Menschen den Kundgebungsplatz.

Der weitaus größte Teil der Besucher war nicht gekommen, wie die CDU und die ihr nahestehende Presse es hinlügen wollten, um dem CSU-Boß zuzujubeln, sondern um ihm eine Abfuhr zu erteilen. Die lautstarken Proteste und Mißfallensäußerungen übertönten die 280 Watt starke Lautsprecheranlage bei weitem, so daß die CDU sich gezwungen sah, den 1 000 Watt starken Lautsprecherwagen der Bonner CDU einzusetzen.

Die nur knapp 25 Minuten lange Rede erschöpfte sich im wesentlichen in den gewohnten Beschimpfungen der politischen Gegner. Besonders groß war die Empörung der Zuschauer, als Strauß die Mißfallensäußerungen als "akustischen Terror" bezeichnete und von "Terror und Gewalttat, wie die Nazis, keinen Deut besser" sprach. Er fügte hinzu: "Auf Euch wären Adolf Hitler und Heinrich Himmler stolz gewesen." Überhaupt lebten seine Publikumsbeschimpfungen davon, daß er die Kommunisten mit den Nazis verglich und die einfachen Sozialdemokraten als nützliche Idioten der Kommunisten hinstellte ("Aufmarsch der Volksfront")'

Strauß hat zweifellos keine neuen Freunde gewonnen. In einer an Argumenten armen Rede, in der keinerlei Alternative aufgezeigt wurde, hat Strauß gerade die Menschen abgestoßen, die sich von der SPD abgewandt haben und nun von der CDU Vorstellungen zur Besserung der Situation erwarten. Diese Alternative hat Strauß zweifellos nicht gebracht. Das, was Strauß angeboten hat, Beschneidung der Rechte der Arbeiterklasse und brutale Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte, wollen die Arbeiter zweifellos nicht. Sie wollen vorwärts und nicht zurück. Sie wollen nicht nach rechts, sondern suchen die Alternative.

Diese Einschätzung ist durch Diskussionen auf der Straße und am Arbeitsplatz bestätigt worden. Die Strauß'sche Lösung wird nicht akzeptiert. Es hat sich aber auch gezeigt, daß damit das Problem der CDU/CSU nicht erledigt ist. Viele Menschen unterscheiden zwischen Strauß und der CDU und sehen in der CDU durchaus eine Lösung.

Der SPD gelingt es noch gut, die Anti-Strauß-Stimmung auf ihre Mühlen zu lenken

Für die SPD erfüllte die Strauß-Kundgebung eine ähnliche Funktion wie die Sonthofener Rede. Waren es früher die Reformversprechungen, so ist es heute die Angst vor 'rechts', einem 'neuen Hitler', die von der SPD ausgenutzt wird, um die Arbeiter bei der SPD zu halten ('Stop Strauß').

Die SPD ruft in diesem Wahlkampf dazu auf, den 'Aufschwung zu wählen', der allein durch die SPD zu erreichen sei.

–Ortsaufbaugruppe Bielefeld–

Mit wachsender Kriegsgefahr blüht die Kriegsindustrie

Mitten in der tiefsten Krise des letzten Vierteljahrhunderts erlebt die amerikanische Rüstungsindustrie einen Exportaufschwung ohnegleichen. Im letzten Haushaltsjahr haben amerikanische Rüstungskonzerne für 8,3 Milliarden Dollar Aufträge aus dem Ausland verbucht. Das Auftragsvolumen ist damit doppelt so hoch wie im Jahr zuvor und achtmal so hoch wie Ende der sechziger Jahre. Der größte Teil der Aufträge – 6,5 Milliarden Dollar – stammt aus dem Krisengebiet Mittlerer Osten. Auf Iran und Israel allein entfallen 3,8 und 2,1 Milliarden Dollar. Die USA sind neben der Sowjetunion der mit weitem Abstand größte Exporteur von Kriegsgerät in der Welt. Ihr Anteil am Weltmarkt (unter Ausschluß der Mitgliedsländer des Warschauer Pakts) wird auf 54 Prozent veranschlagt. Die Sowjetunion bringt es auf diesem Markt auf 27 Prozent. Zusätzlich liefert sie große Mengen Kriegsmaterial an die osteuropäischen Länder (nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April).

USA: Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit

Washington. Am Wochenende haben sich über 50 000 Menschen an einer Protestkundgebung und Demonstration der amerikanischen Gewerkschaften gegen die Arbeitslosigkeit beteiligt. Die Demonstration forderte von der Regierung ein Sofortprogramm.

ein Sofortprogramm.

Arbeitslosenversicherung steuert auf die Pleite zu

Der Bundesrechnungshof hat mitgeteilt, daß die Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit schon 1973 nur noch insgesamt 4,78 Milliarden DM betragen hätten. Zur Zeit seien noch Rücklagen von 2,4 Milliarden DM vorhanden, davon lediglich 500 Millionen DM als flüssige Mittel, während das Soll zwischen elf und zwölf Milliarden liege. Die Bundesregierung hat erklärt, daß die Beitragsanhebung in der Arbeitslosenversicherung auf zwei Prozent vom Lohn dazu führen würde, daß bei einer Zahl von weniger als 400 000 Arbeitslosen wieder eine Rücklage gebildet werde. Registriert sind derzeit 1,1 Milliarden Arbeitslose. Der Bankrott der Arbeitslosenversicherung ist absehbar. (Parlamentskorrespondenz vom 17.4.75) Im Haushaltsvoranschlag für 1975 sind 3,37 Milliarden DM für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe veranschlagt worden. Bis zum 15 April waren schon 2,7 Milliarden ausgegeben worden. Der Bundesrechnungshof schätzt den Fehlbetrag für 1975 auf 5 Milliarden DM. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.4.1975)

Polizeiwillkür gegen Arbeiter in Namibia

Südafrikanische Polizei hat am 23.4. einen farbigen Arbeiter erschossen. Die Polizisten schossen in Katutura auf Arbeiter, die dagegen protestierten, beim Verlassen ihrer Unterkünfte kontrolliert zu werden. Sieben weitere Arbeiter wurden verletzt. Eine über tausendköpfige Demonstration ist daraufhin mit Steinwürfen gegen die Polizei vorgegangen und hat anschließend das Polizeihauptquartier der Stadt gestürmt. Die südafrikanische Polizei hat erneut geschossen.

Neues Grundsatzprogramm des DGB

Vom 25. bis 31 Mai findet in Hamburg der 10. ordentliche Bundeskongress des DGB statt. Der Bundesvorstand will sich von diesem Kongress den Auftrag für die Ausarbeitung eines neuen Grundsatz- und Aktionsprogramms geben lassen. Welche Vorstellungen die SPD-Politiker in den Gewerkschaften damit verbinden, ist aus einem Antrag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zu entnehmen: Gewerkschaftliche Politik müßte sich mehr dem Umweltschutz, der Investitionslenkung, den multinationalen Unternehmen und der Humanisierung der Arbeit zuwenden und dies auch in einem Grundsatzprogramm ausdrücken.

Forderungen der Münchener IG Metalljugend

Die Ortsjugendversammlung verabschiedet eine Resolution mit Forderungen gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Am 16.4.1975 wurde in München eine Ortsjugendversammlung der IG-Metall durchgeführt. Ein Kollege von Rathgeber trug auf dieser Versammlung einen Beitrag über die Lage der jugendlichen Arbeiter und Arbeitslosen vor und brachte eine Resolution zur Abstimmung ein, die wir im folgenden abdrucken.

Die Resolution wurde bei 46 Anwesenden mit einer Gegenstimme angenommen.

"Die Jugendarbeitslosigkeit in München wächst. Derzeit sind über 1 600 Jugendliche arbeitslos. Die Jugendlichen, die nach Abschluß der Hauptschule ohne Arbeit sind, erhalten kein Arbeitslosengeld. Viele jugendliche Arbeiter ohne Ausbildung werden gezwungen, auf den Berufsschulunterricht zu verzichten, weil sie sonst ihren Arbeitsplatz verlieren oder keinen finden. So werden sie als Lohndrücker eingesetzt und ihre Ausbildungssituation verschlechtert sich. Die jugendlichen Arbeiter kommen nach ihrer Ausbildung in die Lage, zu niedrigen Löhnen Arbeit aufzunehmen, da das Arbeitslosengeld zu gering ist. Die Ortsjugendversammlung erklärt:

- Die jugendlichen Arbeiter können sich wirksam gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit nur schützen, wenn die Schulabgänger als Arbeitslose anerkannt werden und mindestens 60 % des Ecklohnes als Arbeitslosengeld erhalten.
- Die jugendlichen Arbeitslosen müssen das Recht erhalten, an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl teilzunehmen.
- Sie müssen in diesen Klassen die Ausbildung erhalten, die zur Facharbeiterprüfung berechtigt.

Das Arbeitslosengeld muß mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit betragen, damit die Jugendlichen wie die erwachsenen Arbeitslosen die noch beschäftigten Arbeiter in ihrem Kampf gegen Rationalisierungen und die Folgen der Krise unterstützen können und nicht als Druckmittel gegen die noch beschäftigten Arbeiter eingesetzt werden können.

Die Ortsjugendversammlung fordert mit Nachdruck, daß alle Jugendlichen die gleiche Ausbildung erhalten und alle Maßnahmen des Staates, die darauf hinzielen, die jugendlichen Arbeiter ohne Ausbildung aus der Schulpflicht herauszunehmen, zurückgenommen werden müssen und die Mittel dafür bereit gestellt werden, die notwendig sind, damit der Berufsschulunterricht auf zwei Tage in der Woche erweitert wird und alle jugendlichen Arbeiter daran teilnehmen können.

Angesichts der schlechten Lage der Berufsausbildung ist es notwendig, diese zum Gegenstand des 1. Mai zu machen. Deshalb tritt die Ortsjugendversammlung dafür ein, die jugendlichen Arbeiter in den Betrieben und den Gewerkschaftsgruppen für die oben genannten Forderungen zu mobilisieren, um diesen auf der DGB-Demonstration am 1. Mai öffentlich Nachdruck zu verleihen. Die Ortsjugendversammlung bittet den Ortsvorstand der IG-Metall, unter den oben genannten Forderungen alle Kollegen für den 1. Mai zu mobilisieren."

–J.B., Ortsaufbaugruppe München–

Vor dreißig Jahren ging der 2. imperialistische Weltkrieg zu Ende

Solange die bürgerliche Klasse herrscht, droht Krieg

Vor 30 Jahren, am 8. Mai 1945, unterzeichneten Vertreter des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation.

Kapituliert hatte der deutsche Imperialismus, der angetreten war, die Welt sich zu unterwerfen. Kapituliert hatte der deutsche Faschismus, den die imperialistische Bourgeoisie errichtet hatte, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und das deutsche Volk in ihren weltweiten imperialistischen Raubkrieg treiben zu können.



Die Imperialisten haben das Elend der Weltkriege zu verantworten

Insgesamt hatte der Zweite Weltkrieg, in den 72 Staaten verwickelt wurden, 50 Millionen Tote gefordert und 35 Millionen Kriegsversehrte. 20 Millionen Tote kostete der Krieg und der faschistische Terror allein das Volk der Sowjetunion. Polen verlor 6 Millionen, Jugoslawien 1,7 Millionen, Frankreich über 600 000, die USA über 400 000, Großbritannien 375 000 Menschen.

6 Millionen Deutsche kamen um, davon ungefähr 4 Millionen Gefallene, mehr als 600 000 Luftkriegsopfer, und 200 000 Deutsche fielen dem faschistischen Terror zum Opfer. In den Zuchthäusern, Konzentrations- und Vernichtungslagern ermorderten die Faschisten Millionen Menschen verschiedener Nationalität. Die Zahl der ermordeten Juden wird allein auf über 6 Millionen geschätzt.

Die, die dieses Elend zu verantworten haben, haben heute in Westdeutschland wieder die Macht: die Konzernherren und Bankkapitalisten, die imperialistische Bourgeoisie, von den USA-Imperialisten schnell wieder in den Sattel gehoben, um die deutsche Nation zu spalten und aus Westdeutschland ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu machen. Als treue Vasallen des US-Imperialismus haben sie sich wieder zur größten imperialistischen Macht in Westeuropa hochgerüstet. Der Wiederaufbau war der Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht auf der Grundlage der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse. In vielen Ländern der Welt haben sie ihr Kapital, das die westdeutschen Arbeiter geschaffen haben, eingesetzt zur Ausbeutung fremder Völker. Politisch und materiell unterstützten die westdeutschen Regierungen noch bis heute den imperialistischen Aggressionskrieg der USA in Indochina, der jetzt mit dem Sieg der Völker Indochinas zu Ende geht.

in den Sattel gehoben, um die deutsche Nation zu spalten und aus Westdeutschland ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu machen. Als treue Vasallen des US-Imperialismus haben sie sich wieder zur größten imperialistischen Macht in Westeuropa hochgerüstet. Der Wiederaufbau war der Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht auf der Grundlage der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse. In vielen Ländern der Welt haben sie ihr Kapital, das die westdeutschen Arbeiter geschaffen haben, eingesetzt zur Ausbeutung fremder Völker. Politisch und materiell unterstützten die westdeutschen Regierungen noch bis heu-

Imperialismus führt zwangsläufig zum Krieg

Haben sie nichts gelernt, die deutschen Imperialisten, ihre Regierungen und ihre bürgerlichen Parteien, ob sie nun CDU/CSU, SPD oder FDP heißen? Doch das ist die falsche Frage. Denn solange der Kapitalismus herrscht, wird er sich notwendig zum Imperialismus entwickeln, und solange es Imperialismus gibt, gibt es unvermeidlich immer wieder Krieg. Kapitalismus heißt immer Konkurrenz der kapitalistischen Ausbeuter gegeneinander, Konzentration und Konkurrenz der großen, zusammengeballten Kapitale um die Beherrschung und Ausbeutung der ganzen Welt.

Das ist ein zwangsläufiges Gesetz des Kapitalismus. Diese zwangsläufige Entwicklung kann nur beendet werden, wenn die Arbeiterklasse zusammen mit den Volksmassen jeweils in ihrem Land die kapitalistische Ordnung stürzt und die soziale Revolution durchführt. Das heißt, die Arbeiterklasse muß das Übel an der Wurzel packen – die Sache radikal angehen.

Umgekehrt versucht dagegen die Bourgeoisie an die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu appellieren, um sie für ihre imperialistischen Interessen einzuspannen. In der letzten Zeit hat sie dies am deutlichsten in der Hetze gegen die Ölscheichs versucht, um das westdeutsche Volk gegen die arabischen Völker aufzuhetzen.

kurrenz der großen, zusammengeballten Kapitale um die Beherrschung und Ausbeutung der ganzen Welt.

Das ist ein zwangsläufiges Gesetz des Kapitalismus. Diese zwangsläufige Entwicklung kann nur beendet werden, wenn die Arbeiterklasse zusammen mit den Volksmassen jeweils in ihrem Land die kapitalistische Ordnung stürzt und die soziale Revolution durchführt. Das heißt, die Arbeiterklasse muß das Übel an der Wurzel packen – die Sache radikal angehen.

Umgekehrt versucht dagegen die Bourgeoisie an die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu appellieren, um sie für ihre imperialistischen Interes-

Die westdeutsche Bourgeoisie versucht, die Geschichte zu verdrehen, um sich reinzuwaschen

Auch zum Jahrestag der Kapitulation wird sie versuchen, das Volk auf ihre Ziele einzuschwören. Sie versucht das über eine besonders heimtückische Art der Geschichtsfälschung. Sie wird erzählen, daß die Schuld am Faschismus und am Zweiten Weltkrieg die Radikalen von links und rechts hätten. Sie wird versuchen, ihre eigene Verantwortung für die barbarischen Verbrechen des Krieges und des Faschismus letzten Endes dem Volk selbst in die Schuhe zu schieben. Die Tatsache, daß es der deutschen Bourgeoisie gelungen ist, Teile des Volkes im Faschismus für die Ziele der imperialistischen Bourgeoisie zu mobilisieren, wird sie so drehen, daß nicht die Bourgeoisie, sondern die heftigen sozialen Kämpfe der Weimarer Republik den Faschismus hervorgebracht hätten.

Es ist aber so, daß die Ursache des Kampfes der Arbeiterklasse in der unerträglichen Ausbeuterordnung der bürgerlichen Gesellschaft liegt, und es ist so, daß die Bourgeoisie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Gewaltmitteln ihre Ausbeuterordnung vor dem Ansturm der Arbeiterklasse zu schützen versucht und auch versucht, Teile des Volkes für dieses Geschäft zu mobilisieren.

Krieges und des Faschismus letzten Endes dem Volk selbst in die Schuhe zu schieben. Die Tatsache, daß es der deutschen Bourgeoisie gelungen ist, Teile des Volkes im Faschismus für die Ziele der imperialistischen Bourgeoisie zu mobilisieren, wird sie so drehen, daß nicht die Bourgeoisie, sondern die heftigen sozialen Kämpfe der Weimarer Republik den Faschismus hervorgebracht hätten.

Es ist aber so, daß die Ursache des Kampfes der Arbeiterklasse in der unerträglichen Ausbeuterordnung der bürgerlichen Gesellschaft liegt, und es ist so, daß die Bourgeoisie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Gewaltmitteln ihre Ausbeuterordnung vor

Heute versucht die Bourgeoisie ihren Staat als einen darzustellen, der den "inneren und äußeren Frieden" garantiert. Es ist aber so, daß dieser Staat die kapitalistische Ausbeuterordnung garantiert, und solange die existiert, kann es keinen inneren Frieden und auch keine friedliche Politik nach außen geben.

Wenn die Bourgeoisie und ihre Staatsvertreter von Frieden reden, dann meinen sie, daß die Ausbeutung "friedlich" ohne Gegenwehr der Arbeiterklasse weitergehen soll und daß das Volk auch "friedlich" bereit sein soll, für die Interessen des Kapitals notfalls auch im Krieg einzutreten. Und weil es diese Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Kapital und Arbeiterklasse nicht gibt, hat die Kapitalistenklasse den Staat, um sie zu erzwingen.

Nur der Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung beseitigt das Übel an der Wurzel

1933 hat die Arbeiterklasse in ihrem Kampf um die soziale Revolution eine tiefe Niederlage erlitten, die es der Bourgeoisie ermöglicht hat, ihre Herrschaft durch das Faschistenregime zu retten und schließlich den imperialistischen Weltkrieg zu entfesseln. Heute ist die Kriegsgefahr wieder groß. Sie geht von den beiden imperialistischen Supermächten aus, die um die Weltherrschaft rivalisieren. Auch in dieser Situation kann die Arbeiterklasse nicht mit der eigenen Bourgeoisie gehen. Ihr Beitrag zum Frieden kann nur im Kampf gegen die eigene Bourgeoisie bestehen, so wie die Arbeiterklasse in den USA und in der Sowjetunion ihre imperialistischen Bourgeoisien stürzen müssen.

Dabei darf sie vor allem nicht auf das Entspannungsgemauschel hereinfallen, das nur die Kulisse abgibt für das heftige Wettrüsten der imperialistischen Supermächte und auch des BRD-Imperialismus, der im Bündnis mit dem US-Imperialismus steht.

Auf ihrem Weg zur sozialen Revolution tritt die Arbeiterklasse in allen Ländern gegen die imperialistischen Militärbündnisse auf. In der Bundesrepublik fordern wir:

USA raus aus Westdeutschland!
Westdeutschland raus aus der NATO!

—bb—

Geiselnahme in Stockholm

Anläßlich der Entführung von Peter Lorenz hatten wir geschrieben:

"Manche werden die Entführung des Peter Lorenz für eine erfolgreiche revolutionäre Aktion halten und werden meinen, in dieser Richtung könne man weiter für die Revolution arbeiten. Tatsache ist jedoch, daß diese Aktion keinen Erfolg gegen den bürgerlichen Staatsapparat bedeutet, sondern eher einen Erfolg der Privat-

Schmidt an, daß man im Gegensatz zur Lorenz-Entführung, wo die Behörden im Dunkeln tappten, *"wußte ..., wo die Täter waren"*. – *"Die Bundesregieruung hat sich deshalb gestern ... zur Unnachgiebigkeit entschlossen"*, faßt der Bundeskanzler zusammen.

Alle bürgerlichen Politiker und Publizisten nutzen jetzt die Gelegenheit, den bürgerlichen Staat als unentbehrlichen Garanten für Sicherheit, Leben und Freiheit dem Volk zu empfeh-

Geiselnahme in Stockholm

Anläßlich der Entführung von Peter Lorenz hatten wir geschrieben:

"Manche werden die Entführung des Peter Lorenz für eine erfolgreiche revolutionäre Aktion halten und werden meinen, in dieser Richtung könne man weiter für die Revolution arbeiten. Tatsache ist jedoch, daß diese Aktion keinen Erfolg gegen den bürgerlichen Staatsapparat bedeutet, sondern eher einen Erfolg der Privatinstinkte kleinbürgerlicher Politiker, die im Dienst des Monopolkapitals stehen, über ihre Funktion, den "Rechtsstaat" verteidigen zu müssen. Ein solcher "Erfolg" ist in der gleichen Weise nicht wiederholbar. Bei einer Wiederholung wird man es mit der Klasse zu tun bekommen."
(aus KVZ Nr. 9/75)

Genau das, der Zusammenstoß mit der ganzen Kapitalistenklasse, ist jetzt eingetreten. Als eine Gruppe von 6 bis 7 Anarchisten in Stockholm die Botschaft besetzte und mit der Erschießung von Geiseln drohte, hat die Bundesregierung nicht nachgegeben. Und einhellig haben alle bürgerlichen Parteien und Publikationsorgane diese Entscheidung begrüßt. Die herrschende Klasse hat demonstriert, daß sie sich nicht auf der Nase herumtanzen läßt.

Die Anarchisten haben offensichtlich falsch kalkuliert. Sie forderten die Freilassung von 26 RAF-Häftlingen, die seit Jahren als Staatsfeinde Nr. 1 herausgestellt werden. Genausogut hätten sie den Rücktritt der Regierung fordern können. Sie erschossen zwei Geiseln, um ihre Entschlossenheit zur Durchsetzung ihres Willens zu demonstrieren: Als ob die Entschlossenheit von 5 bis 6 Leuten die herrschende Klasse und ihren Staat in die Knie zwingen könnte.

Der Bundeskanzler hat in einer Regierungserklärung vom 25.4. die Kalkulation der Bundesregierung dargelegt, die zu ihrem Entschluß geführt hat, den Forderung nicht nachzugeben. Eine Freilassung der zum Staatsfeind Nr. 1 erklärten Baader-Meinhof-Häftlinge *"hätte eine unvorstellbare Zerreißprobe für unser aller Sicherheit und für den Staat bedeutet"*, führte er aus. Sie hätte bedeutet, daß der bürgerliche Staat zuläßt, daß *"Terroristen ... Entscheidungen über Freiheit und Leben anderer ... an sich reißen"* und damit das Staatsmonopol auf Gewaltanwendung durchlöchern läßt, was die Brauchbarkeit dieses Herrschaftsinstruments der Bourgeoisie unterhöhlen würde. Und als taktisches Argument führte Schmidt an, daß man im Gegensatz zur Lorenz-Entführung, wo die Behörden im Dunkeln tappten, *"wußte ..., wo die Täter waren"*. – *"Die Bundesregieruung hat sich deshalb gestern ... zur Unnachgiebigkeit entschlossen"*, faßt der Bundeskanzler zusammen.

Alle bürgerlichen Politiker und Publizisten nutzen jetzt die Gelegenheit, den bürgerlichen Staat als unentbehrlichen Garanten für Sicherheit, Leben und Freiheit dem Volk zu empfehlen: *"Der Rechtsstaat kann seine Funktion nur dann erfüllen, wenn die Bürger darauf vertrauen können, daß er seine Gesetze auch durchsetzt"*, heißt es in der Regierungserklärung. Und für die Zukunft wird betont: *"Wer den Rechtsstaat zuverlässig schützen will, der muß innerlich bereit sein, bis an die Grenze dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist."*

Die Rechnung der Anarchisten in Stockholm ist nicht aufgegangen, weil sie nicht von Klassen ausgehen, sondern nur von sich selbst und ihrer Empörung über die Schrecken des Kapitalismus. Aber auch die Rechnung von Schmidt und Carstens wird nicht aufgehen, die den bürgerlichen Staat, der ein Unterdrückungsinstrument der kapitalistischen Ausbeuterklasse ist, als Garanten von Recht und Freiheit hinstellen wollen, der über den Klassen steht. Ausgebeutete und unterdrückte Klassen, die von ihren Interessen ausgehen und für ihre Rechte kämpfen, lassen sich vom Glauben an den bürgerlichen Staat nicht dauerhaft binden. Die Bauern vom Kaiserstuhl haben sich über alle staatlichen Anordnungen und Gesetze, die man ihnen in den Weg legte, hinweggesetzt und ihren Willen zur Geltung gebracht. Sorgenvoll hat ihnen die Bourgeoisie ein "verheerend gutes Gewissen" bescheinigt.

Wir Kommunisten vertreten den Standpunkt, daß Rebellion gerechtfertigt ist. Und mit Sicherheit werden die Schrecken des Kapitalismus und Imperialismus auch immer wieder Rebellionen hervortreiben, die aussichtslos und ohne Ergebnis bleiben. Deswegen verurteilen wir nicht die Rebellion, sondern wir verurteilen die Ausbeuterherrschaft, die sie hervortreibt. Aber wir sind für erfolgreiche Rebellion. Wir treten ein für die Revolution der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen, die den bürgerlichen Unterdrückungsapparat sprengt, die Ausbeuter enteignet und zum Aufbau einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung führt.

—W.M.—

Politische Verteidigung verboten

Verteidigerausschlußgesetz zum ersten Mal angewandt

Am 22.4. hat das Oberlandesgericht Stuttgart den Rechtsanwalt Croissant von der Verteidigung des RAF-Mitglieds Andreas Baader ausgeschlossen. Dies ist das erste Mal, daß der seit 1.1.75 geltende § 138a StPO (Verteidigerausschlußgesetz) angewandt wird. Weitere Ausschlußanträge sind inzwischen gegen die Rechtsanwälte Ströbele und Groenewald gestellt worden.

Im Januar hatte schon das Oberlandesgericht Köln eine solche Verhandlung durchgeführt, ohne den betreffenden Verteidiger allerdings auszuschließen. Damals war in öffentlicher Sitzung verhandelt worden. Das traute sich das Oberlandesgericht Stuttgart in der Verhandlung gegen Croissant nicht, es tagte unter Ausschluß der Öffentlichkeit in dem für die RAF-Prozesse erbauten Bunker in der Stafanstalt Stammheim.

Dieses Verteidigerausschlußgesetz ist so beschaffen, daß die Justiz sich scheuen muß, es in öffentlicher Verhandlung anzuwenden. Es erlaubt, sämtliche Tätigkeiten, die ein Verteidiger politischer Gefangener unternehmen muß, um seine Mandanten zu verteidigen und seine Interessen zu vertreten, zum Ausschlußgrund für den Verteidiger zu machen. Als Verteidiger einer Vereinigung, die das Gericht schon vor dem Prozeß zur kriminellen Vereinigung erklärt hat, wird jede Verteidigung zur Unterstützung dieser kriminellen Vereinigung und damit selbst strafbar.

Politische Verteidigung, das heißt eine Verteidigung, die die politischen Gründe der Angeklagten darstellt und dafür sorgt, daß die Angeklagten ihre politischen Gründe in öffentlicher Verhandlung darlegen können, wird durch dies Gesetz ausgeschlossen.

Croissant soll an den Straftaten seines Mandanten Andreas Baader teilgenommen haben. Andreas Baader habe nämlich seine strafbare Tätigkeit im Gefängnis fortgesetzt. Daß er Kontakt mit seinen Mitangeklagten gehalten hat, wird vom Gericht als "Fortsetzung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB" für strafbar gehalten.

Dabei sieht das Gericht in dem Hungerstreik gegen die Isolationshaft hauptsächlich ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Einheit unter den RAF-Angeklagten. Diese Einheit ist natürlich der ganzen Justiz ein Dorn im Auge, weil sie das politische und juristische Vorgehen gegen die RAF erheblich erschwert.

Auch das Interview, welches die RAF-Mitglieder dem Spiegel gegeben haben, war nach Meinung des Gerichts eine kriminelle Handlung, weil damit für eine kriminelle Vereinigung geworben worden sei.

Die Unterstützung, welche die RAF-Angeklagten von Croissant bei diesen Aktionen erhalten haben, zähle also als Unterstützung der kriminellen Vereinigung und Werbung für diese – und sei damit strafbar nach § 129 StGB. Strafbar war es also, wenn Croissant öffentlich zur Unterstützung des Hungerstreiks aufforderte; strafbar war es, wenn er Informationsmaterial über den Hungerstreik nur an die Angeklagten schickte, die den Hungerstreik aufrechterhielten. Strafbar war es, wenn er das Interview mit dem Spiegel ermöglichte, und strafbar war es auch, wenn er in der Bezeichnung der Tötung von Holger Meins als "Mord" sich "der Ausdrucksweise der Mitglieder der kriminellen Vereinigung angeglichen" habe und wenn er sie mit "Du und dem Vornamen" anschrieb.

Die Entscheidung des Gerichts läuft auf nichts anderes hinaus, den Verteidiger dafür zu bestrafen, daß er sich "als Organ der Rechtspflege" nicht an der Isolation der Häftlinge beteiligt, daß er sich nicht auf die Seite der Staatsmacht, sondern auf die Seite der Angeklagten gestellt hat. Daß er die Angeklagten dabei unterstützt hat, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, sich gegen die Isolations- und Vernichtungshaft zu wehren, soweit möglich ihre Überzeugung öffentlich zu äußern und sich gegen die erhobenen Anschuldigungen zu verteidigen. Indem Croissant ausgeschlossen wird und weitere Ausschlüsse zu erwarten sind, soll den RAF-Häftlingen von vornherein jede Möglichkeit genommen werden, sich zu verteidigen.

Die erste Anwendung des Verteidigerausschlußgesetzes zeigt, daß sich das Gesetz nicht nur gegen jede politische Verteidigung richtet, sondern auch dagegen, daß Häftlinge mit Hilfe ihrer Verteidiger in der Öffentlichkeit aufzeigen, mit welchen Mitteln der bürgerliche Staat gegen sie vorgeht – in der Haft oder vor Gericht.

Das Verteidigerausschlußgesetz hat nicht nur in der BRD zu Protesten geführt. In Stuttgart fand am Vorabend des Ausschlußverfahrens eine Protestveranstaltung mit mehreren hundert Menschen statt. Rechtsanwälte und auch Richter aus Frankreich, Italien und den Niederlanden waren dort und sprachen sich gemeinsam mit den anwesenden Deutschen gegen das Verteidigerausschlußgesetz und jede Einschränkung der Rechte der Angeklagten vor Gericht aus.

B.O.

Betriebsratswahlen bei Ford-Köln – noch kein entscheidender Schritt voran

Gallionsfiguren der Klassenversöhnung in die Minderheit gedrängt

Köln. Die Betriebsratswahlen im Hauptwerk in Niehl sind gelaufen. Wahlberechtigt waren 17 000 Arbeiter und etwa 7 000 Angestellte.

Zur Wahl hatten sich bei den Arbeitern 12 – davon 8 reine Türkenlisten – und bei den Angestellten 3 Listen gestellt. Die Wahlbeteiligung betrug 80 %.

Bei den Arbeitern bekam die Wählergemeinschaft **Liste 5**, die in Opposition zum alten Betriebsrat stand, 12 Plätze. Das sind ebenso viele wie die **Liste 11**, die "IG-Metall-Einheitsliste". Auf der **Liste 11** standen die alten Betriebsratsvorsitzenden Lück und Kuckelkorn an der Spitze. Das Kennzeichen der **Liste 5** war eine deutliche Abgrenzung von der Politik des bisherigen Betriebsratsvorsitzenden Lück und des Betriebsratsgeschäftsführers Kuckelkorn (beide SPD). Sie konnten sich auf linksreformistische und revisionistische Einflüsse in der Belegschaft stützen. Die Liste hatte aber – ebenso wie die anderen zur Wahl stehenden – kein Programm, das von den Kollegen der Abteilungen gemeinsam beschlossen worden wäre.

Die **Liste 5** bekam etwa 4 200 Stimmen, fast doppelt so viel wie die sogenannte "IG-Metall-Einheitliste" mit Lück und Kuckelkorn an der Spitze. (2 500 Stimmen.)

Gerade in den Hallen, wo die dreckigste und schwerste Arbeit ist (Y und W), bekam die **Liste 5** erheblich mehr Stimmen als die "Einheitsliste".

Drittstärkste Gruppierung wurde die **Liste 12**, die im wesentlichen aus Sozialdemokraten, die sich als die neue, frische Kraft gegen die alten Betriebsräte profilieren wollten, gebildet hatte. Sie hat 3 Plätze im Betriebsrat.

Zwischen 500 und 800 Stimmen bekamen die verschiedenen Türken-Listen, die sich aber durchweg an einer der drei großen Gruppierungen orientierten. Sicher ist, daß große Teile der Türken im Gegensatz zur letzten Wahl diesmal keine reine Türkenliste gewählt haben, sondern die **Liste 5**, auf der türkische und deutsche Kollegen gemeinsam kandidierten. Eine türkische **Liste 9**, die sich an die **Liste 12** anschließt, bekam einen Platz. Eine weitere türkische Liste zwei Plätze. Die alten Betriebsratsvorsitzenden hatten ebenfalls eine türkische Liste aufgestellt; sie bekam einen Platz. Damit haben die alten Betriebsratsvorsitzenden und ihre Listen insgesamt dreizehn Plätze. Alle anderen Listen verstanden sich als Listen gegen Lück und Kuckelkorn. Sie haben zusammen die Mehrheit bei den Arbeitern.

Im Angestelltenbereich stellt die IG Metall von zehn Kandidaten nur noch vier, die DAG ebenfalls vier und eine oppositionelle SPD-Liste zwei Betriebsräte.

Vorsitzender des Betriebsrates wurde der Listenführer von **Liste 5**, Schwarzenberg. Stellvertreter wurde von den Angestellten ein DAG-Mitglied.

Insgesamt gesehen ist es so, daß die offensichtliche Niederlagenpolitik des alten Betriebsrats eine klare Abfuhr erteilt bekommen hat.

Die Voraussetzungen aber, um die Angriffe des Kapitals erfolgreich zurückzuschlagen, sind noch nicht gegeben. Die Belegschaft ist nach wie vor gespalten; die Betriebsratswahl war kein Knotenpunkt, an dem die Kollegen ihre Einheit gegenüber den Ford-Kapitalisten herstellen konnten.

Voraussichtlich wird es zu einem festeren Zusammenschluß zwischen den Listen 5 und 12 (einschließlich der dazugehörigen Ausländerlisten) kommen. Das wird für die Belegschaft die Möglichkeit eröffnen, stärker und mit größeren Erfolgsaussichten als bisher ihre Forderungen an den Betriebsrat heranzutragen, um zusammen mit ihm gegen die Angriffe des Ford-Kapitals vorzugehen. Das ist notwendig, weil die Geschäftsleitung immer stärker versucht, die Belegschaft vollständig zu entwaffnen, um immer mehr Profit aus ihr herauszuschlagen.

Das Kapital spannt die Zügel straffer!

Die Lage bei Ford ist seit Jahren durch verstärkte Angriffe des Kapitals auf die Kollegen gekennzeichnet. Mal gibt's Entlassungen, mal Überstunden, mal übertarifliche Zulagen, dann wieder betrieblichen Lohnabbau. Das einzige, was stabil ist, ist der Profit: offiziellen Angaben zufolge seit 1968 jedes Jahr über 200 Millionen DM, im Jahre 1973 sogar 255 Millionen DM. Genau dafür müssen die Kollegen schuften: 1968 z.B. haben 38 000 Kollegen 382 000 Autos produziert. 1971 hat eine um 50 % vergrößerte Belegschaft (55 000) die Produktion um 100 % gesteigert.

Noch schlimmer wurde es 1972/73: Die Belegschaftszahl sank um 200 Kollegen, die Produktion dagegen erhöhte sich nochmals um 53 000 Autos. Die Arbeitshetze wurde unerträglich. Im Lauf des Jahres 1974 holte die Geschäftsleitung zu einem weiteren Schlag gegen die Belegschaft aus: Etwa 9 000 Kollegen flogen – zum Teil mit Abfindungen – auf die Straße. Die noch im Werk verbliebenen Arbeiter und Angestellten spüren seitdem, wie das Kapital die Zügel im Betrieb noch straffer spannt, um die Autos billiger als die Konkurrenz von Opel und VW zu machen, um dadurch neue Marktanteile und Profite zu ergattern.



In einem Achsenwerk von Ford

Als tatsächlich die Modelle Capri und Escort sich als "Renner" erwiesen, als die Aufträge teilweise die Zahlen der vorigen Jahre erreichten, da dachte die Geschäftsleitung zunächst überhaupt nicht daran, neue Leute einzustellen; vielmehr sollte die um 9 000 geschrumpfte Belegschaft fast genauso viel schaffen wie vor den Entlassungen. Das sah dann so aus:

– In der W-Halle sollte Nachtschicht eingeführt werden.

– Aus verschiedenen Hallen wurden Kollegen in die Y-Halle (Endmontage) versetzt, weil dort die Arbeit nicht mehr geschafft wurde; die Kollegen wurden allerdings nur für höchstens zwei Wochen ausgeliehen.

– Als trotzdem überall Arbeit liegenblieb, wurde die lächerliche Anzahl von 300 Hilfsarbeitern eingestellt. Gleichzeitig mußten in der Y- und in der A-Halle Sonderschichten und Samstagsarbeit eingeführt werden, und in einer Reihe von Hallen wurden regelmäßig Überstunden angesetzt.

Die Politik des alten Betriebsrates

Gegen diese massiven Maßnahmen unternahm der Betriebsrat mit den SPD-Funktionären Lück (Landtagskandidat) und Kuckelkorn an der Spitze nichts. Er sagte zu allen entscheidenden Maßnahmen der Geschäftsleitung Ja und Amen; dann konzentrierte er sich darauf, der Belegschaft ein paar "überzeugende" Phrasen an den Kopf zu knallen. So hörte man im Lauf des Jahres 1974 vom Betriebsratsvorstand, daß folgende Vorstellungen das Optimale für die Belegschaft seien:

– Kurzarbeit verhindere Entlassungen.

– "Maßvolle" Lohnabschlüsse würden Entlassungen verhindern.

– Und als die Entlassungen anstanden: "Wenn schon Entlassungen, dann die, die noch nicht lange im Werk sind."

– Auch könnten ältere Kollegen ja vorzeitig gehen.

– Schließlich empfahl der Betriebsrat einem ganzen Teil der Belegschaft (den Türken), "freiwillig" zu kündigen, "weil für Euch sowieso nichts mehr drin ist" (gemeint ist die geplante Nichtverlängerung der Arbeitsverträge).

Soweit der "Kampf" des Betriebsrates gegen Entlassungen.

Zur enormen Verschärfung der Arbeitshetze hatten die Betriebsratsgrößen überhaupt keine Vorstellungen außer: "Wir sperren uns gegen jede Neueinstellung." Selbst das 1973 nach dem Streik gegebene Versprechen, die Bandgeschwindigkeiten zu untersuchen und eventuell zu ändern, ist nicht eingehalten worden. Ebenfalls hatten sie bei der Wahl 1972 eine Betriebsvereinbarung über die Kontrolle der Bandgeschwindigkeiten versprochen. Nichts davon ist eingelöst.

Teile der Belegschaft haben trotzdem diesen "Argumenten" geglaubt, weil die Belegschaft durch viele politische und vor allem nationale Spaltungen uneinheitlich und unsicher ist.

Die Vorbereitung der Betriebsratswahl

Insbesondere seit dem Streik 1973, bei dem Lück und Kuckelkorn mit der Polizei zusammengearbeitet haben (vgl. KVZ Nr. 13/1975, Ford-Prozeß) wuchs der Widerstand der Belegschaft gegen diese beiden Gallionsfiguren der Klassenversöhnung.

Schlecht ist, daß dieser Widerstand aus verschiedenen Richtungen kommt, daß er nicht einheitlich ist und daß er keine konkreten Forderungen aufstellt, die die Kollegen an einzelnen Punkten zusammenschließen können.

Es fing an mit einer monatelangen Hetze des Betriebsratsvorstandes und der Geschäftsleitung gegen die DKP, weil einer ihrer Vertreter ab und zu unbequeme Nachrichten aus dem Betriebsrat in die Öffentlichkeit trug, so z.B. den geplanten Neuaufbau eines Werkes in Valencia.

Die DKP-Betriebsgruppe zerstritt sich darüber innerlich, und sie spielte im Wahlkampf eine immer geringere Rolle. Hatte sie anfangs wenigstens noch vorgeschlagen, ein Programm festzulegen und damit die einzelnen Betriebsräte zu verpflichten, so stand am Ende nur noch im Mittelpunkt: "DKP Köln fordert vom Landtag: 'Recht auf Arbeit durchsetzen'." Anstelle des Kampfes der Kollegen sollte jetzt wohl der Landtag ein "Ford-Gesetz" beschließen.

Mit dem Näherrücken des Wahlzeitpunktes verschärfte sich der Kampf hinter den Kulissen. Auf einer Vertrauensleutevollversammlung im März wurde festgelegt, daß nur eine Liste mit alphabetischer Reihenfolge aufgestellt werden sollte. Da waren dann über 90 Kollegen drauf. Schlecht war dabei schon, daß nicht über die einzelnen Kandidaten debattiert wurde, sondern daß auch alle alten Betriebsräte widerspruchslos auf die Liste kamen.

Gleichzeitig – und das machte das Ganze zu einer Farce – gab es folgenden Beschluß: *"Sollten von Spaltergruppen Listen eingebracht werden, haben die Bereichsvorstände in Zusammenarbeit mit der Vertrauensleutekörperleitung die vollverantwortliche Aufgabe, entsprechend der persönlichen und fachlichen Qualifikation ... die Betriebsratswahlen durchzuführen."* Im Klartext: Kommt eine zweite Liste, dann stoßen die Bereichsvorstände, in denen nur die getreuen Anhänger von Lück und Kuckelkorn sitzen, die Reihenfolge um und stellen sich selbst an die erste Stelle.

Es ist nicht klar herauszubekommen, ob der alte Betriebsrat nun tatsächlich selber eine zweite Liste in der Tasche hatte oder ob andere Gruppen den Anfang machten. Das Endergebnis waren schließlich 15 Listen.

Bei den Arbeitern lassen sich die 12 Listen in drei Blöcke unterteilen:

Die IG-Metall-Listen

Neben der sogenannten Einheitsliste hat die IG Metall auch noch vier türkische Listen, meist bezogen auf einzelne Hallen, aufgestellt.

Weil die Betriebsratsgrößen wußten, daß sie durch die Gleichsetzung alter Betriebsrat – traditionelle IG Metall bei vielen türkischen Kollegen keinen Blumentopf gewinnen konnten, haben sie schnell die teilweise als IG Metall erkennbaren Türkenlisten aufgestellt. Damit sollte der breiten Bewegung gegen die führenden Köpfe des alten Betriebsrats der Wind aus den Segeln genommen werden.

Um die türkischen Kollegen noch zusätzlich zu verwirren, stehen auf manchen Listen noch einigermaßen fortschrittliche Kollegen, größtenteils aber auf hinteren aussichtslosen Plätzen, vorne stehen die getreuen Anhänger des alten Betriebsrats.

Die Leute um Lück und Kuckelkorn mitsamt ihrer türkischen Helfer haben mit dem Wahlergebnis eine eindeutige Niederlage erfahren. Obwohl sie noch in den Tagen eine "Wählergemeinschaft" gründeten, noch Flugblätter mit ihren angeblichen großen Erfolgen herausbrachten, obwohl sie an einzelnen Stellen ganze Abteilungen zum Wahllokal brachten und nur über die **Liste 11** (IG Metall) informierten – vor allem bei den Italienern – haben sie dennoch nicht die Mehrzahl der Stimmen bekommen.

Die Ford-Initiative

Den zweiten Block bildet die sogenannte Ford-Initiative (**Liste 12**), die auch noch eine jugoslawische, eine türkische und eine Angestelltenliste umfaßte. Hier kandidierten offensichtlich Sozialdemokraten gegen die alten Betriebsräte. Aus der Notwendigkeit, sich nicht nur negativ abzugrenzen, stellte sie dann auch ein Programm auf; allerdings hatte keine Abteilung, keine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung vorher diese Forderungen beschlossen.

Das wäre wohl auch schwer möglich gewesen, da das Hauptproblem, die ungeheuer gestiegene Arbeitshetze, kaum zur Sprache kommt.

Auch zerbrachen sie sich fleißig den Kopf der Ford-Kapitalisten, indem sie forderten: *"Den PKW-Absatz durch Anhebung der Kilometerpauschale fördern"*. Den Gedanken hatte die Geschäftsleitung auch schon öfter auf Betriebsversammlungen vertreten. Auf welche Bewegung in der Belegschaft diese Liste anspielte, wird in ihrer Schlußerklärung klar: *"Unsere Mannschaft ist unverbraucht."*

Die Wählergemeinschaft Liste 5

Hier haben sich Parteilose, Sozialdemokraten und einzelne DKP-Kollegen (andere DKP-Mitglieder waren auf der IG-Metall-Liste) zusammengeschlossen aus der eindeutigen Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit Lück und Co. Das allein hat sie aber nicht abgehoben von den anderen Listen. Abgehoben hat sie

a. ihre relative Bekanntheit bei vielen Kollegen;

b. ihre Versuche, mit vielen Kollegen über ihre Probleme zu reden; so sind Vertreter dieser Liste am häufigsten in den Hallen gewesen.

Aber auch diese Liste hatte kein eindeutiges Programm, für das sie die Belegschaft mobilisiert hätte. Klar war nur: *"Keine Gemeinsamkeit mit Lück und Kuckelkorn auch nach der Wahl"* und *"Einer geschlossenen Geschäftsleitung einen neuen, geschlossenen Betriebsrat gegenüberstellen"*.

Wesentlich für den Erfolg der Liste war auch, daß die relativ starke revisionistische Gruppe "Türkische Ford-Arbeiter" zur Wahl der **Liste 5** aufgerufen hatte und gleichzeitig alle anderen türkischen Listen verurteilt hat.

Die **Liste 5** hat es u.a. durch die Popularität ihrer Listenführer am ehesten geschafft, eine in den Augen der Belegschaft realistische und starke Alternative zu der bisher enttäuschenden Betriebsratspolitik zu werden. Von Leuten wie Weyerstrass, der sich in einer Reihe von **kleineren Fragen** für einzelne Kollegen eingesetzt hat, wird offensichtlich eine aufrechtere, offenere und konsequentere Politik gegen die Angriffe der Ford-Kapitalisten erwartet.

Ein Spektakel am Rande: Die Gruppe Rote Fahne (KPD)

Schon ein paar Wochen bevor überhaupt der Stichtag für die Abgabe der Listenvorschläge bei Ford war, brachte die Gruppe Rote Fahne in einem Artikel über ihre Kommunalwahlkandidatur in Köln Informationen über die Betriebsratswahlen. Dort stand, daß unter Führung der "Partei" sich Kollegen gefunden hätten, die bei Ford als "**Liste 2**" zu wählen seien, die seien gewerkschaftsoppositionell und gegen den Gewerkschaftsbonzen Kuckelkorn und für den Klassenkampf, und die würden bestimmt die Kollegen nach vorne bringen.

Tatsache ist, daß erst danach die Gruppe Rote Fahne anfing, Unterschriften für die Zulassung ihrer aus ausländischen Kollegen bestehenden Liste zu sammeln, und zwar von draußen; sie standen vor den Toren.

Tatsache ist auch, daß diese Liste es noch nicht einmal schaffte, eine ausreichende Anzahl von Unterschriften zu sammeln. Damit war der ganze schöne Ballon geplatzt. In der Roten Fahne Nr. 10/1975 ist zu lesen: "Die Zelle unserer Partei (die innerhalb des Werkes gar nicht existiert) kämpft um den Zusammenschluß der Kollegen gegen Ford, Lück, Kuckelkorn und Co. ... Jedem Taktieren der Reaktionäre werden wir mit unserem Programm entgegentreten; die Mobilisierung der Kollegen wird unsere Stärke sein ...

Danach beschränkte sich die Gruppe Rote Fahne darauf, mindestens zweimal jede Woche ein Flugblatt gegen Lück und Co. zu verteilen. Über eine Kandidatur zum Betriebsrat wurde kein Wort mehr verloren.

Die abgetrennte Wahl im Ersatzteillager Merkenich

Am 20. März wurde im Lager der Betriebsrat gewählt. Hier fand im Gegensatz zum Hauptwerk in Niehl, wo zwischen 15 Listen gewählt wurde, eine Persönlichkeitswahl statt. Die Festlegung der Listenplätze wurde vor der Wahl mit dem Vertrauensleutekörper diskutiert und festgelegt. Alle Kandidaten gehören der IG Metall an. Der Bereich Angestellte hat sieben, und der Arbeiterbereich hat acht Betriebsräte gewählt. Die Wahlbeteiligung war hoch. Bei den Angestellten war sie sogar mit etwa 70 % um 30 % höher als bei den letzten Wahlen. Der Betriebsrat hat sich mittlerweile konstituiert und wird zusammen mit der Belegschaft vorgehen, um gestiegene Arbeitshetze und Entlassungen zu verhindern. Seine Devise lautet: Wir haben keinen Mann zuviel.

Praktisch hat sich diese Politik schon positiv ausgewirkt, denn der Betriebsrat genehmigt keine Überstunden dort, wo Personalreduzierungen vorgenommen wurden oder Personal nicht ersetzt wurde. Personalmangel soll nicht mit Überstunden abgefangen werden.

O., Ford-Aufbauzelle

Stübbe-Demag / Kalletal

Erste Schritte zur Stillegung

Kalletal. Seit Monaten kämpft die Belegschaft bei Stübbe Kalletal gegen die geplante Stillegung. Mit einem Trick versucht die Mannesmann-Demag-Geschäftsleitung, der das Werk gehört, jetzt die Belegschaft zu spalten, um so in "Ruhe" die vollständige Stillegung durchführen zu können. 150 Arbeiter sollen entlassen werden, um angeblich die noch verbleibenden 400 Arbeitsplätze zu erhalten.

Noch am 10.4. hatte der Arbeitsdirektor Keller öffentlich erklärt: *"Zur Zeit besteht kein konkreter Plan, irgendwelche Kündigungen auszusprechen."*

Die Hoffnungen der Arbeiter auf Erhaltung ihrer Arbeitsplätze beruhten bisher auf Verhandlungen der Geschäftsleitung mit einem anonymen Käufer, der das Werk voll übernehmen sollte – so jedenfalls verbreitete es die Geschäftsleitung.

Am 24.4. hieß es dann plötzlich, daß vor Verkaufsabschluß *"für 150 Arbeiter eine andere Beschäftigungsmöglichkeit gefunden werden müsse"*. Angeblich könnten dann die restlichen 400 Arbeitsplätze gesichert werden.

Die Belegschaft schenkt diesem Schwindel zu Recht keinen Glauben mehr, wie überhaupt keiner der Kollegen mehr auf die vielen Lügen der Geschäftsleitung eingeht.

Keine einzige Entlassung bei Stübbe-Demag!

Diese Forderung ist die einhellige Meinung der Kollegen. Zudem weiß jeder, daß der ganze Betrieb nicht mehr produktionsfähig ist, wenn erst einmal 150 Arbeiter fehlen. Sie haben das Beispiel von Erwitte, wo die Belegschaft den Betrieb besetzt hat, vor Augen.

Wie wir aus einem Gespräch mit einem Kollegen erfuhren, ist die Stimmung in der Belegschaft gegen die Machenschaften der Konzernleitung gestiegen. Sollten tatsächlich Entlassungen vorgenommen oder Maschinen abgebaut werden, will die Belegschaft geschlossen dagegen vorgehen. Mit einer weitgehenden Unterstützung von seiten der Lippischen Bevölkerung ist zu rechnen.

–J.–

Erfolgreiche Betriebsratswahlen Max-Planck-Institut f. Kernphysik

Kandidaten der Wahlplattform gewählt

Heidelberg, 15.4.1975. Unter hoher Wahlbeteiligung (83,14 %) wählte die Belegschaft am Max-Planck-Institut für Kernphysik den neuen Betriebsrat.

Er besteht aus neun Mitgliedern. Acht der neuen Betriebsratsmitglieder kandidierten auf einer Wahlplattform der Betriebsgewerkschaftsgruppe. In der Wahlplattform fassen die Kollegen die bisherige Betriebsratsarbeit zusammen und leiten daraus die Kampfrichtung ab: Durchsetzung der tariflichen Vergütung für alle! Fortsetzung des Kampfes gegen die Absicht der Direktion, den bisherigen Urlaub zu streichen! Einhalten aller notwendigen Sicherheitsvorkehrungen. (Hier nur einige Beispiele)

Alle Kandidaten der Wahlplattform erklären sich für die Herbeiführung von Beschlüssen durch die Belegschaft in Betriebsversammlungen. Hält sich der Betriebsrat nicht an die Beschlüsse der Belegschaft, wird er von der Belegschaft abgewählt!

Unter den neuen Betriebsratsmitgliedern, die auf dieser Wahlplattform kandidierten, befinden sich ÖTV-Kollegen, ein Stadtratskandidat des KBW (E.Dohm), der als Kommunist der ganzen Belegschaft durch seine Arbeit bekannt ist und bei der Wahl den vierten Platz errang, und auch noch nicht gewerkschaftlich organisierte Kollegen.

E.Dohm erhielt 154 Stimmen bei 281 abgegebenen Stimmzetteln.

In den bisherigen Auseinandersetzungen zwischen Betriebsrat und Direktion ist ein Großteil des bisherigen Betriebsrats nicht mehr bereit gewesen, den Kampf fortzuführen und erneut zu kandidieren. Diese Erscheinung muß man darauf zurückführen, daß die Beschlüsse der Belegschaft **alle** Betriebsratsmitglieder zwangen, entschlossen und mutig gegenüber der Direktion aufzutreten. Das aber gefährdete die individuellen Absichten für die Zukunft der einzelnen. Noch drei weitere Jahre des Kampfes mögen ihnen als undurchhaltbar erschienen sein.

Die neuen Betriebsratskollegen haben die Arbeit des bisherigen Betriebsrats beobachtet und erkannt, daß sein Kampf um die Rechte der Belegschaft gerecht ist. Sie sind davon überzeugt, daß dieser Kampf fortgeführt werden muß, wenn die Belegschaft den bisher gewonnenen Boden gegenüber den Direktoren absichern und ausweiten will.

Die Beschlüsse der ersten Betriebsratssitzung wurden einstimmig, bzw. ohne Gegenstimmen gefaßt. F.–

Klöckner-Hütte

Wahlen rechtsunwirksam

Bremen. Der Christliche Metallarbeiterverband (CMV) hatte die Betriebswahlen wegen vermeintlicher Wahlbeeinflussung, Wahlbetrug oder ähnliches angefochten. Das Arbeitsgericht stellte jetzt fest, daß die Wahlen rechtsunwirksam sind.

Begründung: Wahlurnen müssen 90 cm hoch sein und der Schlitz nicht mehr als 2 cm breit. Die Urnen, mit denen bei Klöckner schon seit 15 Jahren gewählt wird, waren nicht entsprechend. In einer Situation, wo die Klöckner-Bosse mit Kurzarbeit und Rationalisierungen die Stahlwerker verstärkt ausbeuten, hat der CMV auf diese Weise die Arbeit des neugewählten Betriebsrates lahmgelegt. Und genau darin liegt auch seine Aufgabe. Der CMV, seine Rechtsvertretung Karin Stieringer, Rechtsanwalt und SPD-Bürgerschaftsabgeordnete, und das Arbeitsgericht haben damit erst mal den Klöckner-Kapitalisten in die Hände gearbeitet.

Nachdem der Betriebsrat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt hatte, ist er letzte Woche geschlossen zurückgetreten.

Denn nach Inkrafttreten des Urteils wäre die Belegschaft ohne Betriebsrat gewesen, während jetzt der zurückgetretene Betriebsrat bis zur Neuwahl kommissarisch die Interessenvertretung der Belegschaft gegenüber den Kapitalisten wahrnehmen kann.

–U., Ortsgruppe Bremen–

John Deere:

Fortschrittliche Kollegen neu in den Betriebsrat gewählt

Kandidaten wurden in den Abteilungen vorgeschlagen, um für die Forderungen der Kollegen einzutreten

Mannheim. Es ging heiß her im Betrieb in der Auseinandersetzung um die Betriebsratswahlen.

"Jetzt brauchen wir Betriebsräte, die was machen gegen die Zustände hier im Betrieb und nicht nur 'rumsitzen," hieß es vor der Wahl in vielen Abteilungen.

In der Gießerei z. B. stellten die Kollegen 2 Kandidaten auf: die türkischen Kollegen Acikgöz und Celik.

Die Gießerei ist eines der trübsten Kapitel im Betrieb John Deere.

Hier arbeiten fast nur türkische Kollegen.

Es passieren reihenweise Unfälle, weil die Sicherheitsvorkehrungen katastrophal sind. Die Absaugvorrichtungen sind so schlecht, daß man die staubige Luft fast mit dem Messer schneiden kann. Bei Höchsttemperaturen wird Schwerstarbeit geleistet. Die Sozialeinrichtungen sind miserabel. Es gibt keine Frühstücksplätze. Die Kollegen sitzen buchstäblich im Dreck beim Frühstück.

Das Arbeitstempo ist unerträglich. Die Gießerei im Werk Mannheim produziert Gußteile für alle europäischen John-Deere-Betriebe, und deren Produktion ist in den letzten 4 Jahren um 200 % gestiegen. Die Zahl der Arbeiter in der Gießerei stieg aber nur von 500 auf 700 (= 40 %). Was das heißt, ist wohl klar. Die John-Deere-Kapitalisten nehmen für diese mörderische Dreckarbeit bevorzugt türkische Kollegen, weil sie meinen, diese könnten sie am leichtesten unter Druck setzen. Aber sie haben sich getäuscht.

Als die Kollegen der Gießerei erfuhren, daß Betriebsratswahlen sind, gab es gleich heftige Diskussionen. "Sollen wir den Kollegen Limbeck (DKP und bislang für die Gießerei zuständig) wiederwählen?" "Nein", war die einhellige Meinung, "der hat für uns nichts gemacht und ist fast nur bei den Meistern gesessen. Wir wollen Betriebsräte, die für unsere Forderungen kämpfen. Wir fordern schon seit langem eine bessere Entlüftung in der Gießerei ausreichende Frühstücksplätze, Senkung der Akkordzeiten, besonders im Gußputz, und bessere Sicherheitsvorkehrungen. Wir brauchen Betriebsräte, die sich dafür einsetzen." Die Kollegen schlugen also den Vertrauensmann Celik und den Kollegen Acikgöz, die dafür bekannt sind, daß sie sich für die Kollegen einsetzen, als Kandidaten vor und machten dafür eine Unterschriftensammlung. Die SPD- und DKP-Betriebsräte waren also wohl oder übel gezwungen, die zwei auf die Kandidatenliste zu nehmen.

Ein Schritt vorwärts

In ähnlicher Weise wie in der Gießerei wurden auch die Kollegen Wietstock (Elektriker) und Gümüz (Montageband) in ihren Abteilungen vorgeschlagen mit dem Auftrag, für die Forderungen der Kollegen zu kämpfen.

Um welche Forderungen es bei John Deere hauptsächlich geht, ist schon seit Jahren klar. Unter anderem:

- Senkung der Arbeitshetze
- Keine Entlassungen wegen Krankheit
- Neuregelung der Lohnabrechnung
- menschenwürdige sanitäre Anlagen
- ausreichende Frühstücksplätze
- Fahrgeldrückerstattung
- kostenlose Arbeitsanzüge usw.

Diese Forderungen wurden auf der Betriebsversammlung 6 Wochen vor der Wahl fast alle noch einmal vorgebracht. Der alte Betriebsrat hat für diese Forderungen kaum mal einen Finger krumm gemacht.



Die Betriebsratswahl zur Einigung der Belegschaft gegen die Kapitalisten nutzen

Die Kollegen Acikgöz, Wietstock, Gümüz und Celik, der spanische Kollege Gonzalez, der schon im letzten Betriebsrat als einziger versucht hat, Politik für die Interessen der Kollegen zu machen, standen hier als Alternative, denn sie erklärten ihre konsequente Unterstützung dieser Forderungen der Belegschaft. Ein großer Teil der Kollegen von John Deere hat bei der Wahl deshalb auch diese 5 Kollegen gewählt. Mit über 1 000 Stimmen kam der Kollege Gonzalez auf den 5. Platz (vorher Platz 7), die Kollegen Celik, Gümüz und Acikgöz folgen auf Platz 9, 11 und 12 (Kandidatenlistenplatz 40, 41 und 43), und auf Platz 13 kam der Kollege Wietstock (Listenplatz 7; insgesamt wurden 27 Betriebsräte gewählt).

Den SPD- und DKP-Betriebsräten haben also alle ihre Tricks, mit denen sie die Wahl von Kollegen, die auf dem Boden klarer Forderungen stehen, verhindern wollten, nichts genutzt. Neu in den Betriebsrat gewählt wurden nur die Kollegen, die hinter den Forderungen der Belegschaft stehen, während die alten SPD- und DKP-Betriebsräte durchweg im Platz abgefallen (außer den ersten vier, die ihren Platz halten konnten) oder ganz rausgeflogen sind.

Betriebszelle John Deere, F.

John Deere Gießerei, Schmelzbetrieb
Hier arbeiten die Kollegen unter mörderischen Arbeitsbedingungen

Streik gegen Entlassung

Bruchsal. Am 14.4. streikten die 400 Kollegen des Werkzeug- und Maschinenwerk-Bereichs der Firma Siemens für eine Stunde.

Das war die Antwort der Kollegen auf die Ankündigung der Geschäftsleitung, daß bis zum September 1976 ein Drittel der Belegschaft entlassen werden soll. Mit dem Streik wurde erreicht, daß die Entlassungen von fünf Kollegen wieder zurückgenommen wurden. Die Firma bezahlte die ausgefallene Arbeitszeit.

Spenden für die streikenden Zementarbeiter von Erwitte

Bremen. Von den Betriebsratskollegen der Köckner-Hütte Bremen wurde den Kollegen von Seibel/Erwitte ein Solidaritätsgruß und etwa 50 DM übersandt.

Die Seibel-Kollegen haben sich schon bedankt mit einer Streikzeitung, einem Maiaufruf und einer Plastiktüte Zement.

Dies wird unsere Kollegen anspornen, noch mehr Spenden für den Kampf der Seibel-Kollegen zu sammeln!

–Betriebszelle Klöckner/Bremen–

Opel Rüsselsheim:
1 200 Neueinstellungen, Sonderschichten bis zum Juni

Rüsselsheim. War die Situation im Rüsselsheimer Opel-Werk bis vor kurzem noch gekennzeichnet durch Kurzarbeit, Abfindungsaktionen und Entlassungen, so hat sich jetzt die Lage seit Anfang März geändert. Die Produktion wurde um etwa 10 % gesteigert pro Schicht, 1 200 Kollegen wurden neu eingestellt, und die Geschäftsleitung hat bis einschließlich Juni vier Sonderschichten pro Monat beantragt.

Die Kollegen werden von diesen Maßnahmen hart getroffen. Zwar sind 1 200 Kollegen neu an das Band gekommen, aber trotzdem hat der Einzelne am Band zum Teil zusätzliche Arbeitsgänge zu erledigen, werden heute mit 28 000 Mann etwa die gleichen Stückzahlen gefahren wie Ende 1973 am Anfang der Kurzarbeitsperiode mit etwa 33 000. Zu dieser Steigerung der Arbeitshetze kommen noch die Sonderschichten hinzu, die für jeden Kollegen in der Produktion zusätzlich zwei Samstage Arbeit im Monat bedeuten. Die Devise lautet also: Ranklotzen um jeden Preis für den Profit der Opel-Kapitalisten.

ÖTVler solidarisch mit VW-Arbeitern

Hamburg. Die ÖTV-Betriebsgruppe im HWWA, Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg, hat beschlossen, sich an der gewerkschaftlichen Maidemonstration zu beteiligen. Auf der Betriebsgruppensitzung, an der Kollegen aus den wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereichen teilnahmen, wurde festgelegt, gemeinsam ein Transparent zu tragen. Das Transparent trägt die Parole: "ÖTVler solidarisieren sich mit dem Kampf der VW-Kollegen gegen Entlassungen".

Gewerkschaftlicher Arbeitslosen–ausschuss

Am 20.4. fand die 12. Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier statt.

Im Mittelpunkt standen Berichte eines Kollegen von der Neuen Hannoverschen Presse (NHP), sowie Berichte aus den Hamburger Großdruckereien Auerdruck (Morgenpost) und Springer. Alle Berichte zeigten auf, wie die Kapitalisten in der Druckindustrie vorgehen, um ihren Profit auch in der Krise zu sichern; daß sie einerseits Kollegen rausschmeißen und die verbleibenden Kollegen umso mehr auspressen, bei gleichzeitigem Abbau der sozialen Leistungen wie Betriebsrenten usw.

Ein Erfolg dieser Delegiertenversammlung war die Verabschiedung einer Solidaritätsadresse für die streikenden Kollegen in Erwitte und die kämpfenden Kollegen bei VW in Neckarsulm und Salzgitter. Anschließend wurden gegen die Einwände des Ortsvereinsvorstands für die streikenden Kollegen knapp 400 DM gesammelt. Weiter wurde beschlossen, daß ein Arbeitslosenausschuß eingerichtet wird, der die besonderen Belange der arbeitslosen Kollegen in der Gewerkschaft vertritt. Es soll damit verhindert werden, daß eine Spaltung eintritt unter den Kollegen, die Arbeit haben, und denen, die arbeitslos sind.

B.–

Jugendversammlung bei VW-Wolfsburg

Facharbeiterlehrlinge wehren sich gegen Umsetzungen ans Band und gegen Schmückers Sanierungsplan

Wolfsburg. Am 23. und 24.4. fanden im Volkswagenwerk Wolfsburg Jugendversammlungen statt. Auf diesen Jugendversammlungen wurde unter Beifall der Lehrlinge eine Solidaritätsresolution mit den Kollegen der Audi-NSU-Werke und des Volkswagenwerkes Salzgitter verlesen.

Die Resolution beinhaltete, daß die Jugendvertretung des Volkswagenwerkes Wolfsburg den Kollegen von Audi/NSU und den Kollegen von Salzgitter soldarische Grüße übermittelt und den Betriebsrat und die Jugendvertretung dieser Werke auffordert, den Kampf der Kollegen zu unterstützen.

In Wolfsburg sind die Lehrlinge der letzen drei Lehrjahre nach dem Auslernen geschlossen in die Produktion versetzt worden. Daran soll sich auch in Zukunft nichts ändern.

Die Jugendvertretung hat in ihr Programm aufgenommen, daß sie sich dafür einsetzen wird, daß alle Lehrlinge in die Fachabteilungen übernommen werden. Sie ist jedoch bisher nicht tätig geworden. Das liegt daran, daß der Betriebsrat sich grundsätzlich für weitere Umsetzungen von Facharbeitern in die Produktion ausgesprochen hat.

Auf der ersten Jugendversammlung ist es vermieden worden, die Auswirkungen des Sanierungsplans auch nur anzusprechen. Anders auf der zweiten Jugendversammlung.

Eine Berufsschulklasse von VW-Lehrlingen hatte folgende Resolution verabschiedet: "Wir, die Werkzeugmacherlehrlinge des 4. Lehrjahres, Berufsschulklasse 01, wehren uns dagegen, nach Beendigung der Lehre in die Produktion versetzt zu werden. Diese Versetzungen sind ein Teil der Pläne des VW-Vorstandes, den Konzern auf Kosten der Belegschaft zu sanieren.

Wir haben nicht 3 1/2 Jahre gelernt für nichts. Zumal man ja erst richtig lernt, wenn man in seinem Beruf arbeitet. Außerdem sind wir der Meinung, daß bis jetzt in den Fachabteilungen auch nicht die Hände in den Schoß gelegt wurden, sondern daß es dem Vorstand darauf ankommt, daß mit weniger Arbeitern die gleiche Arbeit erledigt wird.

Wir fordern daher, daß alle Lehrlinge in die Fachabteilungen übernommen werden und gleichzeitig, daß kein Kollege mehr in die Produktion versetzt wird. Das dient auch dazu, daß es dem Vorstand schlechter möglich ist, Kollegen aus der Produktion zu entlassen."

Diese Resolution wurde bereits auf der Betriebsversammlung unter Beifall verlesen und dem Betriebsrat übergeben. Sie ist auf der zweiten Jugendversammlung mit überwältigender Mehrheit und unter großem Beifall verabschiedet worden.

Der Jugendvertreter Ducke, DKP-Parteivorstandsmitglied, sah in dieser Resolution eine Spaltung der Belegschaft, da der Betriebsrat den Umsetzungen bereits zugestimmt hatte.

Pfiffe von seiten der Jugendlichen und große Tumulte waren die Antwort. Denn es war bereits vorher beschlossen worden, daß die Resolution der Jugendlichen dem Erwachsenen-Vertrauenskörper der IG Metall mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt werden sollte.

–H., Betriebszelle VW-Wolfsburg–

„Erhöhung der Qualität"

Deckmantel für erhöhte Arbeitsleistung bei VW

Wolfsburg. Letzten Montag vor einer Woche erschien in der Bild-Zeitung ein Artikel mit der Überschrift "Wie bei VW um Qualität gerungen wird".

In der Bild-Zeitung wird von einem "leidenschaftlichen Kampf" berichtet. Das Mittel, mit dem dieser Kampf angeblich geführt wird, ist, daß in den Hallen "schlampig gebaute Autos" als Mahnung für die Arbeiter aufgestellt werden. Tatsächlich stehen diese Autos auch da. Bloß von den Arbeitern kümmert sich kaum einer darum. Schon gar nicht gibt es einen "Wettbewerb unter den Arbeitern", welche Schicht oder welches Band die besten Autos baut, wie "Bild" behauptet.

Auf dieser Ebene wird der Kampf zwischen den Schichtführern ausgetragen. Für die Arbeiter gibt es massiven Druck. Die Autos sind aufgestellt, damit die Schichtführer eine Berechtigung vorweisen können, die Kollegen zur Arbeit anzutreiben. Die roten Pfeile, die, an der Karosserie aufgeklebt, laut "Bild" die Stellen aufzeigen, wo "unsauber gearbeitet worden ist", deuten in Wirklichkeit darauf hin, daß die Kollegen, die diesen Arbeitsgang machen, die Arbeit nicht schaffen können. Das Band läuft aber weiter. Aufhören kann man nicht. Einem Kollegen, der einen neu zugewiesenen Arbeitsgang nicht schaffen konnte, wurde von seinem Meister gedroht, er solle am besten die Konsequenzen ziehen und freiwillig kündigen, wenn er die Arbeit hier nicht schaffen könnte. Andere Arbeit gebe es für ihn nicht. Jetzt schafft der Kollege seinen Arbeitsgang, und natürlich wird er keine "Qualität" liefern können.

Unter solchen Bedingungen zu arbeiten, ist aber nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Die Kampagne "Kampf um der Verbesserung der Qualität" ist also nichts weiter als ein Deckmantel, unter dem die Arbeiter zu erhöhter Arbeitsleistung erpreßt werden. Ein anderes Beispiel dieser "Erhöhung der Qualität", das auch in der Bild-Zeitung aufgeführt wurde, ist das Überkleckern von Klebern. Hier hatten sich die Meister folgendes ausgedacht. Jeder Kollege mußte mit Kreide eine Nummer an den Wagen schreiben, damit man hinterher kontrollieren kann, wer übergeklebt hat. Bei diesem Arbeitsgang stehen weiter hinten am Band Kolleginnen, die den Kleber abwischen müssen. Jetzt ist im Gespräch, daß davon eine Kollegin abgezogen werden soll oder einen anderen Arbeitsgang dazu machen muß.

Keine Erweiterung der Arbeitsgänge an Maschinen und Bändern!

–H., VW-Wolfsburg–

Angriff des Westberliner Senats auf die Organisationsfreiheit

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die bei SEW, Gruppe Rote Fahne (KPD) oder KBW kandidierten, sollen gemaßregelt werden

Westberlin. Alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die SEW, Gruppe Rote Fahne (KPD) oder KBW durch eigene Kandidatur unterstützt oder zur Wahl dieser Parteien aufgerufen haben, sollen vom Senat gemaßregelt werden.

Vor etwas mehr als einem Jahr, im Frühjahr 1974, gab es einen großen Streik im öffentlichen Dienst, Unruhe auch an den Krankenhäusern – rapides Wachstum der Gewerkschaft ÖTV. Die Arbeiterbewegung ist eingedrungen in den öffentlichen Dienst. Mit dem "treudoofen" Dienen läuft es nicht mehr so richtig. Der Westberliner Senat hat das gemerkt. Er muß etwas unternehmen, wenn die Knechtsgesinnung im öffentlichen Dienst wieder hergestellt werden soll. Anders kann der staatliche Unterdrückungsapparat nicht wie geschmiert laufen.

Folgende Lumperei hat der Innensenator eingeleitet: Wo es die Arbeiterbewegung gibt, gibt es auch kompromißlose Vertreter der Arbeiterbewegung, also Kommunisten. Darin macht auch der öffentliche Dienst keine Ausnahme. Hier wird angesetzt. Alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die SEW, Gruppe Rote Fahne (KPD), KBW durch eigene Kandidatur unterstützt oder zur Wahl dieser Parteien aufgerufen haben, sollen gemaßregelt werden.

Der Innensenator setzte dazu bereits am 12.3. in der Personalkommission der Freien Universität folgenden Beschluß durch:

"Die Personalkommission nimmt Kenntnis von dem Schreiben des Senators für Inneres vom 6.3.1975. In diesem wird festgestellt, daß Bedienstete, die bei den Wahlen am 2.3.1975 als Kandidaten der SEW, der KPD und des KBW aufgestellt worden sind, die ihnen dienstrechtlich obliegende Treuepflicht verletzt haben. Die Personalkommission erwartet, daß der Universitätspräsident auf der Grundlage dieses Schreibens des Senators für Inneres und der darin in Aussicht gestellten Begründung für die Verfassungsfeindlichkeit der darin genannten Parteien die rechtlich vorgesehenen Schritte einleiten wird."

Weiter wird gesagt: Wer einen Wahlaufruf dieser Organisationen unterschrieben habe, stehe im Verdacht eines Dienstvergehens. Inzwischen hat der Präsident der Freien Universität die Vorermittlungen aufgenommen. An der Technischen Universität hat die Personalkommission einen gleichlautenden Beschluß gefaßt.

Das Ziel dieser Maßnahmen ist klar

Die Betroffenen sollen abschwören oder gefeuert werden. Sie sind nicht treu genug für den öffentlichen Dienst.

Man sieht, wie sich in der Ausbeuterordnung alles ins Gegenteil verkehrt: das Recht, durch Werfen eines Zettels in einen Kasten alle vier Jahre einmal einen gewissen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten zu nehmen, wird dann zur Schikane, wenn jemand öffentlich dafür eintritt, daß auf einem solchen Zettel etwas anderes zu stehen habe, als daß die bürgerliche Gesellschaft prächtig sei und ewig zu währen habe.

Es geht dem Senat dabei nicht um die Einschüchterung der Kommunisten, da wird es nichts nützen. Um was es dem Staatsapparat geht, kann man aus der Vorermittlung des Präsidialamtes der Freien Universität sehen. Der Präsident macht den Unterschreibern der Wahlaufrufe mehr oder minder unverblümt Vorschläge, wie sie sich zu verhalten haben. Man soll sagen, man hätte nichts davon gewußt, wie der eigene Name unter einen Wahlaufruf kommt, oder man wäre nur teilweise einverstanden. Ducken soll man sich und sich merken, daß mit dem Staat nicht zu spaßen ist, treu dienen und Maul halten.

Bei den Kandidaten der genannten Organisationen will man allerdings ein Exempel statuieren. Hier fehlt selbst der Hinweis auf Möglichkeiten des Rechtsschutzes in den Briefen des Präsidenten.

Personalräte protestieren

Die Personalräte der Freien Universität – Bereich Dahlem und Klinikum Steglitz – haben erkannt, daß es bei diesem gesamten Vorgang um eine Angelegenheit der gesamten Belegschaft geht. Sie haben Erklärungen abgegeben, in denen den Angriffen des Senats der Rechtsstandpunkt der Belegschaft entgegengestellt wird.

In der Erklärung des Personalrats Dahlem vom 16.4. heißt es unter anderem:

"Wir alle sind verpflichtet, den Maßnahmen der politischen Disziplinierung Einhalt zu gebieten. Jetzt zu schweigen, hieße sich mitverantwortlich zu machen für das, was später folgen kann. Der Personalrat Dahlem protestiert gegen die wiederholte Verletzung seiner Rechte nach dem Personalvertretungsgesetz und behält sich weitere Schritte vor.

Das Verfahren der besonderen Überprüfung, die Voruntersuchungen gegen Kollegen, die Wählerinitiativen unterstützt haben, und Wahlkandidaten, verzögerte oder aus solchen Gründen befristete Einstellungen finden als einseitige Maßnahmen des Arbeitgebers ohne unsere Zustimmung statt. Wir versichern allen betroffenen Kollegen unsere Unterstützung und raten ihnen, alle Schritte gemeinsam mit uns abgestimmt zu unternehmen.

Wir begrüßen es, daß sich die ersten betroffenen Kollegen nicht in die Gefahr der Isolierung begeben und die Angelegenheit mit den anderen Kollegen aus ihren Abteilungen, Dienststellen und Instituten gemeinsam und öffentlich erörtern.



Demonstration gegen Sonderverhöre durch den Senat am 26.4.74 in Westberlin

Wir appellieren an die Mitglieder der Freien Universität in Dahlem, zu den betroffenen Kollegen zu stehen und mit uns ihrer Empörung über die unrechtmäßige Säuberung des öffentlichen Dienstes im Sinne der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien durch gemeinsame Erklärungen Ausdruck zu geben."

Der Personalrat des Klinikums Steglitz bezeichnet in einem Sonder-Informationsflugblatt für die Kollegen die politische Verfolgung und Diskriminierung von Kandidaten, Mitgliedern und Sympathisanten zugelassener Parteien als Verstoß gegen das vom Grundgesetz garantierte Parteienprivileg. Er sieht in der Verfolgung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die öffentlich zur Wahl von zugelassenen Parteien aufrufen, eine unzulässige Einschränkung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung. Im letzten Satz des Flugblatts heißt es: "Der Personalrat wird allen von den Disziplinierungsverfahren des Senats Betroffenen gesetzlichen Schutz zukommen lassen."

ÖTV-Gewerkschaftsorgane gegen Senatsmaßnahmen

Noch ist es keineswegs klar, ob der Senat selbst nach geltendem Recht so etwas darf. Auf jeden Fall ist es sicher, daß er sich dieses nicht ungestraft durch die betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretungen der Beschäftigten leisten kann.

Wenn es nämlich geduldet wird, daß jemand wegen seiner politischen Meinung entlassen wird, dann hat das seine Wirkung bis auf die gewerkschaftliche Kampfkraft hin. Folgerichtig haben auch die betrieblichen Gewerkschaftsorgane reagiert.

Auf einer gemeinsamen Sitzung von Betriebsgruppenvorstand und Vertrauensleutekörper im Klinikum Steglitz wurde beschlossen, auf eine einheitliche Stellungnahme aller Betriebsgruppenvorstände der betroffenen Bereiche von Freier Universität und Technischer Universität hinzuwirken, in der sie sich gegen die Maßnahmen des Senats aussprechen, das Vorgehen der Personalräte begrüßen und den Bezirksvorstand der ÖTV auffordern, ebenfalls tätig zu werden. Auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung in Dahlem faßten über 200 anwesende Kollegen einen Beschluß mit ähnlicher Stoßrichtung.

Viele Kollegen erkannten, daß eine Gewerkschaft auf der Grundlage des "treuen Dienstes" nicht aufzubauen und zu führen ist.

Auch in den Abteilungen der Betroffenen regt sich spontan der Widerstand. Die Kollegen in der Abteilung 2 der Zentraleinrichtung für Datenverarbeitung der Freien Universität, dem Arbeitsplatz des KBW-Wahlkandidaten Helgi Todtenhaupt, beschlossen auf einer Mitarbeiterversammlung einen Brief an den Präsidenten der Freien Universität zu senden, in dem sie gegen das Vorgehen des Senats Stellung nehmen. Diesem ging eine intensive Debatte in der Abteilung voraus.

Man sieht, der Widerstand regt sich, und das ist natürlich. Weil jeder leicht versteht, daß diesem Angriff des Senats eine Abfuhr erteilt werden muß. Überhaupt geht diese Angelegenheit alle Arbeiter etwas an. Nicht nur die im öffentlichen Dienst. Gerade so, wie es für die Staatsmacht unerfreulich ist, daß die Arbeiterbewegung sich im öffentlichen Dienst ausbreitet, so ist es für die Arbeiterbewegung erfreulich.

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im öffentlichen Dienst

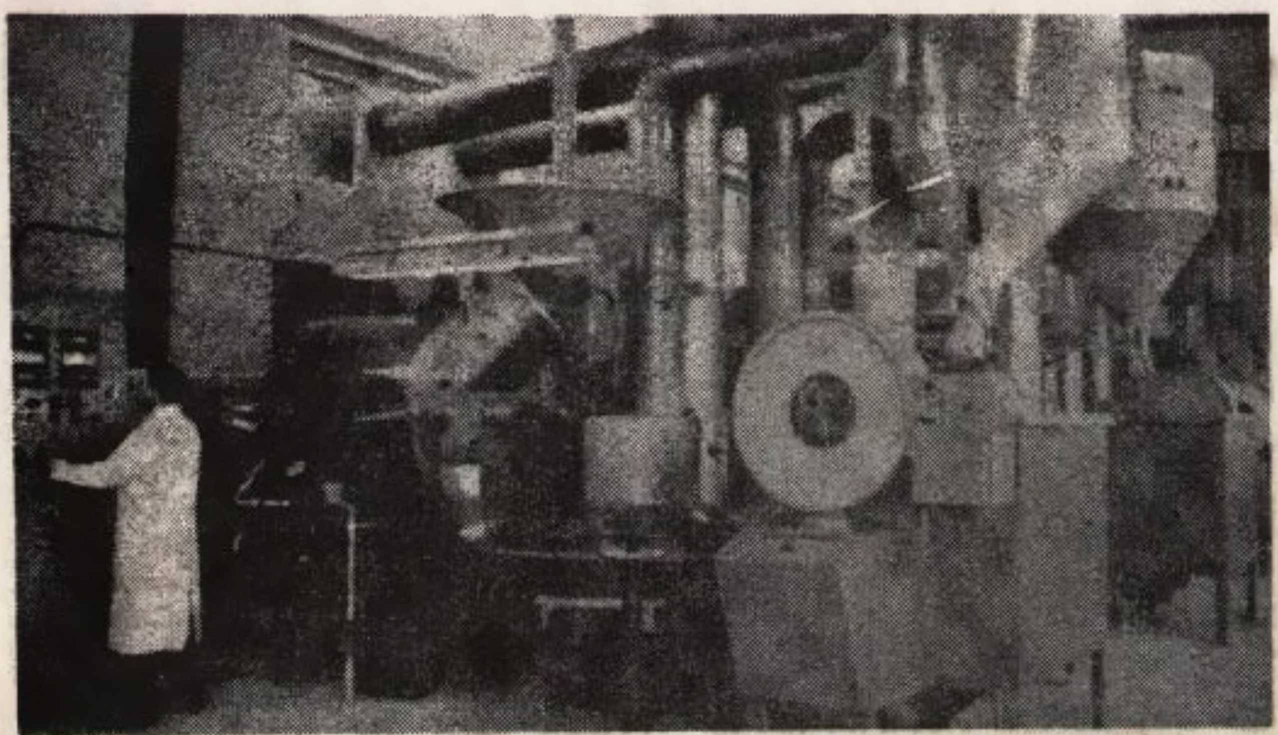
Die Freundschaft zwischen "treuen Beamtenkitteln" und der Arbeiterbewegung war noch nie groß. Heute, wo es eine Bewegung gegen das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst selber gibt, muß die Industriearbeiterschaft diese unterstützen. Oder hat wer vergessen, daß es die erste Tat Hitlers war, ein Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zu erlassen, um damit die Staatsdiener enger an den Staat zu ketten? Es kann die Arbeiterklasse kein Interesse daran haben, daß ein Teil der Lohnabhängigen zum Maulhalten und Gehorsam verurteilt ist. Das schwächt alle. Deswegen muß man in allen DGB-Gewerkschaften dafür eintreten, daß der Kampf im öffentlichen Dienst für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung unterstützt wird und das besondere Dienstrecht abgeschafft wird.

Das ganze Manover des Senats ist freilich eine Sache, die nicht nur die Arbeiterbewegung angeht. Denn der Senat hat offensichtlich einen neuen Angriff auf die Organisationsfreiheit überhaupt vor. Er bezieht sich ausdrücklich bei dem Nachweis der Verfassungswidrigkeit der Parteien auf das KPD-Verbotsurteil von 1956.

Daß es jetzt auf die Angehörigen des öffentlichen Dienstes angewendet wird, muß man als ersten Schritt verstehen. Wenn dann erst mal klar ist, daß Angehörige des öffentlichen Dienstes sich nicht zusammenschließen dürfen für Ziele, die nicht mit den Vorstellungen des Staatsapparates von Freiheit und Ordnung übereinstimmen, wird es überhaupt leichter sein, zu verbieten, sich zu anderen Zwecken zu organisieren, als dem herrschenden System zuzujubeln.

An der Einschränkung und Aufhebung der Organisationsfreiheit können im wesentlichen also auch nur die Kapitalisten und ihr Anhang sowie der höhere Beamtenklüngel ein Interesse haben. - Ortsgruppe Westberlin

COOP will Verpackungsmittel - werk in Mannheim stillegen



In der COOP- Kaffeerösterei



Die kleinen Läden werden zugunsten von Einkaufszentren dicht gemacht

Mannheim. Schon seit längerem waren die Anzeichen da: Im Maschinensaal wurde zeitweilig von Zwei-Schichtbetrieb auf eine Schicht gedrosselt; Aufträge kamen immer weniger rein, in der Extruder-Abteilung, wo sonst somit drei Schichten rund um die Uhr gefahren werden, stehen die Maschinen jetzt am Wochenende öfter still.

Coop rationalisiert. Um sich größere Marktanteile zu erobern, sind die verschiedenen Konsumgenossenschaften und Produktionsbetriebe in einer gemeinsamen Aktionsgesellschaft zusammengefaßt worden. So wie die kleinen Einkaufsläden zugunsten von Einkaufszentren dichtgemacht werden, sollen auch die kleineren Produktionsanlagen wegrationalisiert werden. Eins davon sind die Verpackungsmittelwerke Mannheim. Schon lange besteht bei der Belegschaft (140 Arbeiter und Angestellte) Unsicherheit über ihre Zukunft und die Forderung, endlich auf den Tisch zu bringen, was los ist.

Am Montag, den 21.4., fand in der Kantine endlich die Betriebsversammlung statt. Anwesend war Dr. Otto, Vertreter des Vorstandes aus Hamburg: "Die Lage ist ernst . . . wir sind hier in den roten Zahlen, jeder Tag bedeutet Verlust ... wenn es in der letzten Zeit Gerüchte gegeben hat über Dichtmachen, dann ist das zu mißbilligen, Informationen haben nur von der Geschäftsleitung zu kommen, und nicht durch irgendwelche Lücken, und die Informationen werden für die Zukunft gewährleistet . . . das sind Tatsachen, Kollegen, da müßt ihr mir vertrauen."

Die Kollegen vertrauten auch auf Tatsachen und nicht auf das Geschwätz um den heißen Brei herum. Tatsache ist ein Brief der Geschäftsleitung vom 18.4. an den Betriebsrat, in dem die Stillegung des Verpackungswerks für den 30.9. angekündigt wird.

Darauf angesprochen, schlüpfte der feine Herr Dr. Otto schnell in die Hülle eines Kollegen, erinnerte daran, daß er doch auch Gewerkschaftsmitglied sei, und schwätzte allerlei, um die Fronten zu verwischen: "Kollegen, es wäre doch für uns alle demoralisierend, in einem Laden zu schaffen, der nur rote Zahlen produziert. Wir wollen wettbewerbsfähig sein. Das ist doch auch in Ihrem Interesse. Wir wirtschaften bei Coop doch nicht für irgendwelche anonyme Kapitalisten, die sich in die Tasche schaffen." Anonym waren freilich die Kapitalisten noch nie. Und auch alles Gerede von Mitbestimmung, "Gewerkschaftsbetrieb" etc. konnte die Kollegen nicht darüber hinwegtäuschen, daß z. B. ein Herr Otto sich von der Arbeit der Kollegen ein 6-stelliges Gehalt, Wagen und Chauffeur erwirtschaftet hat, während ein ungelernter Arbeiter etwa nur 6,86 DM die Stunde kriegt.

Als kein Kollege dem Dr. Otto den "Kollegen" abnahm, wurde der deutlicher: "Wir werden dem Aufsichtsrat empfehlen, die Produktion aufzugeben und die Verpackung am 30.9. einzustellen!"

Und gleich darauf: "Kollegen, wir werden gemeinsam alle Möglichkeiten nutzen müssen. Bei Standortverlagerung und anderen Maßnahmen, die wir in Zukunft gemeinsam diskutieren müssen, wird es möglich sein, gemeinsam über den Berg zu kommen und das Werk nach dem 30.9. in gewissem Umfang weiterzuführen."

Mit der Feststellung, daß wir halt alle unter der jetzigen Krise zu leiden hätten, entzog sich Otto der Empörung der Kollegen, die sich in zornigen Zwischenrufen Luft machte und ließ sich von seinem Chauffeur davonfahren.

Nach einer Pause gings weiter und die Werksleitung versuchte jetzt den Kollegen klarzumachen, wie sie aus der Krise herauskommen könnten. Dazu wurde erstmal gezeigt, wieweit "wir" über den Preisen der Konkurrenz liegen. Zahlen wurden herangezogen, die so offensichtlich falsch waren, daß selbst die Werksleitung sie in der Debatte wieder zurücknehmen mußte. Es wurde versichert, daß an dieser Lage die Belegschaft keine Schuld trifft, daß es jetzt aber darauf ankomme, mehr zu leisten, gemeinsam über den Berg zu kommen, die Maschinen schneller laufen zu lassen. "Kollegen, dazu sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen, Sie müssen mehr leisten!"

Das ist der Ausweg aus der Krise, den die Kapitalisten anbieten: Entweder Stillegung oder schneller schaffen mit reduzierter Belegschaft für mehr Profit.

Die Empörung bei den Kollegen ist groß. Aber es besteht noch keine Einheit, um der Geschäftsleitung geschlossen gegenüberzutreten. Nur vereinzelt ergriffen Kollegen auf der Versammlung das Wort.

Es wird jetzt darauf ankommen, gegen die geplante Stillegung und bevorstehende Entlassungen die Einheit der Belegschaft herzustellen. Jahrelang haben die Kollegen ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkauft. Da werden sie jetzt nicht durch einen Federstrich des Vorstandes sich auf die Straße setzen lassen, mit der Ungewißheit, überhaupt wieder eine Arbeit zu finden, und wenn, dann sicher mit Lohneinbußen verbunden. Vertrauen auf die Mitbestimmung hilft da sicher nichts. Das hat gegen seinen Willen ein Vertreter der Werksleitung deutlich gemacht, der sagte:

"Kollegen, ihr könnt mir glauben, ich habe schon öfter vor der schweren Aufgabe gestanden, daß Kollegen entlassen werden mußten. Ich versuche immer ehrlich zu sein, und ihr könnt mir glauben, ich habe zu vielen dieser Kollegen auch nach der Entlassung noch jetzt freundschaftliche Beziehungen."

Höchst ungleiche Freunde wären das, wo der eine auf der Straße sitzt, und der andere mit einem 6-stelligen Gehalt ihn dahin gebracht hat.

Zwischen Arbeiter und Kapitalisten kann es keine Freundschaft geben, sondern nur den Kampf um die eigenen Interessen. Die Krisen lassen sich nicht gemeinsam mit den Kapitalisten überwinden, sondern nur durch die Abschaffung dieser Ausbeuterordnung. Deswegen darf eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht hingenommen werden.

Keine Stillegung der Coop Verpackungsmittelwerke Mannheim

–N., Mannheim–

Lehrlingsausbeutung

COOP: Mit Lehrlingen Personalkosten gesenkt

In der Funktionärszeitung des DGB "Die Quelle" vom März 1975 las ich einen Artikel unter dem Thema "10 von Hundert mehr Ausbildungsplätze bei COOP". Der Artikel sagt aus: COOP habe die Anzahl der neu Auszubildenden 1975 von 2 120 auf 2 330 erhöht. Der Artikel behauptet: Die Ausbildung erfolge nach einheitlichen Richtlinien und mit modernen Lehrmitteln. Der Artikel erweckt den Eindruck, COOP betreibe Arbeitsbeschaffung aus Humanität, um Absolventen aller Schularten eine zukunftsorientierte Berufsausbildung zu ermöglichen. Nur bescheiden klingen wirtschaftliche Gesichtspunkte an: "Auch sehe er", so betont Dr. Otto, "große ökonomische Vorteile bei den Unternehmen, die durch Intensivierung der beruflichen Bildung einen Stamm gut geschulter Mitarbeiter zur Verfügung haben." (Seite 140)

Daß es bei dem ganzen Rummel nicht um Humanität, sondern um Profitmacherei geht, zeigt ein Brief der COOP Südniedersachsen, Konsumgenossenschaften EGmbH Göttingen, vom 16.11.1970. Da heißt es:

"Haben Sie schon zum 1. April 1971 einen bzw. zwei Lehrlinge für Ihren Laden geworben? Wenn nicht, wird es allerhöchste Zeit. Sehen Sie noch einmal in Ihre Umsatz- und Leistungsstatistik hinein und denken Sie noch einmal über die Höhe Ihrer Personalkosten nach. Nur mit Lehrlingen und Teilzeitbeschäftigten – richtig, sinnvoll, planmäßig eingesetzt – können wir die Personalkosten im Griff behalten." (Aus: Rundschreiben Nr. 50/1970, Seite 1)

F., Göttingen

Unternehmen, die durch Intensivierung der beruflichen Bildung einen Stamm gut geschulter Mitarbeiter zur
Griff behalten." (Aus: Rundschreiben Nr. 50/1970, Seite 1)
F., Göttingen

In der Krise blüht das Leiharbeitergewerbe

In Zeiten der kapitalistischen Krise hat ein "Gewerbe" nach wie vor Konjunktur: Die Zeitarbeitsunternehmen. Für die Kapitalisten, die in der Krise keine Leute einstellen, ist dies der günstigere Weg, "kurzfristige Engpässe" zu überbrücken.

Die Zeitarbeitsunternehmen sind seit einigen Jahren von der Bundesanstalt für Arbeit zugelassen, Arbeitskräfte kurzfristig zu überlassen. Kurzfristig heißt in so einem Fall: nicht länger als drei Monate bei einem "Kunden" oder "Entleiher", dann mindestens 4 Wochen woanders. In meinen Fall ist es z. B. so, daß ich drei Monate bei einem "Entleiher" war, jetzt vier Wochen Pause mache und dann wieder wohl für drei Monate dahin zurückgehe.

Die Leiharbeiter sind in einer besonders schlechten Situation. Ihre Arbeitsverträge bei Angestellten sehen z. B. nur eine 4-wöchige Kündigungsfrist zum Monatsende vor – mit ausdrücklicher Erlaubnis des Gesetzgebers, denn die gesetzliche Kündigungsfrist bei Angestellten ist normalerweise 6 Wochen zum Quartal.

Auch die Angestellten werden nach Stundenlohn bezahlt, wobei es in Bezug auf Feiertage eine besondere Regelung gibt: bezahlt wird nur, wenn man vorher und nachher gearbeitet hat. An Weihnachten sah es so aus: Ich war gezwungen, zwischen Weihnachten und Neujahr unbezahlten Urlaub zu machen, weil ich erst 1 1/2 Monate dort beschäftigt war und mein "Entleiher" seinen Betrieb zwischen den Jahren dicht gemacht hatte. Da ich aber am 30. und 31.Dezember nicht gearbeitet hatte, wollte mir das Zeitunternehmen den Neujahrstag nicht als gesetzlichen Feiertag bezahlen. Erst auf meinen Protest – und Erkundigungen nach dem genauen Wortlaut des Tarifvertrages, der nur mit der DAG abgeschlossen ist – bekam ich im Februar diesen Tag nachbezahlt.

Die Leih- und Zeitarbeiter sind auch deshalb in einer sehr schlechten Position ihrem Unternehmer gegenüber, weil sie z. B. die eigenen Kollegen nie richtig kennenlernen und weil sie – jedenfalls in meinem Unternehmen – nicht einmal einen Betriebsrat haben, obwohl immerhin fast 100 Leute beschäftigt sind.

Fazit: Diese Zeit- und Leiharbeiterunternehmen gehören abgeschafft und verboten. Sie machen einen riesigen Gewinn, einfach, weil sie ein Mädchen in einen Büroraum setzen, in der Zeitung annoncieren, Aufträge am Telefon erhalten.

Ich verdiene die Stunde 10,50 DM brutto, mein "Entleiher" zahlt aber ans Zeitunternehmen inzwischen 19,80 DM, weil ich als sogenannte qualifizierte kaufmännische Angestellte vermittelt werden kann.

Ich habe mich seit längerem bemüht, auch bei der Firma, die mich entliehen hat, fest angestellt zu werden – Pustekuchen! Zur Zeit wird niemand fest eingestellt und wenn, dann auch nur für die letzten unterbezahlten Tätigkeiten.

Deshalb bin ich immer noch bei diesem Zeitarbeitsunternehmen, nicht weil ich gern "viele Betriebe kennenlernen möchte", sondern weil die Krise zur Zeit bestimmt, wer feste Arbeit findet und wer nicht. Und solange dieser Staat solche Zeitarbeitsunternehmen gestattet, erlaubt und mit den Zeitarbeitsunternehmern und dem "Entleiher" so günstige Bedingungen ausmacht: hier: nur 4 Wochen Kündigungsfrist für den Angestellten, dort nur 7 Tage Kündigungsfrist für den Entleiher, ist es für den Kapitalisten immer "billiger", einen Zeitarbeiter einzustellen.

–H.Sch.–

Wer sichere Kernkraftwerke will,

Wer sichere Kernkraftwerke will, ist ein „Sicherheitsrisiko"

Betriebsratswahlen bei BBR: Kapitalisten führen Kampagne gegen KBW-Stadtratskandidaten

Mannheim. Die Firma BBR (Babcock Brown - Boveri Reaktor GmbH) ist eine Planungsfirma für Druckwasserreaktoren in Mannheim-Käfertal. Als dort der Kollege Erwin Dold, der auch bei den Stadtratswahlen für den KBW aufgestellt war, auf der einheitlichen Betriebsratsliste kandidierte, schritt die Geschäftsleitung zur massiven Beeinflussung der Betriebsratswahlen.

Unter der Parole: "Kernkraftwerksgegner gefährdet Arbeitsplätze" versuchte die Geschäftsleitung die Belegschaft zu spalten und die am 23.4. abgeschlossenen Betriebsratswahlen zu einer Entscheidung für oder gegen Kernkraftwerke zu machen. Wie die Geschäftsleitung dabei vorging, zeigt der Bericht. Das beherrschende Thema der Betriebsratswahlen war nicht die Arbeit des bisherigen Betriebsrats und die Vereinheitlichung der Belegschaft hinter klaren Forderungen gegenüber der Geschäftsleitung, die dem zukünftigen Betriebsrat zur Richtschnur hätte dienen können, sondern die Frage, ob man einen Kollegen wählen soll, der öffentlich erklärt, daß er sich für die Sicherheit von Kernkraftwerken engagiert und dafür eintritt, daß die betroffene Bevölkerung selbst entscheiden soll, ob sie Kernkraftwerke will. Die Geschäftsleitung von BBR, hinter der wiederum die Geschäftsleitung von BBC steht, schreckte vor keinem Mittel zurück, den Kollegen Dold von der Belegschaft zu isolieren, um ihn reibungslos mit einer fristlosen Kündigung rauszuwerfen. Dies ist bis jetzt nicht gelungen. Im Gegenteil, die Reibungen haben zugenommen.

Wie ging die Geschäftsleitung vor?

Über Kollegen, die zur Geschäftsleitung gute Beziehungen haben, wurde eine Kampagne gestartet, in der über den Kollegen Dold lauter Sachen gerüchteweise verbreitet wurden, die den Kapitalisten ein Dorn im Auge sind. Zum Beispiel: Verteilen von Anti-Kernkraftwerk-Flugblättern vor dem Betrieb, Verrat von Geschäftsgeheimnissen, Teilnahme an der Bauplatzbesetzung in Wyhl. Das Ziel dieser Kampagne, die Streichung des Kollegen von der einheitlichen Betriebsrats-Kandidatenliste, gelang nicht. – Gelungen war aber, daß die Geschäftsleitung das Thema der Betriebsratswahlen bestimmte: Ein Kernkraftwerksgegner als Betriebsrat gefährdet das Ansehen des Betriebs, verrät Betriebsgeheimnisse, wendet sich an die Öffentlichkeit und gefährdet so die Arbeitsplätze. Kurz nach einer gezielten Bombendrohung – die dahingehend ausgeschmückt wurde, daß angeblich von einer "Kommunistischen Partei" gefordert worden sei, der Betriebsratskandidat Dold habe auf der Kandidatenliste zu bleiben oder der Betrieb ginge in die Luft – hielt die Geschäftsleitung die Zeit für reif und kündigte dem Betriebsrat die fristlose Entlassung des Kollegen Dold an. Da es keine Beweise für die Gerüchte gab, stimmte der Betriebsrat mit großer Mehrheit gegen die Entlassung: mit diesen Anschuldigungen könne man jeden SPD-, CDU- oder FDP-ler rausschmeißen, weil es in jeder Partei starke Strömungen zur Unterstützung der Bürgerinitiativen gibt und es das Recht jedes Kollegen sei, sich in der Partei zu organisieren, die er für richtig hält. Schließlich sei es sogar das Recht und die Pflicht eines jeden, sich über die Sicherheit von Kernkraftwerken Gedanken zu machen.

Die Kampagne fand ihren vorläufigen Höhepunkt in der Betriebsversammlung zwei Tage vor den Betriebsratswahlen letzte Woche, die von der Geschäftsleitung beantragt worden war: ein Tribunal gegen den Betriebsratskandidaten zu veranstalten. Das ging dann so: Vertreter der Geschäftsleitung redeten 20 Minuten über die Geschäftslage und kamen zu dem Ergebnis, daß die Bürgerinitiativen – obwohl sie angeblich immer schwächer würden – Schuld haben an der schlechteren Auftragslage und den unsicheren Zukunftsaussichten; daß der KBW gegen Kernkraftwerke sei und ein Mitglied des KBW zum Betriebsrat kandidiere. Dieser sei folglich für den Betrieb ein "Sicherheitsrisiko".

Durch die ständig zunehmende Gerüchtewelle und das Argument, daß ein Kernkraftwerksgegner die Arbeitsplätze gefährde, ließen sich etwa 40 (von 450) dazu überreden, ihre Unterschrift gegen seine Kandidatur zu geben. Trotz dieser Einschüchterung haben viele Diskussionen stattgefunden, in denen das Vorgehen der Geschäftsleitung und ihrer Helfer verurteilt und die Entscheidung des Betriebsrates für richtig befunden wurde. Das Ziel der Geschäftsleitung, die Betriebsversammlung zum Tribunal zu machen, gelang nicht, weil neben dem DAG- und dem IG Metall-Vertreter sich Betriebsräte und vor allem Kollegen, die die Kandidatur des Kollegen Dold von Anfang an unterstützt hatten, den Argumenten der Geschäftsleitung entgegenstellten. Auf der Seite der Geschäftsleitung meldeten sich hauptsächlich Abteilungsleiter und Gruppenführer.

Das Ergebnis der Betriebsratswahlen bestätigte die Richtigkeit des offenen und offensiven Vorgehens von Seiten der gegen die Geschäftsleitung ankämpfenden Kollegen: 27 % der Kollegen gaben dem Betriebsratskandidaten Dold eine Stimme. Das sind 91 von 340 Wählern. Das reicht zum dritten Nachrückerplatz. Jetzt kommt es vor allem darauf an, gegen die Spaltung innerhalb der Belegschaft vorzugehen, indem man klarmacht, wovon die Arbeitsplätze wirklich abhängen. Nämlich vom Ausgang des Konkurrenzkampfes zwischen BBR (BBC) und KWU (Kraftwerksunion Siemens-AEG) um die nächsten Kernkraftwerksaufträge. Es kommt jetzt auch darauf an, Einheit herzustellen über die Probleme, die jetzt unbedingt vom Betriebsrat angepackt werden müssen, wie bessere Sozialleistungen und verstärkte Information der Belegschaft durch den Betriebsrat.

–E., Mannheim–

Wie in einem chinesischem Dorf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit durchgesetzt wurde

Wenn man einen Wagen anspannt, kommt normalerweise ein kräftiges Pferd zwischen die Deichselstangen, und zur Unterstützung des Pferdes werden ein oder zwei Esel neben dem Pferd direkt an den Wagen gebunden. Wenn nun in unserem Dorf östlich von Peking in der Provinz Hopei sich eine Frau eine mehr oder weniger schwere Aufgabe zuzutrauen wagte, gab es immer gleich ein paar Männer, die uns belehren wollten: "Seit wann gehört ein Esel zwischen die Deichselstangen? !"



Beim Aufbau des Sozialismus schreiten Chinas Frauen an allen Fronten vorwärts. Das Bild zeigt Erdöl-Arbeiterinnen

Noch vor der Kulturrevolution warfen Männer uns solche Sprichwörter an den Kopf, und zwar gar nicht so selten. Diese Sprüche verletzten uns jedesmal, aber wir hatten dem einfach nichts entgegenzusetzen. Zwar sind wir verheirateten Frauen in den Jahren nach der Befreiung des Landes auch zur Feldarbeit gekommen, aber doch nur zur Erntezeit. Sonst waren wir zu Hause, kochten und versorgten die Kinder. In unserer Freizeit flochten wir Strohmatten, was ein bißchen zusätzliches Geld einbrachte, aber die Hauptverdiener waren wir nicht. Den größten Teil unserer Arbeitskraft verbrauchten wir im Haushalt, und mit den Angelegenheiten der Brigade hatten wir fast nichts zu schaffen. So hatten wir weder im noch außer Haus etwas zu sagen.

Im Verlauf der Kulturrevolution kritisierte unsere Brigade die falsche Linie von Liu Schao-tschi, der meinte, man solle mit Hilfe individueller Produktion nach persönlichem Reichtum streben und die kollektive Arbeitsweise vernachlässigen. Diese Kritik festigte das sozialistische Bewußtsein der Brigademitglieder, und wir starteten eine Kampagne "Lernt von der Landwirtschaft in Dadschai". Genau wie diese vorbildliche Brigade in der Provinz Shansi wollten auch wir unsere Umgebung umgestalten. 67 Hektar armes und tiefliegendes Land wollten wir in ertragreiche Felder verwandeln. Schon bald stellten die Frauen fest, daß die Männer allein nicht zahlreich genug waren, um diese Arbeit zu verrichten. So fingen über hundert Hausfrauen mit regelmäßiger Arbeit an. Ihre Kinder wurden derweil von ihren Großeltern versorgt, und die Hausarbeit erledigten sie, wenn sie mit der Arbeit fertig waren.
waren.

Im Sommer 1972, während einer langen Dürreperiode, drohten 27 Hektar Getreide zu verdorren. Die meisten der arbeitsfähigen Männer wurden zu einem Kommuneprojekt gerufen: Sie sollten einen Wassergraben als Schutz gegen Trockenheit ausheben. Bevor sie gingen, sagte der Brigadeleiter noch: "Die Bewässerung unserer Kornfelder muß warten, bis wir wieder zurück sind." Doch kaum waren sie weg, entzündete sich unter uns Frauen eine erregte Diskussion. "Wie können wir noch warten?" fragten einige. "Wenn wir jetzt nichts unternehmen, verdorren die Felder, und wir können nichts davon einbringen!"

Wir wußten alle, wie das in der Brigade Dadschai gewesen ist, wo die Frauen tatsächlich die "Hälfte des Himmels" getragen hatten: Und so bildeten etwa 30 von uns – alles Frauen in mittlerem Alter – einen Arbeitstrupp zur Bewässerung der Felder. 40 Tage lang schleppten wir ununterbrochen an Schulterstangen Wasser. Dreimal begossen wir die Pflanzen, und wir ersetzten diejenigen, die sich nicht wieder erholt hatten. Als die Männer zurückkehrten und sahen, was wir geleistet hatten, sagten sie nicht ohne Bewunderung: "Ohne die Frauen könnten wir die Ernte vergessen!"

Nachdem wir nun einmal unsere Kraft entdeckt hatten, beschlossen wir, in Zukunft mehr für die Landarbeit zu tun. Und da die Männer immer häufiger zu speziellen Projekten der Kommune gerufen wurden (wie zum Abtragen versalzenen Bodens oder zum Bau von Bewässerungsanlagen), wurden wir Frauen allmählich zur Hauptkraft in der Landwirtschaft. Aber allein daß wir unsere Fähigkeiten demonstriert hatten, hieß noch lange nicht, daß damit auch gleichzeitig die Vorurteile von der männlichen Überlegenheit aus den Köpfen verschwanden: Dieser Kampf ging erst richtig los, als wir die Nationale Politik von der "gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit" auch in unserer Brigade durchsetzen wollten.

Schon direkt nach der Befreiung erhielten viele Männer und Frauen in den staatlichen Betrieben und den landwirtschaftlichen Kommunen die gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit. Doch bei uns spukte noch die Idee von der männlichen Überlegenheit in den Köpfen herum. So betrug die höchste Arbeitspunktzahl für Männer pro Tag 10 Punkte, während uns Frauen allerhöchstens 7 1/2 Punkte gewährt wurden, auch wenn wir genau die gleiche Arbeit machten. "Das ist nur natürlich", dachten viele Kader und Kommunemitglieder, "Männer und Frauen sind ja schon seit Urzeiten verschieden!" Und die Frauen mußten zugeben, daß sie letztendlich doch nicht ganz so kräftig und ganz so geschickt waren wie die Männer, wenn sie die gleiche Arbeit verrichteten, und deshalb wagten sie es nicht, offen dagegen zu protestieren. Aber heimlich nannten sie zum Beispiel ihre kleinen Töchter-
zum Beispiel ihre kleinen Töchter-
chen "mein kleiner Siebeneinhalb-Punktebringer".

Ungleichheit zerstört die Einheit

Jedes Jahr bestimmen wir auf einer Versammlung unseren Grundverdienst aufs neue: Jedes Mitglied der Brigade schätzt seine Arbeitskraft selbst ein, und die anderen diskutieren dann darüber. Auf der letzten Sitzung nun schätzten sich zwei Drittel der Männer mit 10 Punkten ein, und nur eine ganz besonders kräftige Frau gewährte sich 9 1/2 Punkte, und keine von den anderen, nicht minder kräftigen Frauen wagte, sich mehr als 8 Punkte zuzugestehen. In dieser Situation verlangte die Parteizelle der Brigade, daß die Sitzung abgebrochen werden sollte, und dann organisierte sie mehrere Treffen, auf denen die Ideologie von der männlichen Vorherrschaft kritisiert wurde.

Während unseres Studiums erkannten wir, daß diese falschen Ideen auf die 2 000 Jahre alten Ideen von Konfuzius und Menzius zurückgehen. Um die Sklavenhaltergesellschaft zu stützen, verbreitete Konfuzius die Lehre von der männlichen Vorherrschaft. Er sagte zum Beispiel: "Sklaven und Frauen müssen streng gehal ten werden."

Wir studierten Maos Worte: "Wenn sich die Frauen ganz Chinas erheben, ist der Tag des Sieges der chinesischen Revolution gekommen!" Allmählich verstanden einige Brigademitglieder, daß die Frage nach gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit doch etwas mehr beinhaltet als das bloße Feilschen um Arbeitspunkte.

Kuo Shu-minh zum Beispiel ist genauso kräftig wie ein Mann, dennoch hat sie nicht gewagt, sich höher einzustufen. Bei dem Treffen traute sie sich dann: "Schon tausende von Jahren betrachten die herrschenden Klassen uns Frauen nicht als menschliche Wesen. Für sie sind wir Anhängsel des Mannes, Gebärmaschinen und Kiderwächter. Lin Biao behauptete, daß die Zukunft der Frau an die des Mannes gebunden sei; aber in unserer sozialistischen Gesellschaft sollten die Frauen die gleichen Rechte wie die Männer haben – im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen sowie im alltäglichen Bereich. Vorsitzender Mao lehrt uns, daß 'die Zeiten sich ändern und Männer und Frauen heute gleichberechtigt sind'. Die Partei mit Vorsitzendem Mao an der Spitze kümmert sich um uns Frauen, und sie haben großes Vertrauen in uns.

In der alten Gesellschaft waren wir alle, ob Mann oder Frau, Sklaven der Grundherren. Aber die männliche Vorherrschaft machte die Frauen zu Sklaven der Sklaven. Solche Ungleichheit erzeugte Widersprüche zwischen Männern und Frauen und fesselte die Frau an den engsten Familienkreis. Diese Spaltung machte es
milienkreis. Diese Spaltung machte es
den herrschenden Klassen leichter, uns zu unterdrücken. Wenn Frauen auch heute noch ungleich behandelt werden, wird es schwierig werden, sie für den sozialistischen Aufbau und die Revolution zu mobilisieren. Vorsitzender Mao sagt: 'In der Produktion muß bei Männern und Frauen der Grundsatz 'gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit' verwirklicht werden.' Nie wieder dürfen wir uns von den schädlichen Gedanken von Konfuzius und Lin Biao benebeln lassen."

Als wir mit der Bewertungssitzung angefangen hatten, behaupteten einige Männer, sie bräuchten nur ihre Faust auszustrecken, und schon hätten sie genausoviel geleistet wie eine Frau in sechs Monaten. "Wenn Frauen die gleich Arbeitspunktquote haben wollen wie wir, dann müssen sie auch genau das gleiche leisten wie wir beim Pflügen, Pflanzen, Graben und Säckeschleppen!" Jetzt, nach diesen Schulungssitzungen, griffen wir diese Meinung auf und wiesen nach, daß die Frauen niemals in der Geschichte bisher die Möglichkeit hatten, eine dieser Tätigkeiten zu lernen. "Wenn ihr nur Kraft und Geschicklichkeit als Vergleichsbasis anerkennt, dann streicht ihr damit nur die starken Seiten der Männer heraus und unterstreicht die wunden Punkte der Frauen, die historisch und psychologisch bedingt sind. Deswegen ist zuerst und vor allem die Arbeitshaltung zu bewerten, das patriotische und das Kollektivbewußtsein und der Einsatz für das Kollektiv!"

Die richtigen Kriterien

Die richtigen Kriterien

Als Beispiel verglichen wir zwei Mitglieder der Brigade miteinander: Der eine ist der stärkste Mann im Ort. Er ist ein Meister in fast allen landwirtschaftlichen Tätigkeiten und er ist so stark, daß er allein den Dieselmotor eines zweirädrigen Schlepptraktors davontragen kann. Die andere ist Leiterin einer Frauenproduktionsgruppe. Sie kann sich in den genannten Punkten nicht mit diesem Manne vergleichen, obwohl sie bei vielen Arbeiten mit den Männern Schritt halten kann. Aber wenn es darum geht, revolutionäre Kritik zu üben oder das theoretische Studium voranzutreiben, oder darum, gemeinsame Arbeit zu organisieren und Leute zu mobilisieren, dann kann sich niemand mit ihr auf eine Stufe stellen. Schließlich stimmten alle darin überein, daß beide ihre starken Seiten hatten, und beide 10 Punkte verdient hatten.

In dieser Bewertungssitzung brachen viele Männer mit ihren alten Vorstellungen. Einige der Leiter der Männergruppen wiesen darauf hin, daß die Frauen oft mehr Kollektivbewußtsein an den Tag legten als die Männer. Als zum Beispiel alle beim Unkrautjäten waren, brachte von den Frauen nach der Arbeit jede ein Bündel mit ins Dorf für den Komposthaufen, während die Männer mit leeren Händen zurückkehrten. Oder beim Getreideernten: Die Frauen nahmen auf dem Rückweg einen Korb voll Getreide für den Dreschplatz mit, die Männer nicht. Tatsächlich, so sagten sie, arbeiten die Frauen also nicht weniger als die Männer.

Nach dem Vergleich unter diesen verschiedenen Kriterien erhielten immer noch zwei Drittel der Männer 10 Punkte. Aber von 136 Frauen erhielten jetzt 16 Frauen 10 Punkte und 40 Frauen 9 Punkte oder darüber. Insgesamt wurden 116 Frauen höher bewertet als zuvor.

Gemeinsam geht es besser!

Seitdem wir gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit durchgesetzt hatten, zeigten die Frauen mehr Eifer bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und sogar noch mehr Kollektivbewußtsein. In ihrer Freizeit schnitten oft 22 unverheiratete Mädchen freiwillig und ohne Bezahlung Gras für den Komposthaufen der Brigade. An mehreren Augustabenden ereigneten sich Wolkenbrüche, und noch bevor der Gruppenleiter uns zusammenrufen konnte, waren die Frauen schon auf und davon, überquerten den Fluß und bedeckten den zum Trocknen ausgebreiteten Knoblauch sowie aufgestapelte, noch ungebrannte Ziegelsteine mit Strohmatten, die sie aus ihren Wohnungen mitgenommen hatten. Mit Hilfe der Männer erlernten viele junge Mädchen das Traktorfahren, das Wagenlenken und Pflügen, alles Dinge, die zu lernen ihnen vorher verboten waren. Auch die Männer haben sich verändert: Sie nehmen freiwillig die schwerste Arbeit auf sich und fangen sogar allmählich an, im Haushalt mitzuhelfen, was bisher ausschließlich Frauensache war!

Wegen des Einflusses der reaktionären Lehren hatten es einige der jun-
nären Lehren hatten es einige der jun-
gen Mädchen niemals gewagt, in Gegenwart von anderen zu sprechen oder gar zu lachen, aus Angst, man könnte sie für "wild" halten. Jetzt denken sie nicht mehr daran, wenn sie Lieder aus revolutionären Opern singen oder eigene Gedichte vor einer Zuhörerschaft von zirka 100 Menschen rezitieren. Wang Hsien, eine zwanzigjährige Mittelschulabsolventin, gibt in der Abendschule der Brigade einen hervorragenden Unterricht. Die Männer und Frauen der Miliztruppe üben gemeinsam. Letztes Jahr wurde eine Frau zum Leiter der Arbeitsgruppe gewählt und eine andere als Buchhalterin. Ich selbst wurde ins Komitee der Parteizelle gewählt. Es ist gut, wenn die Frauen zusammen mit den Männern alles anpacken!

von Chou Keh-Chou

Brigade Hsiaochinchuang

Die Genossin Helga Rosenbaum wurde in den Stadtrat gewählt

Heidelberg. 2 183 Menschen haben bei den Gemeinderatswahlen vom 20. April in Heidelberg Stimmzettel für den KBW abgegeben. Insgesamt hat der KBW 3,6 % aller abgegebenen Stimmen bekommen. Die Chemielaborantin Helga Rosenbaum wird für den KBW Mitglied im neuen Stadtrat sein.

Der KBW hat mit einem Programm und mit Forderungen für den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes, für den Sturz der Herrschaft der Kapitalistenklasse und für den Sozialismus kandidiert.

Über die Unzufriedenheit mit der Lage der Werktätigen und mit den Verhältnissen in der Stadt hinaus sind die Stimmen für den KBW Stimmen für den Sozialismus und gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung. Sie erhalten dadurch ihr besonderes Gewicht.

Nicht zu verkennen ist, daß die bürgerlichen Parteien, die samt und sonders Garanten der jetzigen gesellschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland sind, die überwiegende Mehrheit der Wählerstimmen wiederum auf sich ziehen konnten. Über 96 % der Stimmen kamen CDU und SPD und ihren rechten oder linken Anhängseln von NPD bis DKP zugute. Die Unzufriedenheit der Wähler mit den Verhältnissen in dieser Stadt und im ganzen Land schlug sich vor allem in den schweren Verlusten der SPD nieder, von denen einerseits die CDU, die als Ordnungspartei auch viele Wähler von FWV (Freie Wählervereinigung) und NPD gewann, und andererseits die FDP profitierte, die sich als demokratische Alternative zu den großen bürgerlichen Parteien SPD und CDU aufspielte.

Diese Parteien werden auch den nächsten Gemeinderat bestimmen, wie bisher.

Bisher haben sie in einer Art Großer Koalition die Politik der Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Zundel (SPD) mitgetragen. Und diese Politik war in allen Fragen, der Stadtsanierung, der Wohnungspolitik, der Verkehrspolitik, gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet. Im Wahlkampf haben sie alle das Blaue vom Himmel versprochen. Die Anwesenheit eines Kommunisten im Gemeinderat wird ausgezeichnet sein, um ihnen den Spiegel vorzuhalten.

Der Gemeinderat, wie alle Parlamente im bürgerlichen Staat, ist Instrument der Herrschaft über das Volk. Sie sind der Rechenschaft und der Kontrolle durch das Volk entzogen, und in ihnen streiten sich die verschiedenen Gruppierungen und Parteien der bürgerlichen Klasse, wie sie das dem Volk aus der Tasche gezogene Geld am besten unter sich aufteilen können.



Helga Rosenbaum

Die Arbeiterklasse und das Volk werden in diesem Parlament ihre Interessen nicht durchsetzen können. Sie können ihre Interessen nur wahren und durchsetzen, wenn sie sich in den Betrieben und in der Stadt zusammenschließen und ihre Sache selbst in die Hand nehmen. Keine Lohnerhöhung in ausreichender Höhe wird erreicht, wenn hinter den Forderungen nicht die Arbeiter der jeweiligen Betriebe stehen. Keine der volksfeindlichen Maßnahmen des Staates kann abgewehrt werden, wenn sie nicht auf den entschlossenen Widerstand der betroffenen Menschen stößt. Das hat der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der HSB 1969 in Heidelberg gezeigt, die die Stadtverwaltung zurücknehmen mußte.

Die Kommunisten kämpfen dafür, daß die Arbeiterklasse und das Volk die Macht der Kapitalisten und ihres Staates, die jetzt bestehende Herrschaft einer kleinen Minderheit von Ausbeutern und Unterdrückten brechen. Die Arbeiterklasse und das Volk müssen ihre Sache selbst in die Hand nehmen und selbst regieren. Dazu werden sie die jetzige Form der "repräsentativen Demokratie" nicht gebrauchen können, wo die Wähler lediglich alle vier oder fünf Jahre das Recht haben, den herrschenden Parteien ihre Zustimmung zu geben. Sie werden sich eine Demokratie erkämpfen müssen, in der die Volksvertreter jederzeit kontrollierbar und abwählbar sind.

Die Arbeit der kommunistischen Stadträtin Helga Rosenbaum wird in nichts anderem bestehen, als den Bewegungen und Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes im Parlament eine Stimme zu geben. Sie wird zum Zusammenschluß und zum selbständigen Kampf der Volksmassen beitragen, indem sie die bürgerlichen Politiker in ihren Beratungszimmern mit diesen Forderungen konfrontiert, ihre Pläne und Absichten ans Licht zerrt und sie zwingt, offen Stellung zu beziehen. Indem sie den "demokratischen" Nebel, mit dem die bürgerlichen Parteien ihre Politik zu bemänteln pflegen, zerstört, wird sie dazu beitragen, daß die Werktätigen sich der Notwendigkeit bewußt werden, ihre Rechte unabhängig und gegen Parlamente und bürgerliche Parteien zu erkämpfen. Sehr bald schon werden die Politiker von SPD, FDP, CDU und FWV beweisen müssen, was von ihren Versprechungen aus dem Wahlkampf zu halten ist. Fahrpreiserhöhungen bei der HSB stehen an, und der Stadtrat wird dann mit der Forderung "Keine Fahrpreiserhöhung bei der HSB!" konfrontiert werden.

Mit großer Offenheit hat der Oberbürgermeister Zundel (SPD) direkt nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses erklärt, daß die bürgerlichen Parteien "über die Parteigrenzen hinweg" der einzigen Vertreterin einer revolutionären Partei gegenüber Front machen müßten. Offensichtlich ist ihm der Schreck in die Knochen gefahren. Er hat der KBW-Stadträtin die Gratulation verweigert. Zum Gratulieren besteht für OB Zundel auch kein Anlaß. Er weiß, daß die Kommunisten die unversöhnlichen Gegner seiner Politik sind. Zundel und seine Spießgesellen werden sich hinfort die größte Mühe geben, die Arbeit der Stadträtin Helga Rosenbaum zu behindern, ihre Anträge und Forderungen zu übergehen. Die große Koalition im Stadtrat gegen die einzige Vertreterin einer revolutionären Opposition, die Zundel jetzt ausgerufen hat, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die große Koalition gegen die Interessen des Volkes, die in diesem Parlament immer schon bestanden hat. Jetzt, wo eine Kommunistin im Stadtrat sitzt, wird das noch deutlicher werden, und das wird eine Stärkung für die Kämpfe und Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes sein.

Volkes sein.

Kommunalwahlen in Baden - Württemberg

Einzelergebnisse

Die genaue Auszählung der Wahlergebnisse in Baden-Württemberg hat die Einschätzung, die wir in der letzten KVZ zum Ausgang der Kommunalwahlen gegeben haben, nur bestätigt.

Der KBW hat zum Teil dadurch noch zahlreiche Stimmen dazugewonnen, daß Kandidaten des KBW in die Listen anderer Parteien aufgenommen worden sind (also durch Panaschieren). Oder dadurch, daß auf den KBW-Listen Kandidaten mehrere Stimmen erhalten haben (also durch Kumulieren).

In **Freiburg** hat der KBW insgesamt 61 081 Stimmen erhalten, das sind 1,8 %, bei 1 318 für den KBW abgegebenen Listen. Das bedeutet, daß 102 Listen gefehlt haben, um im Gemeinderat vertreten zu sein. Die drei ersten Plätze auf der KBW-Liste haben dabei alle mehr Stimmen als der Spitzenkandidat der DKP, obwohl die DKP seit 1968 in Freiburg arbeitet. Die SPD fiel in Freiburg von 41,3 % auf 32,5 % überdurchschnittlich zurück. Die CDU mit 42,1 % (38,3 %) wurde stärkste Partei.

In **Waiblingen** hat der KBW bei 170 Listen 4 391 Stimmen erhalten, das sind 0,7 % für Gesamt-Waiblingen, für Kern-Waiblingen, wo die Organisation im wesentlichen arbeitet, 1,3 %. Im einzelnen fielen auf die 7 Kandidaten des KBW zwischen 429 und 818 Stimmen. Nur leichten Gewinnen standen leichte Verluste der SPD gegenüber.

In **Emmendingen**, wo der KBW nur 3 Kandidaten stellte, fielen auf den KBW 752 Stimmen, das sind 0,3 %, berechnet auf das Stadtgebiet 0,9 %. Die DKP mit 11 Kandidaten erhielt 0,7 %; 1,4 % weniger als bei der letzten Wahl. Hier fiel die CDU von 32,5 auf 32,1 % leicht zurück, während die SPD von 37,8 auf 35,7 % zurückfiel. Gewinne hatten hier die FDP mit 8,5 % (1971 – 6,6 %) und die Freie Wählergemeinschaft mit 22,7 % (21,0 %).

In **Mannheim** erhielt der KBW insgesamt 39 585 Stimmen bei 865 Listen.

In **Karlsruhe** erhielt der KBW für seine 5 Kandidaten 6 229 Stimmen, das sind 0,21 %. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) kam mit 4 Kandidaten auf 3 054 Stimmen, 0,15 %. Mit 48,8 % blieb die CDU die stärkste Partei (1971 – 45,9 %). Die SPD fiel von 41,6 % auf 36,3 % zurück.

In **Heidelberg** erhielt der KBW insgesamt 83 418 Stimmen, dabei entfielen auf Helga Rosenbaum 6 073 Stimmen.

Über das Ergebnis in **Wiesloch** berichtet die folgende Korrespondenz.

Ein guter Ansporn

Wiesloch. Obwohl die Ortsgruppe Wiesloch des KBW noch sehr schwach ist und sich deshalb auch nur mit 3 Kandidaten (bei 32 möglichen) und in einem von drei Wohnbezirken Wieslochs an der Gemeinderatswahl beteiligen konnte, vereinigte sie knapp über 1 % der Stimmzettel auf sich. Insgesamt bekam die Liste des KBW 1 355 Stimmen.

Die DKP, die elf, also fast viermal so viele Kandidaten wie der KBW aufgestellt hatte, erhielt nur 0,8 % der abgegebenen Stimmzettel. Ihr Spitzenkandidat Oppenheimer, jahrzehntelang im Raum Heidelberg als führendes DKP-Mitglied politisch aktiv und seit dieser Zeit in Wiesloch überaus bekannt, erhielt als mit Abstand bester DKPler nur 472 Stimmen, während der Genosse Langer, Sekretär der Wieslocher Ortsleitung des KBW, allein 516 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die beiden anderen KBW-Kandidaten bekamen ebenfalls weitaus mehr Stimmen als alle DKP-Kandidaten.

alle DKP-Kandidaten.

Die wütenden und inhaltsleeren Angriffe der DKP auf den KBW während des Wahlkampfes haben nichts gefruchtet. Blanker Opportunismus, gleich in welchem Gewand, zahlt sich nie aus. Jetzt wird die DKP sich wie alle anderen bürgerlichen Parteien hier in Wiesloch wieder in ihre Löcher verziehen und auf den nächsten Wahltag warten, denn mit den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes in Wiesloch wie im ganzen Land hat die DKP nichts zu tun und nichts im Sinn.

Für die Ortsgruppe Wiesloch des KBW ist dieses Wahlergebnis ein Erfolg und zugleich ein Ansporn, mit allen Kräften auf ihrem Weg weiterzuschreiten, immer mehr Menschen in Wiesloch dem Einfluß der bürgerlichen Parteien zu entreißen und für die Ziele der Arbeiterklasse, für den Sozialismus zu gewinnen.

–P.L.–

–P.L.–

Im Salzbergwerk Asse

Fahrlässiger Umgang mit dem Atommüll

Clausthal. Vor einiger Zeit hatte ich als Student die Möglichkeit, an geophysikalischen Messungen in der Lagerstätte Asse II teilzunehmen. Asse II ist das einzige Salzbergwerk in Westdeutschland, in dem Atommüll gelagert wird. Salzbergwerke werden zur Lagerung von radioaktivem Müll benutzt, da dort angeblich kein Wasser eindringen kann. Dies ist deshalb wichtig, da durch eindringendes Wasser die Edelstahltanks, in denen der Atommüll in flüssiger Form aufbewahrt wird, rosten könnten und somit das Grundwasser radioaktiv verseucht werden könnte.

Mit unseren Messungen sollten wir überprüfen, wie sicher das Salzbergwerk ist und ob nicht die Möglichkeit besteht, daß das Bergwerk durch die dauernden Sprengarbeiten, die zum Abbau des Salzes notwendig sind, in sich zusammenfällt. Was man vermeiden wollte, tritt dann ein: Das Bergwerk säuft ab. Die Sicherheitsbeauftragten scheinen sich dieser Gefahr bewußt zu sein, ansonsten hätten die geophysikalischen Untersuchungen wohl gar nicht erst stattgefunden. Es ist sowieso ein Hohn, daß die Messungen erst jetzt stattfinden, Jahre nachdem man in Asse mit der Lagerung von radioaktivem Müll begonnen hat.

Zur Zeit wird in Asse nur leichtradioaktiver Müll gelagert, doch sind schon Versuchslagerungen mit mittelradioaktivem und Planungen mit hochradioaktivem Material im Gange. Bemerkenswert ist, daß der Müll durch tonnenbreite Löcher in sogenannte Kavernen herabgelassen wird, die dann hermetisch abgeschlossen werden. Auf die Frage, wie man den Atommüll im Katastrophenfall, wenn also das Bergwerk zusammenstürzen würde, sicherstellen könnte, oder ob man ihn dort unten in ein paar hundert Meter Tiefe liegen lassen wolle, was ja eine Verseuchung des Grundwassers der gesamten Umgebung zur Folge hätte, wurde mit einem Schweigen geantwortet.

Nicht nur hier scheint es den für die Sicherheit Verantwortlichen mulmig zu werden. Denn seit fünfzig Jahren gibt es in dem Salzbergwerk nur einen einzigen Förderkorb. Wenn dieser ausfiele, gäbe es für die dort arbeitenden Menschen keine Möglichkeit, die Grube schnell zu verlassen. Jetzt, wo man sich nicht mehr so ganz sicher ist, geht man daran, einen Schacht für einen zweiten Förderkorb zu bauen.

Dies alles zeigt, wie nachlässig mit der Lagerung von radioaktivem Müll umgegangen wird. Profitabel, gerade auf kurze Sicht, sind nur die Kernkraftwerke für die Kapitalisten. Nicht so die Beseitigung des höchst gefährlichen Atommülls. Deswegen muß die Beseitigung des Mülls vom Staat übernommen werden. Der kümmert sich zwar viel um die "innere" Sicherheit der Ausbeuterordnung, aber nicht um die Sicherheit der Bevölkerung. Daß das Bergwerk, in dem Atommüll lagert, zusammenkracht, nimmt er jedenfalls in Kauf.

Finanziert wird die Lagerung von Atommüll aus Steuermitteln, und wer den größten Teil der Steuern bezahlt, ist klar: die Arbeiterklasse und die übrige werktätige Bevölkerung. Die Ausgaben beginnen beim Transport des radioaktiven Mülls von den Kernkraftwerken nach Asse in besonderen Sicherheitswaggons. Dazu kommen der notwendige Fuhrpark für die Lagerung unter Tage und die Sprengstoffe. Diese Kosten gehen jährlich in die Millionen.

–G.W., Clausthal–

Kernkraftwerk Würgassen

„Kleine" Panne im Kernkraftwerk

Ich habe für die Spezialreinigungsfirma Heinz Celten Holzminden gearbeitet. Diese Firma reinigt im Auftrag der Preußen-Elektra das Kernkraftwerk.

Allerdings haben wir nicht Spezialreinigungsgeräte benutzt, sondern mit Staubsaugern, Besen, Handfegern und Staubtüchern gearbeitet, wie sie in jedem Haushalt üblich sind. Durch Besen, Handfeger und die Auspuffluft der Staubsauger wurde zwangsläufig Staub aufgewirbelt. Die Gefahr, contaminierten Staub, das heißt mit Strahlung besetzten Staub zu schlucken, wurde durch diese Arbeitsgeräte erhöht.

Bevor man eine Strahlenplakette – eine Genehmigung für die Arbeit im Kontrollbereich – bekommt, wird man kurz vom Arzt angesehen und bekommt eine Strahlenschutzbelehrung. Während dieser Belelehrung werden einem die wichtigsten Vorschriften genannt – zum Beispiel: kein Essen, Rauchen und Trinken im Kontrollbereich. Dann wird versucht, zu erklären, wie harmlos Strahlung doch im Grunde ist, "man muß nur damit umgehen können"; jeder Mensch bekommt ja natürliche Strahlung ab usw. Außerdem wird auf die medizinische Verwendbarkeit von Strahlung hingewiesen. Es soll der Eindruck vermittelt werden, daß man ohne Gefahr im Kernkraftwerk arbeiten kann. Nicht gesagt wird, daß auch schon durch minimale Strahlung die Anfälligkeit für Leukämie und Krebs wesentlich erhöht wird.

Die Kernkraftwerke sind keineswegs so sicher, wie immer behauptet wird. So ereignete sich folgender Zwischenfall:

Nachts war Stickstoff in den Bereich geleitet worden, in dem sich die Brennstäbe befinden. Durch ein defektes Ventil war hoch contaminiertes Wasser ausgetreten und von zirka 14 Meter bis auf 0 Meter im Gebäude heruntergelaufen; keine Notschleuse usw. hatte es aufhalten können. Am nächsten Morgen mußten wir von der Firma Celten als einzige in den Kontrollbereich, um das Wasser abzusaugen. Ohne abzuwarten, bis die Strahlung etwas nachgelassen hatte, wurden wir hineingeschickt, denn das Kernkraftwerk sollte möglichst schnell wieder in Gang gesetzt werden.

Trotz noch ausstehender Genehmigungen wird das Kernkraftwerk Unterweser hastig weitergebaut.

Im Kapitalismus steht nicht die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter an erster Stelle, sondern der Profit. Deswegen wird uns vorgegaukelt, wie ungefährlich doch ein Kernkraftwerk ist.

–Ro, Göttingen–

Berufsverbote im öffentlichen Dienst

Im Prozeß der DKP-Lehrerin Lenhart gegen das Land Rheinland-Pfalz hat das Bundesverwaltungsgericht jetzt entschieden, daß "Zweifel an der Verfassungstreue" für die Ablehnung eines Bewerbers im öffentlichen Dienst genügen. Es hat außerdem festgelegt, daß die Mitgliedschaft in einer "verfassungsfeindlichen" Organisation solche Zweifel begründen würde.

Die CDU/CSU hat dieses Urteil begrüßt, weil es dem entspricht, was sie zur gesetzlichen Regelung der Berufsverbote immer vorgeschlagen hat. Die SPD hat das Urteil zur Kenntnis genommen, weil es dem entspricht, was sie zwar nicht in Worten gefordert, in den SPD-regierten Bundesländern aber immer praktiziert hat. Geschäumt über das Urteil hat die DKP, weil durch dieses Urteil die Berufsverbote jetzt einen "legalen Anstrich" erhielten und weil es ihr immer schwerer fällt, verfassungstreu und gegen die Berufsverbote zu sein. In der UZ vom 25.4. hat sie daher "Respekt für das Grundgesetz" gefordert.

In allen Bundesländern, ob von der SPD, FDP, CSU oder CDU regiert, wird schon seit langer Zeit der öffentliche Dienst nach den Grundsätzen dieses Urteils gesäubert. Landtags- und Gemeinderatskandidaturen und Kandidaturen auf der Liste kommunistischer Gruppen für Studentenparlamentswahlen sind für den Staat stets Anlaß genug, die Entlassung aus dem öffentlichen Dienst zu betreiben. In Baden-Württemberg wurde die Studentin Bärbel Pampe nach ihrer 1. Dienstprüfung nicht in den Schuldienst eingestellt, da sie auf der KBW-Liste für die Gemeinderatswahlen in Waiblingen kandidiert hatte. In Nordrhein-Westfalen wurden zwei Lehrerinnen unverzüglich vom Schuldienst suspendiert, weil sie für die Gruppe Roter Morgen bei den Landtagswahlen kandidieren. In Hessen will die dortige SPD-Landesregierung 6 Referendare, die sich noch in der Ausbildung befinden, aus dem Dienst entlassen. In einem Schreiben des Regierungspräsidenten von Kassel an die Referendarin U. Seyfarth heißt es dazu: *"Aufgrund der von Ihnen nicht ausgeräumten Bedenken über Ihre verfassungsgemäße Zuverlässigkeit und Ihre Loyalität gegenüber dem Land Hessen als Ihrem Dienstherrn beabsichtige ich, das Beamtenverhältnis mit Ihnen zu beenden. Mangels Eignung soll Ihnen nicht Gelegenheit gegeben werden, den Vorbereitungsdienst abzuleisten und die Prüfung abzulegen."*

Anlaß für Berufsverbote sind dabei alle Tätigkeiten öffentlich Bediensteter, die sich gegen die Ziele dieses Staatsapparates wenden. Dem Leverkusener Oberstudienrat Tietz, der entlassen werden soll, wird z. B. die Anmeldung einer Chile-Demonstration vorgeworfen. Insgesamt auch werden seit dem Februar Lehrer aller Schularten, die im September den Göttinger Solidaritäts-Aufruf der Chile-Komitees durch ihre Unterschrift unterstützt hatten, von den Schulaufsichtsbehörden mit Disziplinarmaßnahmen bedroht. Dem Referendar Albrecht in Kassel wird u. a. vorgeworfen, daß er sich öffentlich gegen die Berufsverbote ausgesprochen habe.

Daß mit diesen Überprüfungen und Entlassungen auch die gewerkschaftliche Tätigkeit der Bediensteten und ihre gewerkschaftlichen Rechte beschnitten werden sollen, zeigt sich in Hessen. Dort wurde an der Universität Frankfurt bei Überprüfungen u. a. die Frage vorgelegt: "Sind Sie Mitglied der GEW?"

Gegenüber den Kollegen, die sich gegen die Entlassung eines Lehrers wehren, geht der Staat dabei mit Disziplinierungen vor. Anläßlich der Suspendierung des Oberstudiensrates Tietz wurden z. B. Anhörungsverfahren gegen die Kollegen der Fachgruppe Religion eingeleitet, da diese den "Schulfrieden gestört" hätten, indem sie in einem öffentlichen Schreiben gegen die Entlassung Stellung bezogen. Die Kollegen von Tietz erhielten Redeverbot, damit sie im Unterricht und mit den Eltern nicht über die Entlassungen reden würden.

Aber auch die Eltern, die sich gegen die Entlassungen wehren, werden mit allen Mitteln daran gehindert, sich in die Schulangelegenheiten einzumischen. Im Fall der Referendarin Seyfarth wurde ein Formfehler in der Einladung zu einem Elternabend zum Anlaß genommen, diesen zu verbieten. Ebenfalls verboten wurde hier eine Sitzung der Schülermitverwaltung mit dem Argument, die Sache wäre kein Thema für die Schüler. Auch im Fall des Referendars Albrecht wurde von der Schulleitung auf Anweisung der Regierung ein Elternabend zweimal verhindert, der auf Wunsch der Elternbeiräte geplant worden war. Mit all diesen Maßnahmen verteidigt der Staat das Schulwesen als Teil des Staatsapparates und bekämpft jeden Versuch, ihm dieses Staatsschulwesen streitig zu machen.

Schwierig ist der Kampf gegen politische Nichteinstellungen gegenwärtig, weil Hunderte von Referendaren und Lehrern mit dem Argument, daß kein Geld und keine Stellen da wären, nicht in den Schuldienst übernommen werden. Dies zeigte sich in Bremen, wo Lehramtsanwärter, die mit diesem Argument abgelehnt worden waren, hartnäckig weiterbohrten und dann erfuhren, daß sie aus politischen Gründen nicht eingestellt werden sollten.

Gleichzeitig entzünden sich an diesen Nichteinstellungen aber wie in Hessen heftige Auseinandersetzungen unter der Forderung: Einstellung aller ausgebildeten Lehrer. Hier wird deutlich, wie der Staat das Volksbildungswesen verrotten läßt, denn es fehlt gerade im Volksbildungswesen hinten und vorne an Lehrern.

Der Kampf gegen die politischen Entlassungen und Nichteinstellungen im öffentlichen Dienst wird gegenwärtig noch zersplittert und uneinheitlich geführt.

Die Mitglieder der DKP und ihrer Studentenorganisation und große Teile der Jungsozialisten wollen den Kampf so führen, daß man dem Grundgesetz Respekt verschafft. Das Präsidium der DKP erklärte in einer Stellungnahme zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts: "Die Berufsverbote müssen fallen, die Grundsätze der Verfassung müssen verteidigt und zur Geltung gebracht werden." Aber wundern darf man sich nicht darüber, daß dieser Staat alle entlassen will, die mit seinen Zielen nicht übereinstimmen. Welche Ziele dieser Staat hat und wie er sie durchsetzt, ist aber im Grundgesetz festgelegt. Das Ziel ist die Sicherung des Eigentums der Kapitalisten und dazu bedarf es der Staatsgewalt, deren Organisation im Grundgesetz niedergelegt ist.

Respekt muß man nicht dem Grundgesetz, sondern dem Freiheitskampf der Völker der Welt und dem Kampf für die Abschaffung der Klassenherrschaft der Kapitalisten hierzulande verschaffen. Ein Schulwesen in der Hand des Staates mit solchen Zielen wird immer nur dazu dienen, die Arbeiterjugend und die übrigen Jugendlichen für die Zwecke der Kapitalisten auszubilden. Die Einmischung der Arbeiterklasse und des Volkes in die Schulangelegenheiten wird man nicht fördern, wenn man diese auf ein Grundgesetz festlegen will, das ein solches Staatsschulwesen vorsieht, sondern man muß dafür eintreten, daß die Arbeiterklasse und das Volk über das Volksbildungswesen bestimmen.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes über die Lehrerin Lenhart hat gezeigt, wie sich die Bourgeoisie die politische Ausrichtung der Lehrer vorstellt. Und nicht nur das Schulwesen, sondern der gesamte öffentliche Dienst soll so gefesselt werden.

-e.r.-

„Ablehnung, da Höchstpunktzahl überschritten"

Zur Überprüfung von Bewerbern des öffentlichen Dienstes verwendet die Behörde eine sogenannte "Personaldatei", in der die Tätigkeiten der Überprüften ab 1967 mit einem Punktesystem bewertet werden. Der Bewerber gilt als abgelehnt, wenn er eine Höchstpunktezahl von 45 erreicht. Hierbei wird mit folgender Punkteskala bewertet: Teilnahme an einer Demonstration 3 Punkte, Flugblatt verteilen 5, Mitgliedschaft in der "Neuen Linken" 8, im SHB 10, Strafanzeige 15, Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation 45 Punkte. Unter einer Rubrik Sonstiges wird für jeden Eintrag 1 Punkt erteilt.



Mönchengladbach. 45 Menschen kamen am 10. April zu einer Veranstaltung der KBW-Sympathisantengruppe Mönchengladbach gegen den § 218. Mit einem Sketch nach einem Gedicht von Brecht erläuterten zwei Genossen die Geschichte des Kampfes gegen den § 218 und setzten sich mit den verschiedenen Positionen zum § 218 auseinander.

In der Diskussion wurde deutlich, daß die Bewegung gegen den § 218 nur vorankommt, wenn sie sich jetzt unter der Forderung: Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid! zusammenschließt. Die Gründung eines Komitees zu diesem Zweck wurde beschlossen. Teilnehmer aus Viersen kündigten an, auch in Viersen ein solches Komitee aufzubauen.

Bremen. Am 16.4. fand die Gründungssitzung der "Initiative gegen den § 218" statt. Es waren 53 Menschen gekommen und nach über einstündiger Diskussion wurden als Plattform der "Initiative" bei 3 Enthaltungen die Forderungen:
- Weg mit dem § 218!
- Das Volk selber soll entscheiden!
- Volksentscheid gegen den § 218!

beschlossen.

Nach der Verabschiedung der Plattform beschloß die Initiative ihre Aktivitäten zum 1. Mai.

Am Samstag, den 19. April, ist der erste Informationsstand am Siemenshochhaus mit Stelltafeln, Flugblättern und Broschüren durchgeführt worden. Auf Anhieb haben sich ca. 50 Menschen in die Listen für die Mitarbeit in der "Initiative" eingetragen. 28 Broschüren zum § 218 der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) Heidelberg sind verkauft worden.

Hamburg. Zu einer Veranstaltung der Stadtteilzelle Eimsbüttel gegen den § 218 verabschiedeten 20 Teilnehmer eine Resolution mit den Forderungen des KBW.

Wiesbaden. Am selbstverwalteten Jugendzentrum PUB hat sich eine Arbeitsgruppe zum § 218 gebildet, die die Forderungen vertritt: Weg mit dem § 218! Für Volksentscheid!

Zahlreiche Versammlungen gegen den Paragrafen 218

23 trugen sich als Mitglieder in die Liste des Komittes ein

Wilhelmshaven. In Wilhelmshaven ist ein Komitee "Weg mit dem § 218 – Volksentscheid gegen den § 218" gegründet worden.

Rund 35 Menschen sind zu der Gründungsveranstaltung gekommen.

Eine Initiativgruppe hatte an zwei Samstagen vorher in der Stadt zirka 2 000 Flugblätter verteilt und an Ständen Diskussionen geführt. Schon auf einer Podiumsdiskussion in der Volkshochschule, einige Tage vorher, mit einem Befürworter der Mehrheitsentscheidung der Verfassungsrichter, einer SPD-Landtagsabgeordneten, die die Minderheitsentscheidung vertrat und einer Vertreterin der Aktion 218 Bremen war klargeworden, daß die bürgerlichen Parteien nichts anderes als Unterwerfung unter das Bundesverfassungsgerichts-Urteil anzubieten hatten. Eine Perspektive, wie der Kampf weiter zu führen ist, konnte auch von der Frauengruppe an der Volkshochschule Wilhelmshaven nicht angegeben werden. Übrig war nur Resignation geblieben. Das war die Situation zum Zeitpunkt der Gründungsveranstaltung am 22.4.

Gegen den Volksentscheid wurde vorgebracht, er sei illusorisch, weil man zwei Drittel der Parlamentsabgeordneten für eine Änderung des Grundgesetzes brauche – und das sei unmöglich. Dahinter stecken weniger Illusionen in den parlamentarischen Weg – die waren durch das Urteil selbst gründlich vergangen – sondern vielmehr Skepsis in die Kraft des Volkes. "Wer soll das denn durchsetzen? – Das ist nicht zu schaffen." Stattdessen wurden Lösungen wie Selbsthilfegruppen und massenhafte Selbstbezichtigungskampagnen vorgeschlagen. Damit könne man das Gesetz unterlaufen und praktisch unwirksam machen.

Aber diese Vorschläge waren keine Alternativen. Nicht die freiwillige Organisierung der Illegalität, nicht Märtyrertum einzelner Frauen schaffen den § 218 aus der Welt. Dies kann nur die demokratische Massenaktion des Volkes. Und die einzig mögliche politische Linie, an der solche Massenaktionen organisiert werden können, ist die Forderung nach Volksentscheid. Dafür kann die Auseinandersetzung auch innerhalb der Gewerkschaften und anderen Organisationen geführt werden; diese Forderung kann auf die Straße gebracht und es kann den Versuchen begegnet werden, dem Volk mit dem Bundesverfassungsgerichts-Urteil oder dem Grundgesetz zu drohen. Ein solches Vorgehen schließt Hilfe zur Abtreibung durch Beschaffen von Adressen usw. nicht aus; eine Beschränkung darauf verhindert aber jeden weiteren Kampf. Und der muß geführt werden, weil die sozialen Verhältnisse sich mit dem Bundesverfassungsgerichts-Urteil keineswegs geändert haben. Es bleibt dabei, der § 218 muß weg!

30 Teilnehmer haben für die Forderung gestimmt, 6 haben sich enthalten, 23 haben sich als Mitglieder in die Listen des Komitees eingetragen und wollen aktiv mitarbeiten und 6 weitere schrieben sich auf Interessentenlisten.

Am 1. Mai auf der Kundgebung des DGB wird die Forderung bestimmt nicht zu übersehen sein.

–H.V., Wilhelmshaven–

Delmenhorst. 35 Teilnehmer einer Veranstaltung der Ortsaufbaugruppe Delmenhorst des KBW verabschiedeten eine Resolution, in der es heißt: "Die Teilnehmer der Veranstaltung ... sprechen sich grundsätzlich für das Recht auf Abtreibung aus. Gerade die Frauen der werktätigen Bevölkerung sind auf Grund der miserablen sozialen Verhältnisse häufig gezwungen, Abtreibungen vornehmen zu lassen. Die bloße Existenz eines wie immer gearteten § 218 treibt sie dabei in die Hände von Kurpfuschern, die die Illegalität der Abtreibung ausnutzen, um sich maßlos zu bereichern. Deshalb fordern wir: Ersatzlose Streichung des § 218! ... Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!"

Einige der Anwesenden erklärten sich bereit, auf Grundlage der Resolution in einer Initiative gegen den § 218 mitzuarbeiten. Vertreter von Parteien und anderen politischen Organisationen waren trotz ausdrücklicher Einladung nicht erschienen.

Köln. Die Vertrauensleute im Ersatzteillager Merkenich der Ford-Werke Köln haben einstimmig beschlossen, die Forderung: "Weg mit dem § 218 – das Volk muß entscheiden!" in der 1. Mai Demonstration zu tragen. Nach einer lebhaften Debatte über die Frage, wie nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes der § 218 zu Fall gebracht werden kann, setzte sich die Überzeugung durch, daß der § 218 nur durch den politischen Kampf des ganzen Volkes umgestoßen werden kann und daß dazu die Forderung nach einem Volksentscheid zum § 218 das richtige Mittel angibt.

Osnabrück. In Osnabrück hat sich ein Komitee für die ersatzlose Streichung des § 218 gegründet. An der Sitzung nahmen 15 Personen teil.

Worms. Die Vollversammlung der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Worms, an der zeitweise ca. 70 Studenten teilnahmen, hat sich mit großer Mehrheit bei 8 Gegenstimmen und einer Enthaltung für die Forderung "Weg mit dem § 218!" ausgesprochen. Auch die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 fand eine Mehrheit. Allerdings gab es noch viele Enthaltungen.

Der AStA wurde beauftragt, das "Komitee gegen den § 218" bei der Vorbereitung einer Veranstaltung zum § 218 mit Vertretern der Parteien und der Kirchen zu unterstützen.

Willkürurteil gegen R. Augustin

Bückeburg. Zu 6 Jahren Gefängnis hat das Landgericht Osnabrück am Donnerstag in Bückeburg den Holländer Ronald Augustin verurteilt.

Das Gericht hielt Augustin für schuldig, in Westberlin "eine kriminelle Vereinigung" unterstützt, bei seiner Festnahme Widerstand gegen einen Polizeibeamten geleistet zu haben und Ausweise gefälscht, falsche Ausweise benutzt und gegen das Waffengesetz verstoßen zu haben. Die Anklage auf Mitgliedschaft in "einer kriminellen Vereinigung" und auf Mordversuch mußte das Gericht fallen lassen.

Um die Höhe des Strafmaßes dennoch zu rechtfertigen und ihre Beweisnot zu vertuschen, verlegten sich die Richter auf eine ausgiebige "Persönlichkeitsschilderung", in der Augustin "Blindheit gegenüber Rechtswerten", "Beeinflußbarkeit" usw. vorgeworfen wurde. Unter anderem machte ihm das Gericht zum Vorwurf, daß er seinen Verwandten Briefe mit politischem Inhalt geschrieben habe, was ein "erschreckend verkürztes" Verhältnis zu den Angehörigen zeige.

Der ganze Prozeß hat einen ersten Geschmack davon geliefert, wie die Justiz in Zukunft mit politischen Angeklagten verfahren wird. Schon die Verlegung des Prozesses in das Bückeburger Gefängnis war in der deutschen Rechtsgeschichte erstmalig. Ständig war das Gebäude von starken Polizei- und Grenzschutzkräften abgeriegelt, die Richter ließen sich per Hubschrauber einfliegen, Journalisten und Besucher wurden peinlich genau untersucht. Wer regelmäßig kam, wurde in einer Strichliste notiert. Überhaupt waren nur ca. 50 Personen zugelassen. Die Öffentlichkeit war damit praktisch weitgehend ausgeschlossen.

Nachdem alle Versuche des Justizvollzugs gescheitert waren, Ronald Augustin durch jahrelange totale Isolations- und Vernichtungshaft als politische Persönlichkeit zu zerbrechen und ihn verteidigungsunfähig zu machen, gingen die Richter rabiat mit Hilfe der neuen Strafprozeßordnung gegen den Angeklagten vor. Zwangsweise wurde ihm ein Pflichtverteidiger zugeordnet, obwohl dieser selber, als Augustin ihn für nicht vertrauenswürdig erklärte, zurücktreten wollte. Das Gericht lehnte den Antrag ab, den Pflichtverteidiger wenigstens so zu setzen, daß er nicht an den Beratungen mit dem Wahlverteidiger teilnehmen könne. Als Augustin sich daraufhin gegen den unerwünschten "Verteidiger" handgreiflich zur Wehr setzte, schloß ihn das Gericht schließlich selbst vom Prozeß aus.

Augustins Verteidiger haben gegen das Urteil Revision eingelegt.

6 beim Prozeß anwesende ausländische Juristen hatten schon vor der Urteilsverkündung in einer Erklärung das ganze Verfahren als einen schwerwiegenden Angriff auf das Recht jedes Angeklagten auf Verteidigung bezeichnet. Bundeskanzler Schmidt hatte daraufhin im Bundestag von "sogenannten Anwälten des Rechts" gesprochen, die "angereist kommen, um unseren Rechtsstaat vor unserer eigenen öffentlichen Meinung herabzusetzen".

Die Aufmerksamkeit, die die politischen Prozesse in der BRD auf sich ziehen, ist dem Staatsapparat nicht gelegen.

h.v.

Wie aus Pressemitteilungen ihrer Rechtsanwälte hervorgeht, ist die Isolationshaft für die RAF-Häftlinge Margrit Schiller und Wolfgang Quante erneut verschärft worden. Margrit Schiller ist seit dem 18.2. wieder im toten Trakt in Lübeck inhaftiert.

Ebenso isoliert ist Wolfgang Quante seit dem 7.3. im Untersuchungsgefängnis in Bremen.

Regierungsentwurf zur beruflichen Bildung

Gegen den Regierungsentwurf hat die Arbeiterjugend ihre Forderungen auf vielen Demonstrationen aufgestellt

Das Bundeskabinett hat am 16.4. einen Gesetzesentwurf zur Reform der beruflichen Bildung verabschiedet. Mißt man diesen Gesetzentwurf an den Forderungen der zigtausend Arbeiterjugendlichen auf den DGB-Jugenddemonstrationen in vielen Städten, so sieht man, daß dieses Regierungswerk der Arbeiterjugend im Kampf um das Recht auf Ausbildung nichts nützt.

Zur Finanzierung neuer Lehrstellen und damit als Mittel gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist die Erhebung einer Berufsbildungsabgabe vorgesehen. Zu diesem Zweck sollen alle Unternehmen mit einer Lohnsumme von mehr als 400 000 DM jährlich eine Abgabe von 0,25 % der Lohnsumme leisten. Von diesem Geld erhalten alle Kapitalisten, die neue Lehrstellen einrichten, ein. Prämie von im Durchschnitt 5 000 DM. Laut Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) soll "für alle weiteren neu abgeschlossenen Verträge ... auch dann, wenn es sich nicht um zusätzliche Lehrstellen handelt, eine entsprechend niedrigere Prämie bezahlt" werden. (FAZ, 17.4.1975)

Während die Arbeiterjugend in ihren machtvollen Demonstrationen forderte, daß die Berufsbildung nicht mehr länger Privatsache der Kapitalisten bleiben darf, hat die Regierung mit ihrem Gesetzentwurf gerade bestätigt, daß die Berufsausbildung der Arbeiterjugendlichen allein von den Kapitalisten abhängt und daß man dies deswegen den Kapitalisten mit einem Prämien. schmackhaft machen müsse.

Ob die Kapitalisten überdies überhaupt eine Abgabe bezahlen müssen, bleibt nach dem Gesetzentwurf noch offen. Laut Frankfurter Rundschau (FR) vom 17.4. soll diese nur erhoben werden, wenn "das Angebot an Lehrstellen die Nachfrage nicht um mehr als 12,5 % übersteigt". Dazu will sich die Regierung in einem jährlichen Bildungsbericht äußern.

Die Zahlen dafür, wieviel Ausbildungsplätze es gibt, kann sie allenfalls von den Kapitalisten und ihren Verbänden erhalten. Denen wird es nicht schwer fallen, mehr Lehrstellen anzugeben, als tatsächlich vorhanden sind, so daß sie keine Abgabe zahlen müssen.

Die CDU/CSU und alle Arbeitgeberverbände haben diesen Gesetzesentwurf verworfen. Die CDU/CSU wollte ursprünglich, daß jeder Kapitalist für jede Lehrstelle vom Staat eine Prämie erhält und daß die Abgabe ganz verschwindet.

Abgelehnt haben diesen Gesetzentwurf auch die Gewerkschaften, weil "die gewerkschaftliche Mitbestimmung nicht verankert worden sei" (FR, 17.4.1975). Der Gesetzentwurf beläßt den Kammern ihre Macht und legt damit fest, daß die Kapitalisten auch zukünftig über die Organisation der Berufsbildung gemeinsam mit dem Staat bestimmen. Aber auch eine Mitbestimmung würde nichts daran ändern, daß es die Kapitalisten sind, die darüber bestimmen, ob und wieviel Lehrstellen es gibt und wie die Arbeiterjugendlichen in den Betrieben ausgebildet werden.

Als sicher kann auch gelten, daß dieser Gesetzentwurf so nicht verabschiedet werden wird, denn die SPD/FDP wird sich mit der CDU/CSU im Bundesrat über die Reform der Berufsbildung einigen müssen. Große Teile der Arbeiterjugend haben in ihren Demonstrationen aber klargestellt, was sie von den Gesetzentwüfen der Regierung halten. Für sie kann eine Reform der Berufsausbildung nur darin bestehen, daß die Kapitalisten keinen Einfluß mehr auf die Berufsausbildung haben und daß die Arbeiterklasse über die Berufsbildung bestimmen muß.

–e.r.–



Forderungen auf der DGB-Jugenddemonstration am 19.7. in Dortmund

Kaiserslautern

Seit 1970 erhielten hier Schüler mit einem Schulweg von mehr als 4 km die Fahrtkosten aus Haushaltsmitteln ersetzt. Das Kultusministerium will jetzt die Fahrtkostenerstattung für Schüler streichen oder zumindest einschränken, mit der Begründung, es müsse "Rücksicht auf die Haushaltsmittel" genommen werden. Die Konferenz der Schülersprecher von Kaiserslautern beschloß eine Resolution, die an alle Schüler verteilt wird. Unterschriftenaktionen an den Schulen und eine Aktionswoche sind geplant. An einigen Schulen haben sich spontan Aktionskomitees gebildet, um gegen diese Sparmaßnahmen zu kämpfen.

Nordrhein-Westfalen

Hier gibt es für den Einstellungstermin vom 1.6.75 etwa 1 700 Bewerber für die Referendarausbildung für das Gymnasium. Obwohl rund 20 % der Gymnasiallehrerstellen nicht besetzt sind, sollen etwa 500 Bewerber nicht eingestellt und auf den nächsten Termin vertröstet werden.

Baden-Württemberg

Zum August 1975 sollen in Baden-Württemberg 750 Bewerber für den Referendardienst, eine noch unbekannte Zahl fertig ausgebildeter Lehrer für Gymnasien und etwa 3 400 Lehrer für Grund-, Haupt- und Realschulen nicht in den Schuldienst übernommen werden.

Westberlin

Hier ist ein Aufnahmestopp für fertige Lehrerstudenten in die Referendarausbildung verhängt worden. Laut 'Tagesspiegel' vom 9.4. soll "von den rund 50 Bewerbern (mit den Fächern Geschichte und Sozialkunde) ... nach Auskunft des Schulsenats keiner zum jetzigen Termin im Mai eingestellt werden. Wer Germanistik studiert, wird mit einer Examen-Eins eingestellt ..."

Stuttgart

Am 10.4. beschloß die Landesregierung Baden-Württembergs den Entwurf eines neuen Schulgesetzes. Im wesentlichen wird mit diesem Entwurf die Ausbildung der Jugendlichen noch schlechter werden, während die Schulaufsichtsbehörden weitergehende Befugnisse erhalten. Vorgesehen ist die Einrichtung einer "Bildungsberatung" als Zwangssystem, die ohne Zustimmung der Schüler oder Eltern von sich aus "tätig" werden kann. Weiterhin soll die Schulbehörde die Schulpflicht verkürzen und die Beendigung der Berufsschulpflicht feststellen können, wenn der Schulbesuch "entbehrlich" oder "nicht sinnvoll" erscheint. Für ausländische Jugendliche soll die Schulpflicht bereits nach der Grundschule aufgehoben werden können.

Frankfurt

Frankfurt

An der Universität Frankfurt wurden zu Beginn dieses Jahres Tutoren und wissenschaftliche Hilfskräfte vor ihrer Einstellung vom Verfassungsschutz überprüft. Einer bisher noch nicht bekannten Zahl bereits eingestellter Tutoren und 5 wissenschaftlichen Hilfskräften droht jetzt ein Berufsverbot. Eine von der Fachbereichskonferenz des Fachbereichs 3 eingesetzte Kommission hat gemeinsam mit den betroffenen Tutoren eine Erklärung ausgearbeitet, mit der bei allen Bediensteten der Universität und den Studenten Unterschriften gesammelt werden sollen. Die wichtigsten Forderungen sind: Schluß mit allen Ermittlungs- und Anhöhrungsverfahren! Sofortige Einstellung aller Tutoren und Hilfskräfte!

Heidelberg

Auf ihrer Vollversammlung am 22.4. beschlossen die anwesenden 150 Studenten des Erziehungswissenschaftlichen Seminars mit großer Mehrheit einen befristeten Warnstreik. Der Streik richtet sich gegen die Kürzung der Gelder und die Verschlechterung der Studienbedingungen am Erziehungswissenschaftlichen Seminar. Gefordert wird die sofortige Einstellung aller von der Vollversammlung geforderten Lehrbeauftragten.

Kassel

Seit Dienstag, dem 15.4., befinden die etwa 500 Studenten der Organisationseinheit Wirtschaft an der Gesamthochschule Kassel in einem unbefristeten Warnstreik. Grund dafür ist eine verschärfte Prüfungsordnung, die kurzfristig vom Prüfungsausschuß beschlossen wurde. In Vollversammlungen solidarisierten sich die Studenten der anderen Fachbereiche mit den streikenden Studenten.

Bremen

Hier hat der Bremer Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst ein neues Fachhochschulgesetz vorgelegt, das noch am 31.8. in Kraft treten soll. Vorgesehen ist u.a.: "Die Studentenschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts und ihre Organe sind aufgelöst." Mit diesem Angriff auf die verfaßte Studentenschaft will der Bremer Senat verhindern, daß die Studenten eine einheitliche Vertretungskörperschaft im Kampf um ihre politischen Rechte haben.

Münster

Gegen den Erlaß einer neuen Fachprüfungsordnung streikten die Studenten der Fachhochschule für Sozialwesen vom 21. bis zum 25.April. 225 Studenten hatten sich für diesen einwöchigen Streik ausgesprochen. Der MSB Spartakus hatte Aktionstage vorgeschlagen, wofür sich nur 12 Studenten aussprachen. Der Sozialistische Hochschulbund (SHB) hatte einen zweitägigen Warnstreik nach den Landtagswahlen vorgeschlagen, wofür sich 18 Studenten aussprachen. Während des Streiks fanden zahlreiche Veranstaltungen statt. Den Abschluß bildete ein Streikfest, dessen Erlös als Solidaritätsspende den Seibel-Arbeitern in Erwitte zugute kommen soll.

DKP - Studenten:

Streik mit allen Mitteln sabotiert

......aber der Kampf für die Einstellung der Lehrbeauftragten geht weiter

Die Studenten der Mannheimer Fachhochschule für Sozialwesen traten am 22.4. in den aktiven Streik, um die Wiedereinstellung von 7 Lehrbeauftragten zu erzwingen, die aus politischen Gründen nicht mehr eingestellt werden sollen. Zwei von ihnen hatten auf der Liste des KBW bei den Kommunalwahlen in Mannheim kandidiert.

Gegen den Willen des von DKP- und SHB-Studenten getragenen Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) hatte sich die absolute Mehrheit der Fachhochschulstudenten in einer Urabstimmung für den Streik ausgesprochen (siehe KVZ Nr.16). Dennoch gelang es den DKP- und SHB-Studenten nach drei Tagen, den Annruch des Streiks zu erzwingen.

In der ersten Streikvollversammlung nach der Urabstimmung sollte eine Streikleitung gewählt werden. Dazu faßte die Vollversammlung den Beschluß, daß die Streikleitung von der Vollversammlung gewählt und dieser verantwortlich sein solle. Die DKP- und SHB-Studenten hatten da andere Vorstellungen. Sie wollten die Streikleitung aus Vertretern der einzelnen Semester und des AStA zusammenstellen, weil sie hofften, so die Leitung des Streiks in die Hand zu bekommen. Nachdem sie für diesen Vorschlag in der Vollversammlung keine Mehrheit gefunden hatten, verhinderten sie die Wahl einer Streikleitung, indem sie auf zwei Vollversammlungen mit ihren Anhängern auszogen, und so die Vollversammlung beschlußunfähig machten. Aber die Studenten waren nicht bereit, dies hinzunehmen, und wählten darauf eine provisorische Streikleitung, die von der nächsten Streikversammlung bestätigt oder abgelehnt werden sollte. Der AStA wurde aufgefordert, seine Vertreter in die Streikleitung zu schicken, wie es von der Vollversammlung festgelegt worden war. Verschiedene Arbeitskreise zur Sozialarbeit, den Berufsverboten und zur Lage der Jugendlichen wurden eingerichtet, um während des aktiven Streiks zu arbeiten.

In den folgenden Tagen versuchten der AStA und die DKP- und SHB-Studenten mit allen Mitteln, den Streik zu sabotieren. Er beschimpfte die Studenten der Streikleitung als Chaoten, und die Streikleitung nannte er "illegal", und daß hier Provokateure am Werk wären.

In einer Presseerklärung lies er verlauten:

"Der AStA weist im Zusammenhang mit den Vorgängen an der FHS darauf hin, daß Aktivitäten, Presseerklärungen, andere Erklärungen und alle anderen Vorgehensweisen eines. sogenannten 'Streikrats', der von maoistischen und trotzkistischen Gruppierungen gestützt wird, jeder Grundlage entbehren und nicht für sich in Anspruch nehmen kann, im Namen der Fachhochschulstudenten aufzutreten."

Einer Solidaritätsveranstaltung für entlassene Lehrbeauftragte, auf der Vertreter der Rheinauer Jugendlichen, der Ortsgruppe Mannheim des KBW, des KSV und der Gruppe Internationaler Marxisten erschienen waren, um den Streik zu unterstützen, übersandte die DKP eine Botschaft, daß sie nicht kommen würde, weil sie sich mit solchen politischen Organisationen nicht an einen Tisch setzen würde. So konnte es diesen Leuten gelingen, bei vielen streikbereiten Studenten Zweifel zu erwecken, wie der Streik erfolgreich geführt werden sollte, wenn der eigene AStA nichts besseres zu tun hat, als den Kampf zu sabotieren.

Auf einer Streikvollversammlung am 25.4. brachten sie einen Antrag auf Ende des Streiks ein, der auch knapp mit 70 zu 60 Stimmen angenommen wurde.

Es sind auch von uns in diesem Streik Fehler gemacht worden, die diesen Abbruch des Streiks ermöglichten.

Zwar konnte sich der Streik durch die Urabstimmung auf eine breite Mehrheit der Studenten stützen. Aber obwohl 260 für den Streik gestimmt hatten, konnten nur 80 Studenten in die aktiven Streiktätigkeiten – vor allem Arbeitsgruppen – einbeziehen werden. Zu sehr hatten wir uns von den DKP-Studenten in endlose Debatten darüber verwickeln lassen, welche Bedeutung das Grundgesetz im Kampf gegen die Berufsverbote habe. Die Studenten hatten aber ihre Entscheidung für den Streik nicht als eine Abstimmung über das Grundgesetz vorgenommen, sondern sie hatten mit der Abstimmung ihren Willen zum Ausdruck gebracht, gegen die Berufsverbote und für die Einstellung dieser Lehrbeauftragten zu kämpfen. Denn sie hatten in deren Lehrveranstaltungen über die wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre zukünftigen Aufgaben als Sozialarbeiter frei diskutieren können. Wir sind aber nicht genug auf diese gesellschaftlichen Verhältnisse und unsere Ausbildung als Sozialarbeiter eingegangen um daran zu zeigen, warum man uneingeschränkte politische Rechte braucht, wenn man sich nicht einfach den Kapitalisten unterwerfen will. Dagegen führten wir die Debatten mit den DKP-Studenten oft so, als ob diese Rechte nicht ein Mittel im Kampf um eine Ausbildung im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes sondern schon der Zweck wären. Für viele Studenten mußte es daher unklar bleiben, was in den Arbeitskreisen erarbeitet werden sollte und welche Bedeutung diese Arbeitskreise für den Streik haben. Viel eher mußten sie fürchten, daß dort die juristischen Debatten weitergeführt werden würden. Worum es aber dem Kultusministerium mit den Entlassungen geht, hat dieses selbst gezeigt. Es hat die Schulleitung aufgefordert, sämtliche Prüfungsarbeiten des Wintersemesters, Klausuren, Referate usw. einzusenden. Die Staatsbeamten in Stuttgart werden also Überstunden machen müssen, um zu überprüfen, was an der FHS gelehrt wird. Für die Mehrheit der Studenten ist der Kampf aber trotz der Beendigung des Streiks nicht abgeschlossen. Mit großer Mehrheit wurde auf der Streikvollversammlung am 25.4 ebenfalls eine Veranstaltung am 29.4. und eine Demonstration gegen die Entlassungen am 30.4. beschlossen. Sehr viele Studenten werden sich auch am 1. Mai in die Demonstrationen einreihen unter der Forderung: Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf.

– U., KHG-Zelle FHS–

Beschluß der GEW Frankfurt zum 1. Mai

Auf der Grundlage von Mitgliederbeschlüssen hat der Vorstand des Bezirksverbandes Frankfurt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft einen Mai-Aufruf verfaßt, in dem für folgende Forderungen eingetreten wird:

- Einstellung aller Lehrer!
- Gegen politische Entrechtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst!
- Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!
- Uneingeschränktes Streikrecht im öffentlichen Dienst!

Gegen Jugendarbeitslosigkeit und die Berufsbildungsmisere fordern die Gewerkschafter:

- 12-Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen!
- Umfassende theoretische und praktische Ausbildung mit Abschlußqualifikation für alle arbeitslosen Jugendlichen an Berufsschulen in Facharbeiterklassen ihrer Wahl!
- Angliederung der überbetrieblichen Lehrwerkstätten an die Berufsschulen!
- Anerkennung aller arbeitslosen Jugendlichen als Arbeitslose!

Weiter wird in dem Aufruf für die ersatzlose Streichung des Paragrafen 218 eingetreten, und die umgehende Anerkennung der neuen kambodschanischen Regierung sowie der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams durch die BRD gefordert.

DGB-Jugenddemonstration

Zum 10.5. hat der DGB in Nürnberg zu einer Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung aufgerufen. Die Demonstration beginnt um 10 Uhr vor der Bundesanstalt für Arbeit.

Demonstrieren in Uniform von Nutzen

Die Erfahrungen des Wiesbadener Soldaten- und Reservistenkomitees bei der DGB-Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Wiesbaden. Im Soldaten- und Reservisten-Komitee (SRKW) Wiesbaden hatten wir schon länger diskutiert, wie wir die Aktivitäten und Forderungen der Arbeiterjugendlichen und des DGB gegen die miserable Ausbildungssituation und die Jugendarbeitslosigkeit unterstützen können. Aus unseren Erfahrungen in den Kasernen wissen wir, wie kläglich es ist, mit bestenfalls 205 DM im Monat auskommen zu müssen, oder sich für mindestens 4 Jahre den Militaristen mit Haut und Haaren zu verpflichten. Gerade weil die Militaristen alles daran setzen, die Soldaten vom Volk zu trennen, damit die Armee als zuverlässiges Instrument zur Unterdrückung in ihrer Hand bleibt, müssen wir für Forderungen eintreten, die dazu dienen, die Trennung aufzuheben. Deshalb wollen wir keinen almosenähnlichen Wehrsold empfangen, sondern von denen den Lohn weiterbezahlt bekommen, denen diese Armee nützt, den Kapitalisten, Schülern und anderen, die noch nicht im Beruf gestanden haben, muß dasselbe gezahlt werden wie Zeitsoldaten gleichen Dienstgrades. Damit die Jugendlichen, die durch Arbeitslosigkeit und miserable Ausbildungssituation als Zeitsoldaten in die Armee der Militaristen getrieben werden, diesen nicht rechtlos ausgeliefert bleiben, brauchen sie das Kündigungsrecht für Zeitsoldaten.

Indem wir in der Armee unter diesen Forderungen arbeiten, unterstützen wir die Kollegen, die draußen für Rechte und wirtschaftliche Absicherung kämpfen.

Um die Einheit der werktätigen Jugendlichen in der Armee und denen draußen klar herauszustreichen, faßten wir den Entschluß, an der Demonstration in Uniform teilzunehmen und forderten Kollegen in den Kasernen auf, das gleiche zu tun. Trotz der zu erwartenden Repressionen und obwohl nur 5 Soldaten in Uniform kommen konnten, was es ein richtiger Schritt. Das beweisen die vielen spontanen Beifallskundgebungen von Demonstrationsteilnehmern und Zuschauern und das Erstaunen vieler Passanten, die mit geringem Interesse den Vorbeimarsch des Demonstrationszuges abgewartet hatten und beim Anblick der Soldaten genau auf die von uns getragenen Forderungen achteten. Viele Gewerkschaftler beglückwünschten uns zu unserem Entschluß und einige Lehrer erklärten, unser Auftreten habe sie in ihrem Entschluß bestärkt, die ihnen als Beamten auferlegte politische Zurückhaltung zu durchbrechen und an der Demonstration teilzunehmen. Die massenhaft in kampfbereiter Ausrüstung aufgebotenen Polizisten waren offensichtlich verblüfft, artverwandte Uniformen unter den Demonstranten zu sehen, und haben aufmerksam unsere Forderungen gelesen.

Auch in anderer Hinsicht war das Auftreten in Uniform von Nutzen. Viele Soldaten und Reservisten kamen um uns zu sagen, daß sie das nächste Mal genauso handeln wollen, und wir konnten viele neue Kontakte für die Arbeit in den Kasernen gewinnen. Das alles wird uns helfen, für unser nächstes Ziel; die Demonstration zum 1. Mai, in den Kasernen unter den Kollegen und der Bevölkerung neue Kräfte zu gewinnen.

Am 1. Mai gehen wir auf die Straße unter den Forderungen nach:

"Freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung in der Bundeswehr" – "Weiterzahlung des Lohns für Wehrpflichtige" – "Kündigungsrecht für Zeitsoldaten"

—Soldaten- und Reservistenkomitee Wiesbaden, i.A. RK—

Demonstrationsrecht am 1. Mai !

Durch den § 15 des Soldatengesetzes ist den Soldaten verboten, in Uniform an politischen Veranstaltungen teilzunehmen.

Hiervon ausgenommen sind Veranstaltungen der Gewerkschaften, wie Demonstrationen und Kundgebungen. Dies bestimmt ein Erlaß des Verteidigungsministers vom 9.Mai 1967 (FüS 14 Az.: 01-52-02).

So ist auch die Teilnahme von Soldaten in Uniform an der 1.Mai-Demonstration erlaubt. Dieses Recht müssen die Soldaten nutzen, um ihre Forderungen über die Kasernen hinaus zu tragen.

aus: "Volksmiliz" Nr.2, April 1975, Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen



Die Wiesbadener Soldaten auf der DGB-Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Frankfurt

Weg mit dem Strafarrest!

Augustdorf bei Detmold. Seit dem 27.März hat der Panzerschütze Frank Bensch aus der 2/213 "Strafarrest". Eigentlich wäre er am 27.März entlassen worden und ausgekleidet war er auch schon, als ihn der Kompaniechef in den Bau schickte. Für die 14 Tage hat er strenges Besuchsverbot.

Vorausgegangen war folgendes: In der letzten Zeit sind in mehreren Kasernen Unterschriften für 100 DM mehr Wehrsold gesammelt worden, auch in der Kompanie von Frank Bensch haben viele Soldaten diese Forderung unterschrieben. Jeder weiß, daß unser Wehrsold vorne und hinten nicht reicht und wir meist noch auf die Unterstützung unserer Eltern angewiesen sind. Deshalb sind Forderungen nach mehr Wehrsold berechtigt und auch wir setzen uns dafür ein.

Am 19.Februar fuhr der Panzerschütze Frank Bensch mit vier anderen Soldaten nach Bonn. Dort gaben sie im Verteidigungsministerium Unterschriftenlisten mit der Forderung nach mehr Wehrsold, die von mehr als 3 000 Wehrpflichtigen unterstützt wurden, ab. Nach der Übergabe der Unterschriften wurden sie von Feldjägern festgehalten und nach der Rückkehr in ihre Einheiten vom Militärischen Abschirmdienst verhört. Am 27.März mußte Frank Bensch dann für 14 Tage in den Bau, weil er gegen seine soldatischen Pflichten verstoßen und das Ansehen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit geschädigt habe.

Wir halten dagegen die Forderung nach mehr Wehrsold für gerecht und solidarisieren uns mit Frank Bensch.

aus: 'Rührt Euch', Zeitung der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Paderborn/Augustdorf

Mannschaftsversammlung sammelt Unterschriften

Hannover. Verbissen ist die hannoversche Bundeswehrführung daran, den Widerstand in den Kasernen zu unterdrücken. Ein Kamerad wurde fristlos, unehrenhaft entlassen ("er sei Drahtzieher des Kantinenboykotts in der Prinz-Albrecht-Kaserne gewesen"), ein weiterer Soldat ist versetzt worden von der Nachschubkompanie 720 nach Nienburg/Langendamm.

"Angefordert als Kraftfahrer" die Begründung. Tags zuvor war er als Vertrauensmannkandidat aufgestellt worden. Wen wundert es, wenn die erste Frage des neuen Chefs war, ob er einer 'linksradikalen Organisation angehöre'. Die Mannschaften haben sich das nicht bieten lassen. Auf einer sofort einberufenen Mannschaftsversammlung kam der Unmut zum Ausdruck: Es wurden Unterschriften gegen die Strafversetzung gesammelt und die Soldaten sagten: "Jetzt erst recht einen Vertrauensmann, der unsere Interessen vertritt." So wurden auf einer Mannschaftsversammlung Forderungen als Grundlage für die Wahl des Vertrauensmannes diskutiert. Auch in der Fernmeldekompanie 772 konnte die Strafversetzung eines Soldaten nicht verhindern, daß die Mannschaften ihren Willen durchsetzten. Ein Kamerad berichtet in der 'Maske runter' (Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees):

"Bei uns in der Fernmeldekompanie 772 sind die Vertrauensmännerwahlen diesmal nicht wie üblich durchgeführt worden. Vor der Wahl der Vertrauensleute fand eine Mannschaftsversammlung statt, in der sich die vorgeschlagenen Kandidaten mit einem Programm vorstellten. Wir können jetzt die Arbeit unseres Vertrauensmannes überprüfen und ihn jederzeit auf die von ihm vorgeschla genen Ziele hinweisen. Ein Vertrauensmann kann für uns nur etwas wert sein, wenn er sich in allen Belangen auf die Seite der Mannschaften stellt."

An die Offiziere ist die Forderung nach Zurücknahme der Strafversetzung nicht verstummt. Auf einen Brief des Soldaten- und Reservistenkomitees an den Befehlshaber im Wehrbereichskommando II, Generalmajor Vollmer, in dem er aufgefordert wird, in der Öffentlichkeit sich den Vorfällen in der Kaserne zu stellen, blieb bislang die Antwort aus, nachdem er zu einer ersten Veranstaltung aus terminlichen Gründen abgesagt hatte.

Am 1. Mai werden wir auf der Straße zeigen, daß wir diese Unterdrückung der politischen Betätigung nicht hinnehmen. Soldaten aus den hannoverschen Kasernen werden ein Transparent basteln und unter diesem an der Seite der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen in Uniform demonstrieren für: **"Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr!"**

—S., Soldaten- und Reservistenkomitee Hannover—

„Soldaten sterben in Kriegszeiten, verhungern in Friedenszeiten"

Brüssel. Etwa 1 500 belgische Rekruten des Heeres und der Marine haben am Wochenende in der belgischen Hauptstadt für höheren Sold demonstriert. Sie führten Transparente mit, auf denen Parolen standen wie: "Soldaten sterben in Kriegszeiten, verhungern in Friedenszeiten". Die Soldaten forderten umgerechnet 60 DM.

nach einer Meldung in der Frankfurter Rundschau vom 28.4.1975

Gut oder schlecht – Je nach Dienstgrad

Die medizinische Versorgung bei der Bundeswehr / Berichte aus Neckarelz/Mosbach

Eines Morgens um 7.15 Uhr sitzen vier Soldaten im Wartesaal und warten ... Eine Stunde später kommt Stabsarzt Dr. Roder, geht erst gar nicht in den Behandlungsraum, sondern wendet sich gleich an die Patienten.

Den ersten schickte er, nachdem dieser berichtet hatte, er hätte Fieber, Halsweh und Schnupfen, gleich ins Revier hoch.

Den zweiten, der nur Tabletten wollte, übergab er gleich an einen Unteroffizier der Sanitäter, der ihm diese Tabletten aushändigte.

Der dritte Patient mußte sich in der Nacht öfter übergeben und hatte dabei auch einen Kreislaufkollaps erlitten. Zirka zwei Stunden vor der "Behandlung" durch Dr. Roder hatte er sich das letzte Mal übergeben. Der Soldat versicherte, keinen Tropfen Alkohol angerührt zu haben, nachdem Dr. Roder ihn aufforderte, "halt nicht zu trinken". Trotzdem wurde er mit folgendem Hinweis weggeschickt: "Gehen Sie erst mal rüber in die Kantine und essen Sie was. Wenn Sie dann nochmal brechen müssen, können Sie wiederkommen."

Das alles geschah im Wartezimmer unter interessierten Zuhörern! Von der Decke hing zynisch ein Schild: "Der Patient kann den Arzt unter vier Augen sprechen"!

Daß Heimkrankschreiben von Mannschaften bei den Stabsärzten Dr. Roder und Dr. Usadel ein Fremdwort ist, wird allen Soldaten zur Genüge bekannt sein. Andererseits kommt es und kam es aber vor, daß die Herren Offiziere sogar nach ihren diesbezüglichen Wünschen gefragt werden:

"Ich schreibe Sie mal vorläufig zwei Wochen heimkrank, soll ich Sie sonst noch von irgendwelchen Diensten befreien?"

Es besteht ein Kasernenbefehl, daß ab Feldwebel aufwärts alle bevorzugt behandelt werden. Die unterschiedliche Behandlung zeigt sich auch noch daran, daß bis Feldwebel alle Soldaten im Krankenhaus in die dritte Klasse kommen, von Hauptfeldwebel bis Oberst zweite Klasse, ab Oberst i. G. aufwärts erste Klasse. Also, je höher der Dienstgrad, umso besser die Behandlung. Kein Wunder also, wenn sich diese Haltung entsprechend bei den Ärzten widerspiegelt.

Tatsache ist ferner, daß die Offiziere im Vergleich zu den übrigen Dienstgraden und Mannschaften am häufigsten in Bundeswehrkrankenhäuser eingewiesen werden. Die Mannschaften dagegen kommen am seltensten in ein Krankenhaus der Bundeswehr. Das geht aus einer Statistik hervor über Einweisungen in die Bundeswehrkrankenhäuser, getrennt nach Laufbahngruppen, zwischen 1964 und 1973.

Der feine Unterschied: Dienstgrad und Mannschaft

Hannover. Daß Dienstgrade etwas anderes sind als einfache Soldaten, merkt bald jeder, der bei der Bundeswehr ist. Hier nur ein Beispiel:

Einige Soldaten der Nachschubkomapnie 720 müssen in Langenhagen in der Heeresoffiziersschule 'Funktionsdienst' leisten (Transportzug, Kartei, Lager). Sie werden morgens, mittags und abends von der Scharnhorstkaserne nach Langenhagen mit Bussen hin- und zurückbefördert.

Mittags, so neuerdings befohlen, müssen die Soldaten erst in das Kompaniegebäude (Hände waschen, Vorbereiten zum Mittagessen), bevor sie zum Essen gehen können.

Doch auf dem Weg bis zur Kompanie hält der Bus noch einmal an! – Die Dienstgrade steigen nämlich aus und gehen essen, ohne vorher Hygiene zu betreiben.

Dies läßt zwei Schlüsse zu: Entweder die Dienstgrade essen mit schmutzigen Fingern oder sie 'arbeiten' so, daß sie sich ihre Finger nicht schmutzig machen.

aus: 'Die Maske runter', Militärzeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Hannover

Preiserhöhungen in der Kantine

Mannheim. In der Ludwig-Frank-Kaserne in Mannheim erhöhte der Kantinenwirt Knoll seine Preise für einen halben Liter Milch und für ein Schinkenbrötchen von 0,55 DM auf 0,75 DM. Die Kantine ist auch sonst nicht billig. So kostet ein Liter Cola 1,60 DM mit Pfand, eine Dose Cola 1,00 DM, im Laden bekommt man drei dafür. Die Preiserhöhungen geschahen dazu noch in aller Stille während der NATO-Übung Wintex 75, als fast keine Soldaten in der Kaserne waren. Aber der Kantinenwirt hat bereits schon wieder neue Preiserhöhungen bei der Standortverwaltung (StOV) beantragt. So soll dann ein Schnitzel 4,75 DM kosten, die Pommesfrites kommen mit 1 DM noch extra hinzu. (Bisher waren sie im Preis inbegriffen.) Das ist für eine Kantine, die für Soldaten in der Kaserne ist, entschieden zu hoch, abgesehen von der schlechten Qualität des Fleisches. (Knoll-Schnitzel sind als die schlechtesten in der ganzen Gegend bekannt.)

In der letzten Mannheimer Soldaten Zeitung 3/75 zeigten wir die unverschämten Preiserhöhungen auf, erklärten den Charakter einer Kantine und riefen die Vertrauensmänner der einzelnen Kompanien bzw. die Zugsprecher auf, Versammlungen abzuhalten.

In einer der Kompanien geschah dies am letzten Freitag mit dem Ergebnis, daß Selbstholerdienste eingerichtet werden sollen, die für Milch, Brötchen und für sonstiges sorgen. Bier und Cola werden bereits am Abend besorgt. Dieser Selbstholerdienst ist die notwendige Voraussetzung zu einem Kantinenboykott, weil einerseits Unabhängigkeit von der Kantine und andererseits die Versorgung mit Brötchen und Getränken gesichert ist. In den anderen Kompanien müssen noch Versammlungen abgehalten werden, da bisher nur einzelne Soldaten über Kampfmaßnahmen diskutiert haben. Es gilt jetzt, den Kampf gegen die Kantinenpreiserhöhung gemeinsam zu organisieren und einen Kantinenboykott durchzuführen.

–M.G., Antimilitaristische Gruppe Mannheim (AGM)–

21 Tage Arrest

Wegen "aktiver Beteiligung an wehrfeindlichen Aktionen"

Bad Segeberg. Gegen zwei Kollegen aus der Lettow-Vorbeck-Kaserne, Bad Segeberg, hat der Kommandeur des Panzergrenadierbataillons 182 jeweils 21 Tage Disziplinararrest verhängt.

Begründung: aktive Beteiligung an "wehrfeindlichen" Aktionen. Unter wehrfeindlich verstand er unter anderem:

- Verfassen und Verteilen von Flugblättern in der Kaserne
- Verkauf der KVZ in der Kaserne
- Aufbau eines Soldaten- und Reservistenkomitees, Bad Segeberg.

(Aus der Begründung für den Arrest.)

Der Kommandeur will verhindern, daß der individuelle Protest vieler Kollegen gegen die ständigen Schikanen organisierte Formen annimmt durch die Gründung des Soldaten- und Reservistenkomitees. Deshalb wurde auch die sofortige Vollstreckung der Strafen angeordnet.

Einen Kollegen haben sie sogar in eine Zelle der Trave-Kaserne, Lübeck, gesperrt, damit er absolut keinen Kontakt mehr zu den Kollegen aus seiner Kompanie hat.

Den Arreststrafen vorangegangen waren massive Einschüchterungsversuche gegen die Mannschaften der 4. Kompanie. Dort wurden Spinde und Wertfächer durchsucht, sämtliche Soldatenzeitungen und KVZs, die man fand, beschlagnahmt und anschließend 15 Kollegen pausenlos verhört, um Informationen über die Verfasser und Verteiler der Soldatenzeitungen herauszubekommen.

Diese ganze Aktion zeigt nur, wie wichtig es ist, daß sich die Kollegen in der Kaserne in einem Soldaten- und Reservistenkomitee zusammenschließen.

Sofortige Zurücknahme der Arreststrafe!

Uneingeschränkte gewerkschaftliche und politische Betätigung in der Kaserne!

- X.Y., Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Bad Segeberg

Neue Kampfformen in Chile

500 000 Menschen machten eine kirchliche Veranstaltung zu einer Kundgebung

Unter den Bedingungen der Illegalität, unter der Bedrohung jeglicher politischer und gewerkschaftlicher Betätigung mit Inhaftierung, Folter und Mord haben die chilenischen Werktätigen neue Kampfformen entwickelt, um sich gegen die Ausplünderung und Unterdrückung zur Wehr zu setzen.

Ende November letzten Jahres riefen sämtliche Organisationen des Widerstands dazu auf, sich an einer kirchlichen Kundgebung beim Maipu-Tempel 50 km westlich von Santiago zu beteiligen. Sie machten diese zu einem Protestmarsch gegen das Elend und die Unterdrückung des chilenischen Volkes. Nach Berichten der chilenischen Zeitung "El Mercurio" kamen mehr als 500 000 Menschen. Der Protest gegen die Junta wurde in den Liedern und Gebeten zum Ausdruck gebracht, die Parolen der Widerstandsorganisationen waren in leicht abgewandelten religiösen Versionen überall lautstark zu hören.

Diese Massenkundgebung im Rahmen der Kirche zeigt die augenblickliche Form, in der sich der chilenische Widerstand entwickelt. In einem Interview in der letzten KVZ hat auf diese besondere Form bereits Rene Plaza hingewiesen, der stellvertretende Vorsitzende des chilenischen Gewerkschaftsverbandes CUT und Mitglied des Politbüros der MAPU, einer Organisation des Widerstands. In folgenden weitere Berichte über ähnliche Widerstandsaktionen. "Chile Fights" vom Januar 1975, die Zeitung der englischen "Chile Solidarity Campaign", berichtet über diese Kämpfe.

"Der Streik in den Kohlenminen von Lota ist ein typisches Beispiel für die Gewalt, mit der die Streiks unterdrückt werden. In Lota marschierten sofort Truppen ein und riegelten die ganze Stadt ab. An der Küste wurden Kriegsschiffe zusammengezogen. Sie richteten ihre Geschütze auf die Stadt. Man verhaftete 100 Mann und brachte sie ins KZ Quiriquina. Zwei Führer der Streiks wurden erschossen. Mit Gewehren im Rücken wurden die Bergleute zur Arbeit gezwungen. Nach diesen Erfahrungen war restlos klar, daß gewohnte Formen des Arbeitskampfes nicht geduldet wurden ... Die Gewerkschaften mußten neue Kampfformen finden und alte wiederbeleben, die seit den Anfangsjahren in Vergessenheit geraten waren. Diese Kampfformen entwickeln sich langsam und unter Opfern."

Einige Beispiele für neue Taktiken

"... Die Bauarbeiter der U-Bahn von Santiago hefteten einen Zettel mit Lohnforderungen an die Tür der Bauleitung. Sie setzten für die Antwort eine Woche Frist. Als nach Ablauf der Woche keine Antwort kam, legten sie die Arbeit nieder. Die Bauleitung benutzte zuerst die Vorarbeiter, um die Arbeiter einzuschüchtern. Dann rief sie die Armee. Die Armee schlug den Arbeitern vor, sie sollten Vertreter delegieren und zur Bauleitung schicken. Solche Delegationen waren früher schon verhaftet worden und ihre Sprecher erschossen. So war niemand für diesen Vorschlag. Schließlich organisierte die Armee eine Versammlung aller Arbeiter und stellte fest, wenn niemand die Forderungen erklären würde, würden sie auch nicht erfüllt. Niemand sprach. Als die Versammlung gerade begann, sich aufzulösen, wurden Rufe laut: "Mehr Geld!" Sie wurden zum Massenchor. Er erfaßte die ganze Versammlung, bis völlig klar war, was jeder wollte. Eine Lohnerhöhung folgte, zwar niedriger als verlangt, aber es war ein gewonnener Kampf, ohne Verlust, ein Schritt vorwärts."

Organisierte Langsamarbeit

"In der Elektronikfabrik RCA Victor begann organisierte Langsamarbeit. Die Militärs fingen an, Führer zu verhaften. Das war das Signal für einen Streik, bei dem niemand zur Arbeit kam. Er dauerte so lange, bis die verhafteten Männer wieder da waren und die miserablen Löhne erhöht wurden."

Kampf für eine Zulage

"Ein erfolgreicher Streik in der Schuhfabrik Echepare: Die Armee hatte mehrere Tausend Stiefel bestellt. Die Lederarbeiter werden im Stücklohn bezahlt. Für Stiefel braucht man natürlich mehr Arbeit und Zeit als für Schuhe. Deshalb verlangten sie eine Zulage. Als diese nicht kam, legten die 250 Zuschneider ihre Arbeit nieder. Die Bosse holten sofort die Armee, die die ganze Abteilung mitnahm. Sofort streikte die ganze übrige Belegschaft – 1 000 Mann. Sie waren entschlossen, auszuhalten, bis ihre Klassenbrüder wieder eingestellt waren. Die Drohungen mit Entlassung und Gefängnis schreckten die Arbeiter nicht. Schließlich gaben Kapitalist und Militärs nach. Die verhafteten Männer wurden wieder eingestellt und die Zulage wurde gewährt."

Kein Arbeiter erscheint

"Es gab andere Zeichen der Arbeiter für ihren Haß und ihre Verachtung der Junta und an den unmöglichsten Orten. An der Spitze des Kampfes gegen das Nationalisierungsprogramm der Allende-Regierung hatte die Papelera (Papier-Konzern) gestanden. Ihr Besitzer ist eine der reichsten Familien Chiles. Die Gesellschaft hatte ihre Arbeiter in einer Betriebsgewerkschaft organisiert und feuerte alle, die protestierten. Unter dem Junta-Regime stellten die Arbeiter eine Lohnforderung. Als Pinochet ein Gespräch vorschlug, weigerten sie sich zu erscheinen. Ebenso wurde der Bergwerksminister wieder ausgeladen, als er die Kupfermine Chuquicamata besuchen wollten. Dort war extra eine halbstündige Pause für seine Rede angesetzt worden. Von den 10 000 Arbeitern erschienen 150."

Benutzung der Junta-treuen Gewerkschaften

"Nur sehr wenige Gewerkschaften arbeiten offen, und diese sind nahezu völlig unter der Kontrolle der Junta. Aber sogar dann ist es einmal passiert, daß eine solche Vereinigung ein Sport- und Kulturtreffen organisierte. Um ihren Gründungstag zu feiern, lud die Vereinigung katholische Priester ein, die gegen die Junta eingestellt waren. In ihren Ansprachen grüßten sie alle Vereinigungen, die von der Junta verboten worden sind."

(Übersetzung vom Chile-Komitee Hamburg)



Die Demonstration der Südkoreaner gegen die Verfolgungen durch das Park-Regime

„Nieder mit dem Park-Regime!"

Demonstration von Südkoreanern in Frankfurt

Frankfurt. Am 26.4. fand in Frankfurt eine Demonstration von etwa 60 Südkoreanern mit anschließender Kundgebung statt. Sie wurde von ebensovielen Deutschen sowie einigen Asiaten unterstützt. Die Initiative dazu ging aus vom "Forum für Demokratie in Korea", das im letzten Jahr von Südkoreanern in der BRD gegründet wurde, um die Opposition gegen die faschistische Militärdiktatur Pak Tschung-hi's auch hier voranzutreiben. Aktuell richtete sich diese Manifestation gegen:

- die am 9. April vollstreckte Hinrichtung von acht Patrioten in Südkorea, die in einem Geheimprozeß zum Tode verurteilt worden waren; Grund: angebliche Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation, der Volksrevolutionären Partei;
- das kürzlich erlassene sogenannte "Maulkorbgesetz", durch das jede Kritik am Pak-Regime – auch im Ausland – mit bis zu 7 Jahren Gefängnis bestraft wird;
- eine neue Welle von Bespitzelungen und Verfolgungsmaßnahmen gegen die in der BRD lebenden Koreanern durch den südkoreanischen Geheimdienst KCIA.

Während des Zuges durch die Frankfurter Innenstadt, den die hiesige Polizeibehörde aus Angst vor der öffentlichen Wirkung dieser mutigen Demonstration mit starken Auflagen eingeschnürt hatte, wurden folgende Sprechchöre auf Deutsch und Koreanisch gerufen: **"Nieder mit dem Pak-Regime!", "Schluß mit dem Mord an Patrioten und Demokraten!", "Für Demokratie, Freiheit und nationale Unabhängigkeit!", "Koreanischer Geheimdienst – raus aus der BRD!"**

W./H., Frankfurt–

Ausnahmezustand

im Baskenland (Nordspanien)

In der Nacht zum Samstag verhängte das Franco-Regime einen 3-monatigen Ausnahmezustand über die baskischen Provinzen.

Auch ohne Ausnahmezustand herrschte in diesen Provinzen in den letzten Monaten und Jahren der blanke Polizeiterror. Dennoch hatte sich gerade hier der Widerstand und der Kampf der Arbeiter und des Volkes besonders breit und stark entwickelt. Davon zeugen die zahlreichen Streiks, der Generalstreik im vergangenen Dezember, die Kämpfe der Stadtbevölkerung gegen die Willkür der Behör-

kerung gegen die Willkür der Behör-

den.

Die Erschießung eines üblen Polizeischergen in der vergangenen Woche diente nun als Vorwand, den Ausnahmezustand zu verhängen, um noch willkürlicher und brutaler gegen die Streiks der Arbeiter und den Kampf der spanischen Antifaschisten vorzugehen, gerade auch im Hinblick auf den 1. Mai. Gleichzeitig soll die Verhängung des Ausnahmezustandes im Baskenland Warnung und Abschreckung für die Kämpfe und Streiks der Arbeiter im restlichen Spanien sein.

Im Vorort Villaverde von Madrid trat letzte Woche die Belegschaft der Bosch-Filiale wieder in den Streik. Sie fordert die Wiedereinstellung des Kollegen, der als einziger der Kollegen, die wegen des Streiks im Herbst entlassen wurden, nicht wieder eingestellt werden soll. Am 2. Streiktag wurden die Arbeiter für zunächst 3 Tage ausgesperrt. In Barcelona, in Sevilla, in Valladolid streikten die Bauarbeiter, in Valladolid allein 8 000.

Seit dem 18. April streiken in Valladolid auch die Arbeiter der 'Fasa-Renault', zunächst 4 000 Arbeiter des Werks 2, dann alle 14 000. 51 Arbeiter wurden inzwischen als Streikführer entlassen. Ihre sofortige Wiedereinstellung wird gefordert. Mehrere Tausend auf dem Werksgelände demonstrierende Arbeiter wurden am letzten Donnerstag von bewaffneter Polizei verjagt. Vor den Werkstoren wurden sie von einer großen Menge mit Solidaritätsrufen empfangen. Die Polizei soll Schüsse über die Menge hinweg abgegeben haben.

Die Studenten in Valladolid führen nach wie vor einen hartnäckigen Kampf für die Wiedereröffnung der seit Monaten geschlossenen Universität. Gleichzeitig unterstützen sie den Kampf der Arbeiter.

Nach letzten Meldungen sollen die streikenden Renault-Arbeiter ihren Streikkampf gegen die Renault-Kapitalisten ausgedehnt haben auf einen sog. 'Wirtschaftsstreik' gegen die zahlreichen Kleinkapitalisten am Ort, die sie tagtäglich finanziell ausbeuten. Wie es heißt, wollen die Renault-Arbeiter damit zeigen, daß nicht die Arbeiter von den Kapitalisten abhängig sind, sondern umgekehrt die Kapitalisten von ihnen.

Italien

Italien

Antifaschismus in Worten

In Taten scharfe Gesetze gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes

Für die Arbeiterbewegung in Italien hat sich in den letzten Tagen und Wochen die politische und ideologische Situation kompliziert. Den Ausgangspunkt kann man mit der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" so sehen: "In dem gemeinsamen Feind scheinen die zerstrittenen Demokraten (von den regierenden Christdemokraten bis hin zu den Kommunisten) das Verbindende entdeckt zu haben. Die Ablehnung der Faschisten." (23. April)



Mailand. 50 000 Menschen nahmen an der Beerdigung von G. Zibecchi teil, der von den Faschisten erschossen wurde.

In letzter Zeit nahmen Millionen Italiener an Protestdemonstrationen teil gegen die blutigen Provokationen seitens der Faschisten, der Polizei bzw. ziviler Spezialeinheiten, die in Florenz ein Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens erschossen. Am 22. April gaben 12 Millionen Arbeiter und Angestellte in einem vierstündigen Generalstreik erneut ihrem Protest gegen ihre unsichere ökonomische Lage und die Übergriffe von Polizei und Faschisten deutlichen Ausdruck. In diese Mobilisierungsphase fiel der 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durch den bewaffneten Volksaufstand. Das Thema Faschismus spielt also gegenwärtig eine zentrale Rolle in der politischen Debatte und in der Propaganda der Parteien.

Die Geschichte wird umgelogen

Von zentraler Bedeutung gerade in diesen Tagen ist die Behauptung, die heutige italienische Republik sei direktes Ergebnis des Widerstandskrieges gegen den Faschismus. Staatspräsident Leone (Christdemokrat) etwa sagte auf einer Gedenkveranstaltung, daß die "im Widerstandskampf Gefallenen von einer neuen, freien und gerechten Gesellschaft geträumt haben". Das sei erreicht worden, und heute müsse man "die Sicherheit der kollektiven und demokratischen Ordnung bewahren". (Corriere della Sera vom 25. April) Die Direktion der Kommunistischen Partei Italiens fordert Wachsamkeit, "um eine wirksame Aufgabenerfüllung von seiten der öffentlichen Gewalten zur Sicherung der Institutionen zu erreichen, die aus dem Widerstandskampf entstanden sind". (L'Unita vom 24. April)

Das ist falsch. Die heutige Republik ist Ergebnis einer Niederlage der Arbeiterklasse nach dem Sieg über die deutsche Besatzermacht. Durch den gelungenen Aufstand gegen die Besatzer, insbesondere in Norditalien, wurde von den Arbeitern die politische Macht erobert. Das Volk war bewaffnet, schuf sich seine eigene Administration und vertrieb die Kapitalisten aus den Fabriken.

Um sich an einer Koalitionsregierung mit der Democrazia Cristiana beteiligen zu können und unter dem Druck der amerikanischen Militärmacht und des Bürgertums unterstützte die Kommunistische Partei Italiens das Projekt eines Wiederaufbaus eines kapitalistischen Staates mit demokratischen Verzierungen. Die politischen Komitees wurden aufgelöst, die Waffen der Arbeiter eingesammelt, und die Kapitalisten wurden wieder in ihre alten Rechte eingesetzt.

Man sagt Faschisten und meint die Arbeiterbewegung

Gerade die antifaschistische Einstellung des italienischen Volkes ist für die bürgerlichen Parteien ein Ansatzpunkt für politische Manöver. Fallen Schüsse aus Pistolen von Faschisten, dann erheben die bürgerlichen Parteien sofort ein Geschrei, daß die "antifaschistische Republik" in Gefahr sei. Die letzte Gelegenheit ergriff die Regierungskoalition, um im Eilverfahren scharfe Gesetze zur "Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung" beschließen zu lassen. Der Gesetzentwurf sieht u.a. folgende Bestimmungen vor:

"Obligatorischer Haftbefehl für Gewalttaten gegen die Ordnungskräfte. Möglichkeit einer Identifizierung und Durchsuchung von Personen, die in der Umgebung von Kommunikations-, Transportanstalten und öffentlichen Ämtern in einer verdächtigen Haltung überrascht werden. – Gebrauch von Waffen oder anderer physischer Zwangsmittel seitens der öffentlichen Gewalt, wenn andere Mittel zur Verhinderung blutiger Massaker nicht ausreichen." (La Stampa vom 23. April)

Diese Gesetze geben dem bürgerlichen Staat eine scharfe Waffe gegen die Kämpfe der Arbeiter und des Volkes in die Hand. Sie stärken die Organe des bürgerlichen Staates und erweitern nicht die Rechte des Volkes. Gegen den Faschismus kann nur der Kampf des Volkes erfolgreich sein, und im Kampf gegen den Kapitalismus und seinen Staat wird der Faschismus geschlagen, der eine Herrschaftsform der bürgerlichen Klasse ist.

Gegen diese reaktionären Gesetze gibt es von keiner parlamentarischen Partei in Italien eine grundsätzliche Ablehnung. Während der Debatte darüber in der Kammer erklärte der Fraktionsführer der Kommunistischen Partei Italiens, Natta, daß er besonders das Eilverfahren ablehne, "wenn man eine möglichst breite Basis des Einvernehmens über die Instrumente und die Aktion zur Sicherung der demokratischen Ordnung erreichen will" (L'Unita vom 24. April).

Wen wundert's noch, daß das Hausblatt des führenden Monopolkapitalisten Agnelli (FIAT) "La Stampa" dem Regierungschef Moro hinter die Ohren schreibt, er dürfe "nicht die Bedeutung des Beitrages unterschätzen, den die Kommunistische Partei Italiens zur Verteidigung der zivilen Ordnung anbietet". (23. April)

J.W./Red.

Wirtschaftliche Abhängigkeit von der UdSSR

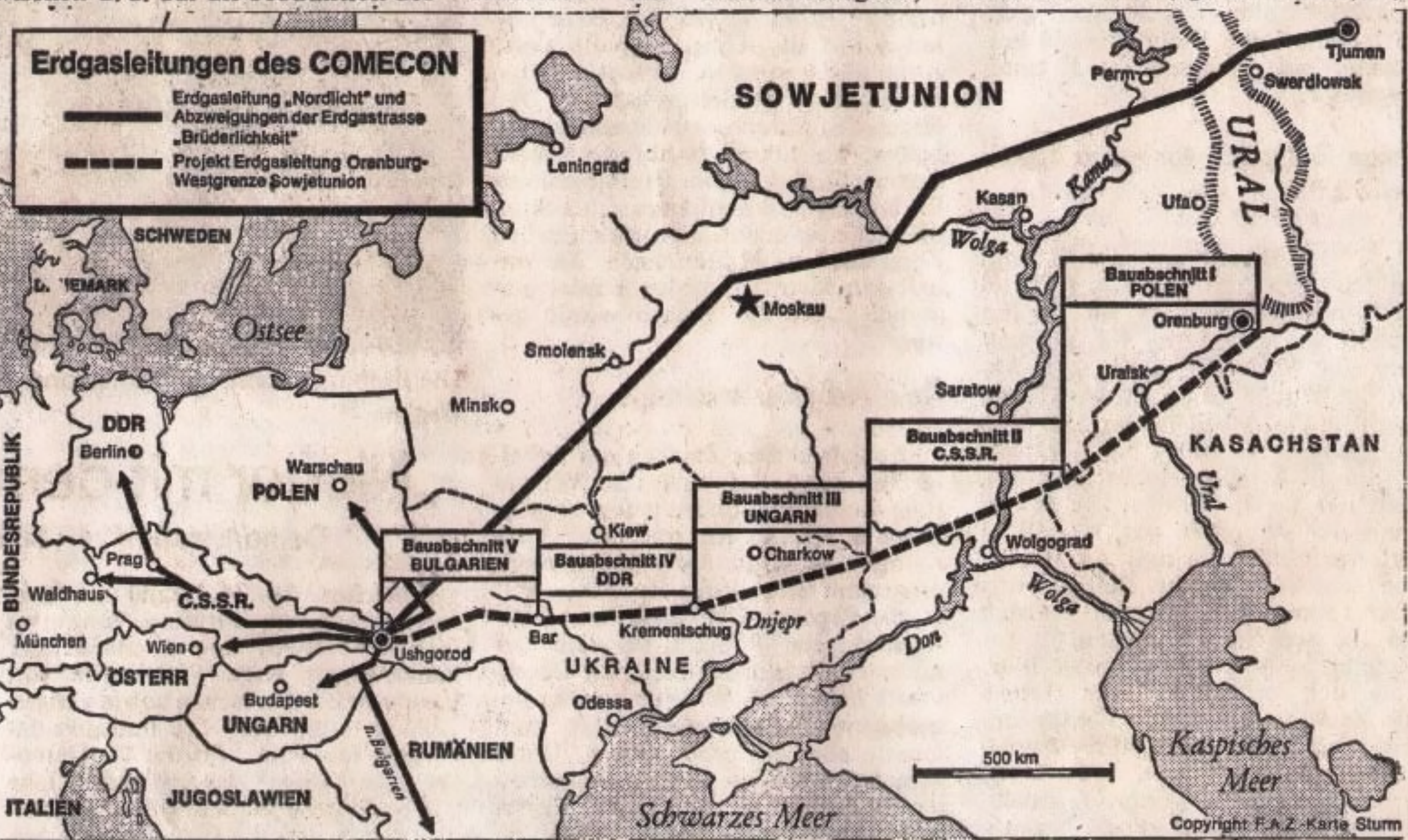
"Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" – Die Ausgebeuteten zum Schmieden der eigenen Ketten gezwungen

Die UdSSR hat sich im "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" ein Instrument geschaffen, mit dem die anderen Mitglieder (DDR, Polen, CSSR, Bulgarien, Rumänien, Mongolische Volksrepublik, Kuba und als assoziiertes Mitglied Jugoslawien) in der Rolle abhängiger und ausgebeuteter Objekte der UdSSR gehalten werden.

Seit 1962 beruht die Entwicklung des "Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) auf den sogenannten "Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung". An die Stelle der proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaften aller beteiligten Länder, die ihnen eine Entwicklung aus eigener Kraft und in Unabhängigkeit gesichert hätte, trat damit ein Programm, das die kleineren Länder des RGW in die Rolle von Zulieferländern für die UdSSR und für den von der UdSSR kontrollierten Markt der anderen RGW-Staaten zwingt.

"Ökonomische Integration"

Das 1971 angenommene "Komplexprogramm der ökonomischen Integration" ist ein großer weiterer Schritt auf diesem Weg. Die Spezialisierung ganzer nationaler Industrien auf wenige Produkte erstreckt sich inzwischen u. a. auf die Produktion des Traktoren- und Landmaschinenbaus, auf die Herstellung von Werkzeugmaschinen, Schmieden und Pressen für den Gerätebau sowie auf den Traktoren- und Kraftfahrzeugbau, Schiffbau. Allein im Maschinenbau sind rund 1 700 Erzeugnisse dem Spezialisierungsprogramm zwischen den Ländern unterworfen.



"Ökonomische Integration" – ein Deckname für wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion

Das ökonomische Zwangsmittel, mit dem die UdSSR den kleineren RGW-Ländern die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der neuen Ausbeuterklasse der UdSSR diktiert, ist ihr Monopol bei der Lieferung von Roh- und Brennstoffen. Abgesehen von Rumänien, das größere eigene Erdölvorkommen besitzt, beziehen Länder wie die DDR oder Ungarn 80 bis 90 % ihres Roh- und Brennstoffbedarfes aus der UdSSR.

Bezahlen müssen diese Länder mit Fertigprodukten. Laut Statistischem Jahrbuch der DDR 1974 lieferten im Jahr 1973:

Die UdSSR an die DDR: Steinkohle, Koks, Erdöl, Schwarzmetalle, Stahlschrott, Roheisen, Hochofenlegierungen, Formstahl, niedrigschmelzende Schwarzmetalle, Leichtmetalle mit deren Legierungen, Aluminiumbleche und -bänder, phosphorhaltige Rohstoffe, Rohasbest, Phenol, Schnittholz, Schwellen, Sulfitzellstoff, Papier, Karton, Baumwolle, Wolle, Jute, Garne, Pflanzenöle, Getreide.

Baumaschinen, Werkzeugmaschinen, Schienenfahrzeuge, Personen- und Lastkraftwagen, Traktoren, Verbrennungskraftmaschinen, Elektrotechnische und elektronische Erzeugnisse, Maschinen und Ausrüstungen für die Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie, Radios.

Die DDR an die UdSSR: Maschinen und Ausrüstungen der chemischen Industrie, Werkzeugmaschinen, Maschinen und Ausrüstungen für die Plast- und Elastverarbeitung, Maschinen und Ausrüstungen für die polygraphische Industrie, Maschinen und Ausrüstungen für die Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie, Güter- und Spezialwagen, See- und Küstenfahrgastschiffe, Fischereifahrzeuge, Traktoren und Landmaschinen, Hebezeuge und Fördermittel, Pumpen, Verbrennungskraftmaschinen, Elektromaschinen, Hoch- und Niederspannungsschaltgeräte, Kabel und Leitungen, Rechen-, Buchungs- und Fakturiermaschinen, Schreibmaschinen, optisch-mechanische Geräte.

Synthetischer Kautschuk, Hilfsmittel für die Chemiefaser-, Textil-, Leder-, Rauchwaren- und Papierindustrie, Pflanzenschutzmittel, fotochemische Erzeugnisse, Erzeugnisse der Glas- und Feinkeramikindustrie, Möbel, Teppiche, Kleidung, Schuhe, Spielwaren.

Alle arbeiten für den Sozialimperialismus

Die UdSSR liefert also vor allem Roh- und Brennstoffe sowie einige Erzeugnisse der Maschinenindustrie. Die DDR liefert ausschließlich Erzeugnisse der Maschinenindustrie und einige Produkte der Chemie- und der Leichtindustrie. Die UdSSR ist an der Aufrechterhaltung und Zementierung dieses Verhältnisses brennend interessiert. Es erlaubt ihr nämlich, mittels eines Systems ungleicher Preise die anderen RGW-Länder für sich arbeiten zu lassen (vgl. KVZ Nr. 9/75).

Ein bedingungsloser Verteidiger dieser Verhältnisse schrieb in der "Einheit", dem theoretischen Organ der SED:

"Man muß hier betonen, daß sich Elemente der sozialistischen ökonomischen Integration zwar eine relativ lange Periode hindurch angesammelt haben, der organisierte und bewußt gelenkte Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration aber erst in jüngster Zeit begonnen hat – seit der Ausarbeitung und Annahme des Komplexprogramms. Der Haupteffekt *steht noch bevor."* (1/74)

Abhängigkeit vom russischen Erdöl

In Gestalt der Erdgasleitung von Orenburg bis an die Westgrenze der UdSSR (Anschluß an das bestehende osteuropäische Erdgasnetz), mit deren Bau dieser Tage begonnen wird, liegt ein schönes Beispiel dieses inzwischen eingetretenen "Haupteffektes" vor.

Die Orenburger Erdgasleitung soll die schon bestehenden Gas- und Ölleitungen Almetjewsk-Schwedt und Tjumen-Brandenburg (siehe obenstehende Karte) ergänzen. Sie ist eines der vier, fünf größten RGW-Projekte. Mit ihrer Hilfe sollen die auf 16 Billionen Kubikmeter Erdgas geschätzten Vorräte der UdSSR ausgebeutet werden.

Ihre Länge ist auf 2 750 km geplant, ihr Durchmesser beträgt 1420 mm. Nach ihrer Fertigstellung sollen täglich 100 Millionen Kubikmeter Erdgas transportiert werden.

Wer baut und bezahlt nun die Leitung und wer profitiert von ihr? *"Die Pipeline wird von den beteiligten RGW-Ländern gemeinsam finanziert und errichtet, während die Sowjetunion als Generalprojektant und Auftraggeber fungiert."* (aus der sowjetischen Zeitschrift "Neues Leben", 15/75)

Die Sowjetunion läßt sich eine Erdgasleitung bauen.

Und das sieht dann so aus: Die Rohre sind in westlichen Ländern gekauft, so für 1,5 Milliarden DM in der BRD (950 000 Tonnen geschweißte Gußrohre), für 2,4 Milliarden Schilling in Österreich (200 000 Tonnen). Weitere Aufträge werden von Italien und Frankreich ausgeführt. Diese Rohre werden jedoch von der UdSSR nicht gleich bezahlt, sondern auf Kredite der Deutschen Bank, der Österreichischen Kontrollbank u. a. geliefert. Bezahlt werden die Kredite nach Fertigstellung der Leitung mit 30 bzw. 20 Milliarden Kubikmeter Gas an die BRD und Österreich bzw. entsprechende Mengen an Italien und Frankreich (Süddeutsche Zeitung, 29.10.74, Neue Züricher Zeitung, 9.10.74, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.4.75). Die UdSSR liefert also kein einziges Rohr und bezahlt vorläufig keinen Rubel.

Gebaut wird die 1 m unter der Erde verlaufende Leitung von den kleineren RGW-Staaten. Die CSSR z. B. hat einen Abschnitt von 562 Kilometern Länge zu bauen. Dabei müssen die an der Kreuzungsstelle 3,6 km breite Wolga und der Don überquert werden. 6 000 tschechoslowakische Arbeiter werden zur Zeit auf die Baustelle gebracht (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.4.75).

Die DDR muß 'Freundschaftsdienste' leisten

Die DDR hat einen 550 km langen Abschnitt zu bauen, und zwar das Stück von Kremetschung bis Bar (vgl. Karte). Außer Straßen und Eisenbahnlinien kreuzt die Leitung in diesem Abschnitt 20 Flüsse und Kanäle, darunter den Dnjeper und den Bug. Die Leitung soll auf einer Breite von 1,5 km den Dnjeper unterqueren, der Bug soll von einer 200 m langen Hängebrücke überspannt werden (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.11.74). Ein besonderes Problem werden 40 bis 60 km Sumpf darstellen, durch den die Leitung führen wird (Neues Deutschland, 22./23.3.75).

5 der 22 Verdichterstationen der Leitung sind von der DDR in ihrem Abschnitt zu bauen, daneben Nachrichtenverbindungen, Wohnungen und Straßen an der Trasse (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.11.74). Im DDR-Abschnitt der Trasse sind u. a. 2,5 Millionen Tonnen Lasten zu transportieren, 400 000 Tonnen Stahlrohre zu verlegen und 20 Millionen Kubikmeter Erdmasse zu bewegen (Unsere Zeit, 15.11.75).

Wieviele Jungarbeiter von der FDJ, die die Organisation in der DDR übernommen hat, für zwei Jahre auf die Baustelle geschafft werden, ist bisher nicht bekannt.

Jedenfalls arbeiten zahllose Betriebe in der DDR zur Zeit an Aufträgen für den Trassenbau, so z. B. die Firma Kfz-Instandhaltung Erdgasleitungsbau in Rostock (Neues Deutschland, 22./23.3.75), die Firma Ferngasleitungsbau Engelsdorf (ND, 8./9.3.75), das Karrosseriewerk Dresden, die Firma Norbas Nordhausen (ND, 14.3.75), die Firma Industrie- und Kraftwerksrohrleitungen Bitterfeld (ND, 7.2.75), die Firma Starkstromanlagenbau Sangerhausen (ND, 12.2.75). Die von der DDR bereitzustellenden Investitionen werden auf 2,8 bis 3,3 Milliarden DM geschätzt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.2.75).

Die übrigen Teile der Leitung werden von Bulgarien, Ungarn und Polen
den von Bulgarien, Ungarn und Polen
gebaut (vgl. Karte).

Auch hier wieder bezahlt die UdSSR keinen Rubel und sie tut beim Bau keinen Handschlag. Die sowjetische Zeitschrift "Neues Leben" schreibt zur Frage der Beteiligung der UdSSR an den Investitionen für den Bau der Leitung: *"All das (an Arbeit) wird bei der Endabrechnung berücksichtigt, um den Anteil eines jeden Partners an den Gasimporten aus der Sowjetunion zu ermitteln."* (15/75) Auch hier werden also die Schulden von der UdSSR nach Fertigstellung der Leitung in Form von Gaslieferungen zurückbezahlt.

Die Abhängigkeit wird verstärkt

Die Vorteile, die sich die UdSSR bei diesem Projekt gesichert hat, sind sehr groß: Ohne eine einzige größere Investition zu tätigen, erhält sie die größte Erdgasleitung der Welt. Sie wird ihr am 1.10.1978 "schlüsselfertig" übergeben. Die überschlägig 6 Milliarden Schulden bei westlichen Ländern (für die Rohrlieferungen) und die ca. 12 Milliarden Schulden bei den kleineren RGW-Ländern (für den Bau der Leitung) werden durch die Lieferung von 240 Milliarden Kubikmetern Gas im Laufe von 10 Jahren bezahlt.

Nach zehn Jahren gehört die Rohrleitung der UdSSR. Ein Teil der Lieferungen (15,5 Milliarden Kubikmeter im Jahr) soll dann künftig in die RGW-Länder gehen (Neuer Weg, 3/75), 20 Milliarden Kubikmeter pro Jahr nach Italien, Frankreich, Österreich und die BRD.

Geht man von den heutigen Gaspreisen aus, wird die UdSSR dann Jahr für Jahr für ihre Gaslieferungen 1,8 Milliarden DM einstreichen – ohne je einen einzigen Handstreich getan zu haben. Die Gaspreise werden jedoch ohne Zweifel in Zukunft von der UdSSR weiter hinaufgesetzt werden.

Die Länder Westeuropas werden durch das Projekt ein Stück abhängiger von der UdSSR. Die kleineren RGW-Länder jedoch werden sich mit eigenen Mitteln, unter Zwang der UdSSR, die Ketten geschmiedet haben, die sie weiterhin auf Gedeih und Verderb der UdSSR ausliefern. Sollten sie den Versuch machen, sich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung von seiten der UdSSR aufzulehnen, werden sie sich der Drohung gegenübersehen, daß ihnen eben dann die Gaszufuhr gesperrt wird.

–Mo–

Arbeiterstreiks in Polen

Wachsende Unzufriedenheit der polnischen Arbeiterklasse

Die Werftarbeiter von Gdansk, Gdynia und Szczec in Polen haben im letzten Jahr Arbeitskämpfe gegen neue Arbeitsnormen und Akkordsysteme durchgeführt. Dies berichtet die "Czerwony Sztandar", die Zeitung der illegalen kommunistischen Partei Polens.

Die Arbeiter in den Küstenstädten haben im Sommer ihr Arbeitstempo verlangsamt und die Überstundenarbeit verweigert. Dies hatte folgende Auswirkungen: Im Juli und Ende August waren in den Häfen von Gdansk und Gdynia über 180 Handelsschiffe mit eineinhalb Millionen Tonnen Lebensmitteln verankert und nicht gelöscht worden.

Trotz Zensuren verbreitete sich das Beispiel der Werftarbeiter in anderen Städten und sogar im Ausland. Die revisionistischen Führer Polens begannen mit Hilfe der Armee einen "gewaltsamen Dialog" mit den Arbeitern. Dem Beispiel Gomulkas folgend, setzte die Regierung Gierek Militär ein, diesmal als Streikbrecher.

Die Zeitung berichtet, daß es in vielen polnischen Betrieben Streiks gegeben hat, besonders im Bergwerk, in der Metallindustrie und in der chemischen Industrie.

Die revisionistische Presse erwähnt mit keinem Wort die Proteste und Kämpfe der Arbeiter.

Die "Czerwony Sztandar" unterstreicht besonders die Solidarität der übrigen Arbeiter mit den Streikenden. Zum Beispiel wurden die Werftarbeiter während ihres letzten Streiks von Arbeitern aus den Fabriken von Elglong und Tchev unterstützt.

In diesem Jahr haben die Arbeiter in der Chegialsk-Fabrik in Posnan und in der Pafavang-Fabrik in Vrochllav gestreikt. Auch die Eisenbahner in Norg Soch haben gestreikt.

Dies alles ist ein Zeichen der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit der bürgerlichen Politik Giereks.

Die Zeitung schreibt weiter, daß die Arbeiterklasse den Verrat gegen die Revolution und den Sozialismus nicht hinnehmen wird. Sie wird ihren Kampf gegen die kapitalistische Entwicklung und gegen die Macht der Revisionisten fortsetzen, mit dem Ziel, die bürgerliche Diktatur endgültig zu stürzen.

A., Hamburg

Jugoslawische Zustände

450 000 Arbeitslose / Widerstand wurde unterdrückt

Über die Lage der Arbeiterklasse in Jugoslawien sind einige neue Tatsachen bekannt geworden, die allen denjenigen vorgehalten werden müssen, die, wenn auch nur noch leise, vom "jugoslawischen Modell des Sozialismus" schwärmen.

Angaben von Korrespondenten zufolge wird von offiziellen jugoslawischen Stellen die Zahl der Arbeitslosen für 1974 mit 450 000 gegenüber 4,4 Millionen Beschäftigten angegeben (Neue Züricher Zeitung vom 27. März). Die Arbeitslosenquote beträgt also über 10 %. Selbst das "Neue Deutschland", sonst ein verständnisvoller Verteidiger des so genannten "Aufbaus des Sozialismus in Jugoslawien", gibt am 7. März die Zahl der Arbeitslosen allein in Belgrad mit 39 000 an.

Von den 450 000 Arbeitslosen erhalten jedoch zur Zeit überhaupt nur 60 000 Arbeitslosenunterstützung. Der Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung berichtet, daß nur diejenigen eine Unterstützung erhalten, "die nachweislich keine Existenzbasis besitzen. Wer also zum Beispiel Verwandte hat, bei denen er wohnen und essen kann, fällt nicht in diese Kategorie."

Eine Meldung von Associated Press aus Belgrad vom 1. April verdient deshalb besondere Bedeutung. Meldungen westlicher Korrespondenten oder Agenturen zeichnen sich sonst dadurch aus, daß sie, entstanden in den einschlägigen Bars oder nach den offiziellen Pressekonferenzen, die Lage der Arbeiter und die Regungen ihres Widerstandes vernachlässigen. Die AP-Meldung ist eine Ausnahme; sie sei deshalb hier vollständig mitgeteilt:

"Das Belgrader Bezirksgericht hat nach Mitteilung unterrichteter Kreise am Dienstag den 54-jährigen Jugoslawen M. Tomic wegen staatsfeindlicher Propaganda zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, Tomic habe über einen längeren Zeitraum im Ausland, und hier wiederum besonders unter jugoslawischen Emigranten, das Gerücht verbreitet, daß die wirtschaftliche Lage in Jugoslawien äußerst schlecht sei. Er habe Unwahrheiten über die soziale und politische Situation in die Welt gesetzt und sich, unter Verteidigung stalinistischer Politik, gegen die Selbstverwaltung der Betriebe ausgesprochen."

Man sieht: Die neue herrschende Ausbeuterklasse fürchtet sehr, daß sich die Regungen des Widerstandes unter den Arbeitern zu bewußter Einsicht entwickeln.

Die Verurteilung dieses einen Arbeiters zur unerhörten Strafe von dreieinhalb Jahren Gefängnis wiegt tausendmal schwerer als die Streitigkeiten innerhalb der bürgerlichen Klasse in Jugoslawien, ob nun einige ihrer Professoren einen noch größeren Blödsinn verzapfen dürfen als regierungsamtlich vorgeschrieben oder nicht. Aber diese Verurteilung wird nicht verhindern können, daß sich die Widerstandsregungen in der Arbeiterklasse zu bewußter Einsicht formen, daß die neue Ausbeuterklasse beseitigt werden muß.

–Mo–

Außergewöhnliches Tempo beim Aufbau

Berichte aus den befreiten Gebieten Südvietnams

Über ein "außergewöhnliches Tempo" bei der Übernahme der Verwaltung, der Wiedereröffnung von Schulen und öffentlichen Einrichtungen, bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln berichten westliche Korrespondenten, die nach der Räumung Da Nangs durch die Saigoner Marionettentruppen in der Stadt geblieben sind. Dieses "außergewöhnliche Tempo" hat darin seine Ursache, daß nicht fremde Eroberer in die Stadt gekommen sind, sondern mit den Volksbefreiungsstreitkräften die revolutionären Organisationen des Volkes selbst mit dem Aufstand aus dem Untergrund hervorgetreten sind.

Der Korrespondent von "Le Monde" in Da Nang bestätigt das: **"Die Frauen von Da Nang haben zweifellos im März sehr viel beigetragen zur Übergabe der Saigoner Truppen."** (24. April)

Zurück aus den Elendsquartieren auf das befreite Land

Die revolutionäre Verwaltung der Großstadt mit ihren 700 000 Einwohnern steht trotz der Unterstützung durch das Volk natürlich vor großen Schwierigkeiten. **"Diese Bevölkerung muß ernährt werden, muß Arbeit erhalten, muß entlohnt werden. Das Problem wird deshalb so schwierig, weil die Saigoner Fassade plötzlich ohne Vorankündigung zusammengebrochen ist."** (Le Monde vom 22. April)

Das Problem ist um so größer, weil der weit überwiegende Teil der Stadtbevölkerung aus Bauern besteht, die durch die Bombenangriffe von ihrem Land vertrieben waren und in den Elendsquartieren vegetieren mußten. Die meisten von ihnen sind schon lange ohne Arbeit. Gelöst werden kann dieses Problem nur durch Rückkehr auf das Land, nachdem jetzt der Feind vertrieben ist. Der Korrespondent von "Le Monde" berichtet: **"Am Stadtausgang von Da Nang kann man zahlreiche Familien sehen, die ihre aus Holz gebauten Häuser abreißen und die Dachpfannen zusammentragen und aufstellen. Das ganze Material wird dann auf Lastwagen geladen. In einem anderen Distrikt werden wir andere Familien sehen, wie sie dabei sind, dieselbe Art von Häusern wieder aufzubauen."** (Le Monde vom 24. April)

Nicht mehr länger Diener der Imperialisten sein

Einem anderen französischen Journalisten in Da Nang **"fällt als erstes ins Auge, daß die Straßenhändler und Bettler aus dem Straßenbild verschwunden sind. Ein Angehöriger der neuen Vietcong-Militärregierung habe erklärt, man habe sich vordringlich 'mit den Arbeitslosen, den Prostituierten und allen, die ohne Unterstützung waren', befaßt. Man habe 'diese Stadt des moralischen Verfalls umgekrempelt'."** (Neue Züricher Zeitung vom 23. April)

Unter den Amerikanern hatte sich diese Stadt vom Krieg ernähren müssen, den die USA dem Land aufzwangen. Sie diente dem großen US-Stützpunkt als Etappe und Bordell. Das Elend wohnte in den Barackenlagern der Vorstädte, während im Zentrum diejenigen flanierten, die am Krieg reich geworden waren. Heute hat sich das Bild geändert. **"Die hübschen heranwachsenden Mädchen und die Söhne der Beamten und Händler sind immer wieder von Erstaunen ergriffen über die Bescheidenheit der Kader und der revolutionären Kämpfer. Im Augenblick sind auch die Saigoner Soldaten, die in Da Nang geblieben sind, darüber verwundert."** (Le Monde vom 22. April)

Arbeiter und Bauern nehmen den Aufbau in die Hand

Sieger über die Supermacht USA sind vor allem die arbeitenden Klassen Vietnams, die Arbeiter und die Bauern, die für die Unabhängigkeit des Landes einen unerbittlichen Kampf geführt haben und die sich jetzt anschicken, eine für sie nützliche Ordnung einzurichten. Es ist eine durch nichts bestätigte Propagandalüge der USA, daß dabei die Ausbeuterklassen des Landes und die Parasiten, die mit den USA zusammengearbeitet haben, umgebracht würden. Verlangt wird allerdings von ihnen, daß sie arbeiten und mit Hand anlegen beim Aufbau des Landes. Aus Da Nang berichten französische Journalisten, **"Beamte des bisherigen Saigoner Regimes, die 'ihre Fehler eingesehen' hätten, seien 'produktiver Tätigkeit' zugeführt worden."** (Neue Züricher Zeitung vom 23. April)

Mit der bisherigen Herrlichkeit hat es freilich ein Ende: **"Die Beamten erhalten 100 Piaster täglich, außerdem monatliche Reisrationen von 18 Kilo für jeden Erwachsenen in der Familie. Eine Lehrerin stellt fest: 'Das ist ein Unterschied zur Vergangenheit.' Damals erhielt sie 23 000 Piaster monatlich. Das Leben also ist härter, zumindest für jene, die eine gut bezahlte Arbeit hatten."** (Le Monde vom 22. April)

Für die Arbeiter und Bauern in Südvietnam, d.h. für weit über 80 % der Bevölkerung, wird das Leben nicht härter. Sie können zum ersten Mal wieder aufatmen. Nach dreißig Kriegsjahren leben sie zum ersten Mal

lüge der USA, daß dabei die Ausbeuterklassen des Landes und die Parasiten, die mit den USA zusammengearbeitet haben, umgebracht würden. Verlangt wird allerdings von ihnen, daß sie arbeiten und mit Hand anlegen beim Aufbau des Landes. Aus Da Nang berichten französische Journalisten, "Beamte des bisherigen Saigoner Regimes, die 'ihre Fehler eingesehen' hätten, seien 'produktiver Tätigkeit' zugeführt worden." (Neue Züricher Zeitung vom 23. April)
Mit der bisherigen Herrlichkeit hat es freilich ein Ende: "Die Beamten erhalten 100 Piaster täglich, außerdem monatliche Reisrationen von 18 Kilo für jeden Erwachsenen in der Familie. Eine Lehrerin stellt fest: 'Das ist ein Unterschied zur Vergangenheit.' Damals erhielt sie 23 000 Piaster monatlich. Das Leben also ist härter, zumindest für jene, die eine gut bezahlte Arbeit hatten." (Le Monde vom 22. April)
Für die Arbeiter und Bauern in Südvietnam, d.h. für weit über 80 % der Bevölkerung, wird das Leben nicht härter. Sie können zum ersten Mal wieder aufatmen. Nach dreißig Kriegsjahren leben sie zum ersten Mal
im Frieden. Sie haben ihn sich hart erkämpfen müssen. Die Korrespondenten berichten aus Gegenden, die als Schlachtfelder bekannt geworden waren: **"In der Gegend von Hoi An gehen die Bauern und Fischer in den Reisfeldern und kleinen Häfen wieder ihrer Beschäftigung nach."**

–W.M.–

Durch den Verkauf des Linolschnitts "Für ein vereinigtes, demokratisches, blühendes Vietnam" konnten 86 DM zur Unterstützung des Kampfes des vietnamesischen Volkes überwiesen werden.

C., Braunschweig

Durch den Verkauf des Linolschnitts "Für ein vereinigtes, demokratisches, blühendes Vietnam" konnten 86 DM zur Unterstützung des Kampfes des vietnamesischen Volkes überwiesen werden.
C., Braunschweig

Spendenkonto der Indochina-Komitees:
Vietnam: 13 024 50; Kambodscha: 43 750 92
Bezirkssparkasse Heidelberg, H. Leberl



Westberlin, 24.4. Die Berliner Schüler Union (BSU) hat zu Demonstrationen gegen den 'kommunistischen Terror in Südvietnam' aufgerufen. Betretene Gesichter bei den CDU-Honorationen in der ersten Reihe: Schüler waren trotz der 30 000 verteilten Flugblätter nicht gekommen. Denn nicht einmal ein Viertel der etwa 800 Mitglieder der Berliner Schüler Union war dem Aufruf gefolgt. So mußte CDU-Fraktionsvorsteher Lummer mit dem "harten Kern" von 200 Schülern und 800 Polizisten gegen den "kommunistischen Terror in Südvietnam" alleine demonstrieren.

Zwei Klassen, zwei Standpunkte

Ein verlorenes Paradies der Imperialisten

"Phnom Penh war eine Oase der Menschlichkeit" unter diesem Titel hat Adelbert Weinstein, ehemals Generalstäbler in der Nazi-Wehrmacht, jetzt Militärberichterstatter für die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' am 18.4. seine Erinnerungen an Phnom Penh dargelegt. Nachdem seine Leute, die Amerikaner und ihre Marionetten, gegen das kambodschanische Volk verloren haben, ist Schluß mit der Militärschriftstellerei. Zurück blickt der Bürger, der ein Paradies für Kolonialherren verloren hat.

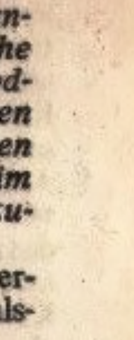
In wehmutsvoll verklärten Bildern gibt Weinstein das gehobene Lebensgefühl der Oberschicht wieder. So erinnert er sich an die Stadt, in der die Mehrzahl der Bewohner Flüchtlinge waren, die in Elendsquartieren vegetieren mußten: *"Auch als die Stadt bereits von Flüchtlingen überquoll ... hat dieses Volk seine Heiterkeit nie verloren. Ein lachender Soldat hinter Sandsäcken, ein schmunzelndes Mädchen mit blauschwarzem offenem Haar, bunt wie ein Schmetterling, das mit einem jungen Mann flirtet, eine zufrieden blickende Frau mit einem Kind auf dem Rücken, ein pfiffiger, grinsender Taxifahrer – das ist für uns Phnom Penh."*

Dieses Idyll soll dem Leser suggerieren: das Leben unter dem Marionettenregime war herrlich – jetzt ist das vorbei.

Vorbei ist jetzt allerdings, was in Wirklichkeit das Phnom Penh solcher Leute wie Weinstein war. Vorbei ist das von Weinstein geschilderte Leben der Vertreter des reichen, faulen und überfressenen Kambodschas der Gutsbesitzer und Imperialisten: *"Man traf sich in Phnom Penh im Royal. ... Selbst in den Tagen des Raketenbeschusses und der Hiobsnachrichten war sein Swimmig-Pool überfüllt. Hier begegneten sich Diplomaten und Geschäftsleute, Damen der französischen Gesellschaft und zierliche samthäutige Teenager der kambodschanischen Oberschicht. An den weißen Tischen im Garten saßen Leute, die sich wenige Tage vorher im Mandarin in Hongkong oder im Okura in Tokio getroffen hatten."*

Wen wunderts, daß bei solchen Verlusten bürgerliche Militärs zu Gefühlsduslern werden.

–B.H., Marburg/Red.–



"Phnom Penh war eine Oase der Menschlichkeit" unter diesem Titel hat Adelbert Weinstein, ehemals Generalstäbler in der Nazi-Wehrmacht, jetzt Militärberichterstatter für die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' am 18.4. seine Erinnerungen an Phnom Penh dargelegt. Nachdem seine Leute, die Amerikaner und ihre Marionetten, gegen das kambodschanische Volk verloren haben, ist Schluß mit der Militärschriftstellerei. Zurück blickt der Bürger, der ein Paradies für Kolonialherren verloren hat.
In wehmutsvoll verklärten Bildern gibt Weinstein das gehobene Lebensgefühl der Oberschicht wieder. So erinnert er sich an die Stadt, in der die Mehrzahl der Bewohner Flüchtlinge waren, die in Elendsquartieren vegetieren mußten: "Auch als die Stadt bereits von Flüchtlingen überquoll ... hat dieses Volk seine Heiterkeit nie verloren. Ein lachender Soldat hinter Sandsäcken, ein schmunzelndes Mädchen mit blauschwarzem offenem Haar, bunt wie ein Schmetterling, das mit einem jungen Mann flirtet, eine zufrieden blickende Frau mit einem Kind auf dem Rücken, ein pfiffiger, grinsender Taxifahrer – das ist für uns Phnom Penh."
Dieses Idyll soll dem Leser suggerieren: das Leben unter dem Marionettenregime war herrlich – jetzt ist das vorbei.
Vorbei ist jetzt allerdings, was in Wirklichkeit das Phnom Penh solcher Leute wie Weinstein war. Vorbei ist das von Weinstein geschilderte Leben der Vertreter des reichen, faulen und überfressenen Kambodschas der Gutsbesitzer und Imperialisten: "Man traf sich in Phnom Penh im Royal. ... Selbst in den Tagen des Raketenbeschusses und der Hiobsnachrichten war sein Swimmig-Pool überfüllt. Hier begegneten sich Diplomaten und Geschäftsleute, Damen der französischen Gesellschaft und zierliche samthäutige Teenager der kambodschanischen Oberschicht. An den weißen Tischen im Garten saßen Leute, die sich wenige Tage vorher im Mandarin in Hongkong oder im Okura in Tokio getroffen hatten."
Wen wunderts, daß bei solchen Verlusten bürgerliche Militärs zu Gefühlsduslern werden.
–B.H., Marburg/Red.–

„Wann fällt endlich Phnom Penh?"

Nach einer Rede des Ministerpräsidenten Phan van Dong im Fernsehen kamen meine Kollegen zu mir und meinten: "Der war ja sehr sympathisch, aber sonst ist von euch Kommunisten nicht viel zu halten! Sieh dir die Flüchtlingsströme in Vietnam an!" Gerade an dem angesprochenen Fernsehfilm, den ich auch gesehen hatte, ließ sich gut nachweisen, wer mit Flüchtlingsbombardements die Menschen aus ihren Dörfern treibt. Nicht der "Vietcong", sondern die Söldnertruppen von Thieu! Wie Kommunisten die Zivilbevölkerung schützen, habe ich meinen Kollegen dann am Beispiel von Phnom Penh erklärt. Militärisch wäre die Stadt schon vor einem Jahr einnehmbar gewesen! Es bestand aber die große Gefahr, daß sie dann von den Amerikanern in Schutt und Asche gelegt würde, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung. Ich erinnerte die Kollegen an das Beispiel von My Lai 1968, wo die Amerikaner 400 Frauen und Kinder umgebracht hatten. Die Kollegen stimmten mir zu, daß eine solche Tat den Amerikanern immer zuzutrauen ist. Dann erzählte ich ihnen von den großen Erfolgen der Bevölkerung in den befreiten Gebieten, von den zwei Ernten, die sie jetzt nach der Befreiung machen, von der allgemeinen Volksbewaffnung und von den anderen großen Leistungen des Volkes. Die Kollegen meinten: "Daß es der Bevölkerung nach dem Sieg der Kommunisten besser geht,, glauben wir schon. Da es aber deine Freunde sind, die dort gewinnen und es also auch für dich eine Freude ist, mußt du uns beim Fall von Phnom Penh einen ausgeben!" Worauf ich ihnen erklärte, daß, hätten "die Kommunisten" diesen Kampf allein geführt, er schon längst verloren sei, sondern daß dies ein Volkskrieg sei, der vom Volk getragen und geführt wird und deswegen gewonnen werden kann. Aber ich würde mich natürlich nicht sträuben, auf den Sieg des Volkes eine Runde springen zu lassen.

Die Kollegen kommen jetzt immer zu mir, wenn sie irgendetwas Neues über Kambodscha erfahren haben, und fragen dann gleichzeitig dabei: "Wann fällt denn nun endlich Phnom Penh? "

–P.– (aus:Ortsbeilage Hamburg)

Das 'freie' Südvietnam – ein Bordell für die USA

Der Korrespondent der Süddeutschen Zeitung berichtete am 23.4. aus Saigon:

"Mittagessen im 'Club 147'. ... 'Nur für Mitglieder' steht an der Tür, doch das heißt in korrekter Übersetzung: 'Nur für Weiße'; kein Vietnamese oder Chinese, und sei er noch so wohlhabend und einflußreich, darf über die Schwelle. ... Die Besonderheit sind 30 'Hostessen', die von der Taille aufwärts mit nichts anderem bekleidet sind als mit einem goldenen Medaillon, das sie als Playboy-Häschen ausweist. ... Aber ist '147' die richtige Adresse für den, der die Tragödie Südvietnams ermessen will? Vielleicht doch, denn was war diese Republik während der letzten 15 Jahre anderes als ein schlecht funktionierender Dienstleistungsbetrieb im Solde der Vereinigten Staaten von Amerika? "

Indochina-Solidaritätsaktionen

Heidelberg. Am Samstag, 19.4.1975, hatte das Indochina-Komitee Heidelberg zu einer Demonstration für den endgültigen Sieg der Völker Indochinas aufgerufen. Bei regnerischem Wetter beteiligten sich 800 Menschen an der Demonstration. In den Tagen vorher waren Informationsstände in der Stadt gemacht und ein großformatiges Flugblatt verteilt worden, in dem die Ziele und Forderungen des vietnamesischen Volkes und seiner Regierung dargestellt waren.

Karlsruhe. 120 Teilnehmer waren auf die Einladung der Ortsaufbaugruppe zu einer Solidaritätsveranstaltung am 25.4. gekommen. Es spielte eine Theater- und Liedergruppe aus Heidelberg. Gespendet wurden 199,50 DM.

Mannheim. Am 19.4.1975 hatten die Gruppe Rote Fahne (KPD) und die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) zu einer Solidaritätsdemonstration für den Kampf der Völker Indochinas aufgerufen. Die Gruppe Rote Fahne hatte ihre Kräfte in ganz Westdeutschland und in Westberlin aufgeboten. Die Gruppe Roter Morgen beteiligte sich mit ihren Kräften aus der Region. 2 500 bis 3 000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration.

Oldenburg. Das Konzil der Universität Oldenburg begrüßte in seiner Sitzung vom 16.4.1975 einen offenen Brief von 36 Hochschullehrern an die Bundesregierung zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes. Er forderte alle Angehörigen der Universität auf, mit ihrer Unterschrift die dort erhobenen Forderungen nach Anerkennung der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) und nach Einstellung aller Unterstützung der US-Aggression in Vietnam durch die Bundesregierung zu unterstützen.

Wiesbaden. An einer Solidaritätsdemonstration, zu der zwei Zellen der Ortsgruppe eingeladen hatten, beteiligten sich 30 Menschen. 60 DM wurden gespendet.

Gewinn aus Waisenkindern

Von den etwa 1 Million Kriegswaisen in Südvietnam sind "rund 20 000 Kinder heute in 133 amerikanischen Waisenhäusern untergebracht". Sie dienen dort "vor allem als Vorwand, einen Spendenboom ohne Beispiel anzukurbeln – oft in erbitterter Konkurrenz der karitativen Verbände". (Spiegel 16/1975) Die Konkurrenz ist verständlich, denn die Profite sind hoch und viele Paffen vor allem wollen davon zehren. Das Sekretatiat der Deutschen Bischofskonferenz teilt am 13.4.1975 mit: "In der Seelsorge arbeiteten (in Südvietnam) 1 665 einheimische Welt- und Ordenspriester, unterstützt von 6 600 Ordensschwestern, 2 100 Ordensbrüdern, 600 Katechisten und 2 100 Hilfskatechisten." Mit dem französischen Imperialismus ins Land gekommen und dessen Kolonialherrschaft stützend, hat die katholische Kirche bis zuletzt auch dem US-Marionettenregime gedient und seine Aggression gegen das vietnamesische Volk mit ermöglicht. Dabei nützen sie die Kriegswaisen aus.

"Die Staatssekretärin im Saigoner Sozialministerium, Truong-Thi Bach, im Mai 1974: 'Die Waisenkinder dienen als Einnahmequelle für die Unterhaltung von Schulen, Kindergärten und selbstverständlich auch für den Bau von Kirchen' und weiter: 'Viele katholische Heime wie das des kanadischen Missionars Pater Olivier im Saigoner Vorort Gia Dinh waren vor allem daran interessiert, die 'Heldenkinder' zu taufen – ihre Zukunft war nicht geplant. Im Gegenteil: Sterbeziffern von über 50 % (60 Kinder durchschnittlich im Monat) brachten dem Heim den Ruf einer Euthanasie-Anstalt ein. In einem halben Jahr war das Haus einmal völlig ausgestorben – und wieder frisch gefüllt.' " (Der Spiegel Nr. 16/75)

Mit keinem Pfennig darf dieses gierige Pfaffenregiment über die "humanitäre Hilfe" unterstützt werden. Wer das vietnamesische Volk unterstützen will, muß Geld geben für die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam.

Wie die Kirche das Elend für sich zu nutzen versucht

In der KVZ Nr. 14/1975 wurde in dem Titel "Kirche und Staat haben denselben Gegner" über den Beschluß des Zentralvorstandes des Kolpingwerkes und damit zusammenhängend über die Äußerung von Kardinal Döpfner vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie berichtet. Dabei wurde richtig ausgeführt, daß dies ein Schritt ist, um die Reihen des Kolpingwerkes zu schließen und die Jugendlichen vor rebellischen Gedanken abzuschließen.

Wer die Entwicklung der kirchlichen Jugend- und Sozialarbeit in den vergangenen Jahren beobachtet hat, ist über diesen Schritt nicht erstaunt. Wie in allen Organisationen, in denen Jugendliche zusammengefaßt sind, so ist auch an den kirchlichen Jugendorganisationen die Reformbewegung der vergangenen 10 Jahre nicht spurlos vorübergegangen; vielmehr wurden auch aus den Reihen dieser Organisationen heraus Forderungen an Gesellschaftsreformen gestellt, selbst vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) sind Beschlüsse, die sich gegen den Kapitalismus richten, gefaßt worden. Auf Tagungen des Bundes Neues Deutschland (einer katholischen Studenten- und Oberschülerorganisation) wurde über 'Kirche und Sozialismus' diskutiert und versucht, beides miteinander in Einklang zu bringen, und an den Hochschulen kam es zwischen der Katholischen Studentengemeinde und den Deutschen Bischöfen zum Konflikt über die mancherorts fortschrittliche Politik dieser Studentengemeinden.

Diesen Aktivitäten, die ausgingen von den Mitgliedern dieser Organisationen und auf oft breiten Widerhall stießen, versuchte der Apparat der Kirche schon früh eine Schranke zu setzen und sie auf ihre eigentlichen Aufgaben zurückzubringen. Erinnern wir uns, wie diese Organisationen wie das Kolpingwerk oder die Innere Mission (auf Seiten der evangelischen Kirche) entstanden sind: Eine deutliche und klare Sprache spricht J.H.Wichern, der Gründer der Inneren Mission, in seiner 1848 unter dem bezeichnenden Titel "Der Kommunismus und die Hülfe gegen ihn" erschienenen Kampfschrift. Er sieht klar, daß das Elend in der kapitalistischen Gesellschaft den Nährboden für die kommunistischen Ideen bildet, daher fordert er als Gegenmittel *"Den Armen muß das Evangelium gepredigt werden"*. Auch sieht er, daß dies nicht eine einfache Aufgabe ist. *"Suchen die Proletarier nicht mehr die Kirche, so muß die Kirche anfangen, die Proletarier zu suchen, und nicht rasten, bis sie sie mit dem heilbringenden Wort gefunden hat."* Sein Aufruf zum Zusammenschluß der christlichen Liebestätigkeit und die Gründung der Inneren Mission sind eine ausdrückliche Reaktion auf die Ausbreitung und Erstarkung der Arbeiterbewegung. Die 'christliche Liebestätigkeit' soll nicht die Ursachen des Elends beseitigen, sondern die Menschen empfänglich machen für die religiösen Ideen, um sie von den tatsächlichen Ursachen des Elends abzulenken. Dabei konnte Wichern sich schon auf die christlichen Jünglingsvereine stützen, die sich um die Gesellen des Handwerks und um die jungen Arbeiter kümmerten. Die Gründung des Kolpingverbandes galt ebenso der Verhinderung und Vorbeugung revolutionärer Ideen in der Arbeiterklasse. Das Allheilmittel ist dabei jedesmal das Gift der Religion.

Auf diese Aufgabe also sollen die kirchlichen Organisationen heute wieder ausgerichtet werden. Schon seit Beginn der 70er Jahre betreiben die Deutschen Bischöfe zusammen mit dem Caritasverband eine intensive ideologische Ausrichtung ihrer Schäfchen, indem sie zu allen bedeutenden gesellschaftlichen Fragen Stellung nehmen und die Haltung der Kirche darstellen (am bekanntesten sind die Kampagne für den § 218, gegen das Kirchenpapier der FDP und gegen das geplante Jugendhilfegesetz). Doch sehr lange stieß diese ideologische Ausrichtung auf zu wenig Widerhall, zu sehr krankten die Organisationen an Inhalten; Kriegsgräberfürsorge und Soziales Jahr fanden wenig Anklang, und so bestimmten "Strategie"-Diskussionen lange Zeit das innere Bild der kirchlichen Jugendorganisationen, wobei diese Gruppen allmählich zerfielen. Mit der Zunahme des Elends in der kapitalistischen Gesellschaft durch die rasche Entwicklung der Krise änderte sich dieses Bild jedoch, und heute kann man allerorts eine Zunahme der Aktivitäten der kirchlichen Jugend- und Sozialarbeit verzeichnen. Beklagte noch vor einem Jahr ein Pfarrer in Offenburg, daß kaum mehr Menschen bei ihm um Kleider und Nahrung bitten, so kann die Frankfurter Rundschau am 11. April aus der Frankfurter St.-Sebastian-Gemeinde melden: *"Die Nachfrage ist größer als das Angebot. Das hat sich gerade in jüngster Zeit gezeigt."* Und die Kirche wendet sich auch selbst an die Notleidenden und bietet ihnen ihre Hilfe an. So berichtet die Frankfurter Rundschau am 11. März, daß die Kirche eine Beratungsstelle für Arbeitslose im Dominikanerkloster eingerichtet hat, welches direkt neben dem Arbeitsamt liegt. Der 'Bund junger Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung' wendet sich mit einem umfassenden Hilfs- und Beratungsangebot an die Hauptschüler und jugendlichen Arbeitslosen. Mit Informationsabenden, Betriebsbesichtigungen, Schulungen, Geselligkeit und berufsvorbereitenden Maßnahmen wie Schulungen in kaufmännischem Unterricht werden die Arbeiterjugendlichen angesprochen. Dieses Programm ist verbunden mit einer Information über den Jung -KKV, mit Mitgliedswerbung und Teilnahme von Pfarrern und Vertretern anderer kirchlicher Jugendorganisationen. Mit Speck fängt man Mäuse! Nicht umsonst schreibt der Jung-KKV, daß er sich in der letzten Zeit wieder konsolidiert hat, und zwar an den Orten, wo die Ortsgruppen über ein solches Programm wieder einen Inhalt bekommen haben. Nicht anders sieht es beim Kolpingwerk aus, welches mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen seine Reihen säubert, weil Kommunisten die Ursache der Arbeitslosigkeit aus dem Charakter der kapitalistischen Gesellschaft heraus erklären und anders als die Kirchen einen wirklichen Weg zur Lösung einschlagen, der im Kampf gegen die Klasse der Kapitalisten durchgesetzt werden muß.

—M.R., Frankfurt—

Ergänzung „neue Volkslieder"

Betr.: "Neue Volkslieder" in der KVZ Nr. 15/75, S. 16

Liebe Genossen,

Ihr habt das erste Lied leider unvollständig erhalten. Es fehlt die 9. Strophe:

Von dreien mußte eines gehn
zurück in die Türkei
sein Vater wurd nicht mehr gebraucht
da warens nur noch zwei.

Und die beiden letzten Strophen, sonst hat das Lied keine vorwärtsweisende Perspektive:

Die zwei ham' sich zur Wehr gesetzt
die andern ham's gesehn
weils den' genauso dreckig ging
da warns bald wieder zehn.

Nicht nur die zehn vom Kamerun
haben es so schwer:
der Kamerun ist überall
drum werdens immer mehr.

Beim zweiten Lied: "Beiß, Bagger, beiß", stammte die erste Strophe von Bert Brecht.

Ich schick Euch auch den nebenstehenden Rag der jugendlichen Arbeitslosen.

—ha, Frankfurt—

Rag der jugendlichen Arbeitslosen

Refrain:
Wir brauchen einen Lehrlingslohn,
von den man leben kann
und ne Ausbildung, die uns was nützt,
die wir selbst bestimmen, Mann!!
Und wer von uns keine Arbeit kriegt,
braucht Arbeitslosengeld
60 % vom Facharbeiterlohn,
weil die Hose sonst nicht hält!!



Melodie nach KKW NEIN-RAG von Jos Fritz

Im letzten Schuljahr hast du nichts mehr gelernt
"Bei euch ist doch alles zu spät"
ham die Lehrer gesagt und uns so überzeugt,
daß es ohne Abschlußzeugnis geht
Nach der Schule fängt die große Freiheit an
hast du dir vorgestellt
doch diese Freiheit heißt: keine Ausbildung
keine Arbeit, kein Bock, kein Geld

Täglich rennst du jetzt zum Arbeitsamt
wartest zwei Stunden oder drei
kommst du dran und fragst, sagt der Typ jedesmal
es ist leider keine Stelle frei
Mit nem Lehrvertrag ist soundso nichts drin
wenn du Glück hast kommst du vielleicht
in nen Vorbereitungslehrgang mit nem Hungerlohn,
der nicht mal für die Kippen reicht

Refrain:
Wir brauchen einen Lehrlingslohn . . .

Und du liegst deinen Alten auf der Tasche,
da ist schon für die zu wenig drin
Und die Wohnung ist zu eng und du willst endlich raus
und du weißt nicht mal wohin

In den Kneipen wirst du ausgenommen
im Jugendhaus ist nichts los
Und hast du irgendwie den Abend rumgebracht
geht der Scheiß am Morgen wieder los

Und das geht jetzt schon seit Wochen so
die Rennerei hat dir nichts eingebracht
drei Kumpels von dir hams aufgesteckt
und schon den dritten Bruch gemacht

Beim letztenmal ham die Bullen sie
beim Ausräumen erwischt
in den Wagen geprügelt, rumgebrüllt:
"klauen könnt ihr, doch schaffen wollt ihr nicht!"

Refrain:
Wir brauchen einen Lehrlingslohn . . .

Und dann findest du nen Hilfsarbeiterjob
für ein paar lumpige Mark
und die Antreiber stehn hinter dir
und fühlen sich furchtbar stark

Sie drohen dir mit den Arbeitslosen,
die draußen Schlange stehn
"Wenn der Lohn und das Arbeitstempo dir nicht paßt,
kannst du ja wieder gehn!"

Zur Berufsschule gehst du auch nicht mehr
für den Tag bekämst du keinen Lohn
der Unterricht wär auch zum größten Teil
nur Geseich und Religion

Fürs Schwänzen kriegst du nen Bußgeldbescheid
vom Ordnungsamt der Stadt
so zeigt sie Dir, daß sie großes Interesse
an deiner Ausbildung hat